

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Nr. **4** 4. Quartal 1995

**CDU-MdB Erwin Marschewski
im Gespräch
Neue Schule
für das THW**



Unter den kritischen Blicken des Schiedsrichters gilt es, „Verletzte“ optimal zu versorgen. Unser Bericht über den Bundeswettbewerb der Malteser findet sich ab Seite 8.



Ein Passagierschiff war das Übungsobjekt einer Katastrophenschutzübung auf dem Chiemsee. Unser Bericht auf Seite 14 gibt einen Einblick.



Die Palette neu vorgestellter Technik für die Feuerwehr umfaßt auch modernste Meßgeräte, nachzulesen ab Seite 21.

Im Gespräch

„Selbst- und Zivilschutz soll in einem anderen organisatorischen Rahmen erfolgen“

Interview mit MdB Erwin Marschewski 2

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 6

Aus der Praxis

Im Wettstreit um Punkte und Sieg

Bundeswettbewerb der Sanitätsgruppen des Malteser-Hilfsdienstes in Landshut 8

Neukonzeption der KatS-Einheiten in Hamburg

Betrachtungen zu einem aktuellen Thema 11

Explosion auf der „Irmingard“

Katastrophenschutzübung auf dem Chiemsee 14

Neukonzeption des medizinischen Katastrophenschutzes aus wissenschaftlicher Sicht Betrachtungen zu einem aktuellen Thema – 2. Teil	15
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Technik und Wissenschaft

Kassel: Neues Einsatzleitsystem Berufsfeuerwehr Kassel mit neuer Technik	19
Innovationen aus Berlin Auergesellschaft präsentiert neue Produkte für die Feuerwehr	21

Aus- und Weiterbildung

Den Weg zur Rettung weisen Sonderlehrgang „Ortungsgeräte“ an der THW-Ausbildungsstätte Hoya	25
Sicher auf schwierigem Gewässer Bootsführer-Ausbildung in Baden-Württemberg	27



Die Bootsführer-Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg wird ab Seite 27 vorgestellt.

Politik und Gesellschaft

„Nur knapp der Auflösung entgangen“ Landeskatastrophenschutzschule wurde Ausbildungsstätte des THW	29
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund	34
Bundesverband für den Selbstschutz	36
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	38
Deutscher Feuerwehrverband	39
Deutsches Rotes Kreuz	41
Johanniter-Unfall-Hilfe	43
Malteser-Hilfsdienst	44
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	46
Technisches Hilfswerk	48
Warndienst	50

Rubriken

Rundblick	51
Termine	54
Für Sie gelesen	55
Zuletzt	U 3

„Selbst- und Zivilschutz soll in einem anderen organisatorischen Rahmen erfolgen“

Bevölkerungsschutz: Herr Marschewski, Sie sind seit 1991 innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wo lagen die Schwerpunkte Ihrer Aufgabe?

Marschewski: In der Asylgesetzgebung, der Verbrechensbekämpfung, dem Ausländer- und dem Staatsangehörigkeitsgesetz, dem Beamtenrecht. Einer der Schwerpunkte war auch die zivile Verteidigung.

Bevölkerungsschutz: Ist nach der Vereinigung Deutschlands und Auflösung des Ostblocks zivile Verteidigung eigentlich noch notwendig?

Marschewski: Durch die Auflösung des Warschauer Paktes und die Veränderung der staatlichen Strukturen in den Ostblockstaaten hat sich die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Bedenkt man jedoch die jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen, dann erkennt man, daß heute Konstellationen denkbar sind, in denen militärische Verteidigung nicht aktiviert werden kann, die Bevölkerung aber in hohem Maße bedroht ist. Nur Utopisten stellen die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit in Frage.

Bevölkerungsschutz: Dieses ist aber keine neue Erkenntnis: Die Vereinigung Deutschlands ist fünf Jahre alt, nunmehr wollen Sie die neuen Erkenntnisse in die gesetzgeberische Praxis umsetzen.

Marschewski: Es ist ja nicht so, daß in den letzten fünf Jahren

nichts geschehen sei. Die Bundesregierung hat sehr behutsam damit begonnen, Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes umzubauen. Der Innenausschuß hat unter meiner maßgeblichen Mitwirkung dieses Vorhaben begleitet. Wir haben in mehreren Sitzungen uns von der Bundesregierung über den jeweiligen Umsetzungsstand berichten lassen. Der gesamte Sicherheitsbereich ist zu sensibel, als das man Entscheidungen im Hoppla-Hopp-Verfahren treffen könnte. Darüber hinaus gibt es um hohes ebrren- und hauptamtliches Engagement, das man nicht wie eine Lampe an- und ausknipsen kann.

Bevölkerungsschutz: Der Bericht des Bundesministeriums des Innern zur zivilen Verteidigung vom 27. Juni 1995 unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den Berichten aus dem Jahr 1992. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

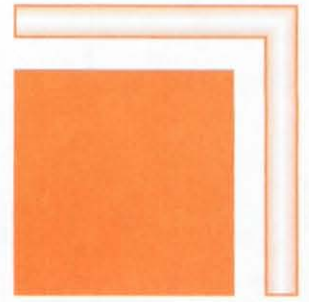
Marschewski: Ich sehe den Bericht zur zivilen Verteidigung vom 27. Juni 1995 als Fortschreibung der bisherigen Konzeption. Ich teile die Feststellung des Berichtes, daß „die Gesamtkonzeption der zivilen Verteidigung die notwendigen Vorkehrungen an die verbesserte Sicherheitslage für die Landes- und Bündnisverteidigung anpaßt“. Hierzu gehört auch, daß wir uns nicht mehr auf zivilschutzpolitische Aktivitäten einstellen müssen, die ein Reagieren aus dem Stand heraus erforderlich machen. Viele Aufgaben, die in der

Vergangenheit zu den Präsenzaufgaben gehörten, können heute in den planerischen Bereich verlegt werden, ohne daß hierdurch Sicherheit eingebüßt wird.

Bevölkerungsschutz: Die Mehrzahl der Innenpolitiker und auch der frühere Innenminister haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der Zivilschutz des Bundes den Katastrophenschutz der Länder ergänzen soll. Hält der Bund heute diese Ergänzung für entbehrlich?

Marschewski: Nein. Der Bund wird den Ländern nach wie vor Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes zur Verfügung stellen. Der Katastrophenschutz ist das Kernstück des Zivilschutzes. Der Bund konzentriert sich auf die für den Verteidigungsfall wichtigen Bereiche Brandschutz, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz. Für den Bereich der Bergung steht das bundeseigene Technische Hilfswerk zur Verfügung. In den vergangenen Jahren haben die Länder und die kommunalen Spitzenverbände den Bund mehrfach aufgefordert, sich auf seine Zuständigkeit für den Verteidigungsfall zu besinnen. Mit der neuen Konzeption tut der Bund genau dieses. Er konzentriert sich auf Katastrophenschutz-Aufgaben, die ausschließlich oder überwiegend im Verteidigungsfall virulent werden. Der Bund verzichtet auf eine bundeseinheitliche Katastrophenschutzkonzeption, die ja eindeutig in die Zuständigkeit der Länder fällt.

Chefredakteur Peter Eykmann und MdB Erwin Marschewski



IM GESPRÄCH

Auf das Wesentliche beschränkt

Bevölkerungsschutz: Also eine Retourkutsche der Bundespolitik gegenüber Ländern und Gemeinden?

Marschewski: Nein. Der Bund respektiert die verfassungsrechtliche Zuständigkeit und beschränkt sich auf das Wesentliche. Zu einer Neukonzeption gehört auch, daß alle Strukturen und Organisationen auf den Prüfstand gestellt werden.

Bevölkerungsschutz: Teilen sie denn die Vorschläge der Gesamtkonzeption, wonach beispielsweise die Zentralwerkstätten und die Katastrophenschutzschulen des Bundes in den Ländern aufgelöst werden?

Marschewski: Man kann nicht immer nur vom „schlanken Staat“ reden, und wenn es ernst wird, sich hinter Scheinargumenten verbergen. Es gibt überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die vorhandenen privatwirtschaftlichen Werkstätten sehr wohl in der Lage sind, den Reparatur- und Instandsetzungsbedarf der Katastrophenschutzseinheiten, die aus Mitteln des Bundes finanziert werden, sicherzustellen. Es bedarf hierzu keiner Konkurrenz durch öffentlich-rechtliche Zentralwerkstätten.

Bevölkerungsschutz: Und die Katastrophenschutzschulen?

Marschewski: Die Hilfsorganisationen bilden ihre Helfer für den Einsatz im Katastrophenschutz



Pointierte Stellungnahmen zur Innen- und Rechtspolitik zeichnen den CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Marschewski aus. Seit 1983 gehört der Recklinghäuser dem Deutschen Bundestag an. Erwin Marschewski, Vater von zwei Töchtern, hält sich durch intensives Leichtathletik-Training für seine verantwortungsvolle Aufgabe in Bonn fit. 1965 wurde der Recklinghäuser Mitglied der CDU und der Jungen Union, deren Präsidiumsvorsitzender Nordrhein-Westfalen er 1972 wurde. Neben seiner

Bundestags-Tätigkeit nimmt Erwin Marschewski auch Aufgaben im Rat der Stadt Recklinghausen wahr. Der engagierte Innenpolitiker hat sich stets dafür eingesetzt, daß die in Bonn verabschiedeten Gesetze auf der kommunalen Ebene auch durchsetzbar sind. Marschewski war mehrere Jahre justizpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bevor er 1991 zum innenpolitischen Sprecher seiner Fraktion berufen wurde. Schon frühzeitig befaßte sich der Innenexperte der Union mit Fragen der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes. Bei den anstehenden Reformdiskussionen verlangte Marschewski stets eine Reform mit Augenmaß. Wesentliches Anliegen war ihm stets, daß das ehrenamtliche Engagement gewürdigt und gewahrt bleibt.

aus. Künftig sollen sie ihnen im Rahmen dieser Ausbildung auch zivilschutzrelevante Ausbildungsinhalte vermitteln, wie es bei den Feuerwehren und den Landesfeuerwehrschulen schon seit je der Fall ist. Besondere Schulen nur für die Zivilschutzausbildung werden dann überflüssig.

Bevölkerungsschutz: Trotzdem gibt es eine Bundesausbildungseinrichtung, die aus der bisherigen Katastrophenschutzschule des Bundes, der Akademie für zivile Verteidigung und der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz bestehen soll.

Marschewski: Diese Ausbildungseinrichtung des Bundes wird sicherstellen, daß es in allen zivilschutzrelevanten Fragen zu bundeseinheitlichen Aussagen, Ausbildungen und Verfahren kommen wird. Deswegen begrüßen wir es außerordentlich, daß die unterschiedlichen Teilbereiche der zivilen Verteidigung nunmehr unter einem gemeinsamen Dach zusammengeschlossen werden und so die Einheitlichkeit der Aussage auch in allen Teilbereichen der zivilen Verteidigung sichergestellt ist.

Bevölkerungsschutz: Und als einzige Organisation wird der Bun-



„Der Katastrophenschutz ist das Kernstück des Zivilschutzes.“

desverband für den Selbstschutz aufgelöst.

Marschewski: Sie wissen selbst, daß dies so nicht zutrifft. Gerade haben Sie von der Auflösung der Zentralwerkstätten und der vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen gesprochen. Außerdem werden die Sanitätsmateriallager zukünftig nicht mehr fortgeführt. Der BVS hatte die Aufgabe, die Bevölkerung über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten zu unterrichten. Für diese Ausbildungsaufgabe bedarf es keiner eigenständigen zivilschutzbezogenen Organisation mehr, diese Aufgabe soll zukünftig von den Hilfsorganisationen wahrgenommen werden. Ganz anders sieht dies bei den planerischen und Aufklärungsaufgaben des Selbst- und Zivilschutzes aus. Diese Aufgaben werden zukünftig von einer einzigen Behörde, dem Bundesamt für Zivilschutz, wahrgenommen. Ein, wie ich meine, gelungener Beitrag zur Straffung und Optimierung der Bundesverwaltung. Das ist „schlanker Staat“ und Verwaltungsreform ernst genommen.

Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung

Bevölkerungsschutz: Werden die Hilfsorganisationen diese Aufgabe überhaupt übernehmen können und wollen?

Marschewski: Bislang haben die vier Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst übereinstimmend erklärt, daß sie die Selbstschutzinhalte in ihre jeweiligen Erste-Hilfe-Lehrgänge integrieren werden. Nicht vergessen darf man dabei, daß diese Hilfsorganisationen auf eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung verweisen können, die sogar die Möglichkeit eröffnet, daß noch mehr Bürgerinnen und Bürger mit dem Selbstschutzgedanken vertraut gemacht werden können, als dies durch die Arbeit des BVS in der Vergangenheit möglich war.

Bevölkerungsschutz: Besteht nicht die Gefahr, daß bei den vielfältigen Aufgaben der Hilfsorganisationen und der Feuerwehr die Selbstschutzaufgabe an Bedeutung verliert?

Marschewski: In den vergangenen vierzig Jahren hat der BVS und sein Vorgänger, der BLSV, außerordentlich Verdienstvolles für die Aufklärung der Bevölkerung geleistet. Wir wissen, daß diese Aufklärung unter extrem schwierigen Bedingungen stattfand, weil dieses Thema nun ja nicht unbedingt ein „Renner“ war. Nur zu leicht wollten Bürger und Politiker dieses Thema verdrängen, weil es in seiner Unfaßbarkeit kaum darstellbar war. Heute geht die Politik von einem umgekehr-

ten „Doppelnutzen“ aus. Wir sagen, Selbstschutz ist nicht nur eine Sache für den Verteidigungsfall, sondern auch eine Sache, die in der kleinsten Unfallsituation zu Hause, im Beruf, auf der Straße, wo auch immer, außerordentlich hilfreich ist. Und wenn das richtig ist, dann ist dieses auch eine Aufgabe der Hilfsorganisationen und der Feuerwehren, die über eine ausgezeichnete Infrastruktur verfügen.

Bevölkerungsschutz: Wenn diese Aufgabe so wichtig ist, dann wäre es doch logisch gewesen, den BVS nicht aufzulösen, sondern ihn eher zu verstärken.

Marschewski: Was für den Katastrophenschutz gilt, gilt auch für den Selbstschutz – nämlich die Beachtung der Zuständigkeiten. Für den friedensmäßigen Selbstschutz ist nicht der Bund zuständig, vielmehr ist es die Verantwortung des einzelnen. Der Bund unterstützt diese Bemühungen, indem er den Hilfsorganisationen finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um in dem friedensmäßigen Aufklärungs- und Unterrichtsteil auch Fragen des Zivilschutzes einfließen lassen zu können. Mit unserer Konzeption wollen wir nicht weniger Selbstschutz, sondern mehr Selbstschutz. Was wir nicht mehr wollen, ist ein einseitig auf den Verteidigungsfall ausgerichteter Selbstschutz, vielmehr einen Selbstschutz in allen Lebenslagen.

Bevölkerungsschutz: Wie stellen Sie sich die Abwicklung der Zivilschutz-Organisationen vor?

Marschewski: Bevor ich über Abwicklung spreche, möchte ich an dieser Stelle recht herzlich den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz, aber auch aller anderen Organisationen, die in ihrer bisherigen Aufgabe entbehrlich werden, danken. Diese Menschen haben unter teilweise außerordentlich erschwerten Umständen sehr Verdienstvolles für unser Vaterland geleistet. Und die Veränderung bzw. Auflösung überholter Strukturen schmälert nicht ihre Leistung, die sie in den



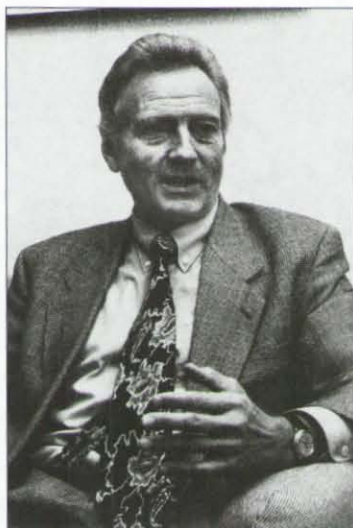
„Der Bund beschränkt sich auf das Wesentliche.“

vergangenen vierzig Jahren unter den damals geltenden Bedingungen erbracht haben. Was früher richtig war, muß heute organisatorisch nicht unbedingt richtig sein. Wir sind – übrigens gemeinsam mit unserem Koalitionspartner – zu dem Ergebnis gekommen, daß Selbst- und Zivilschutz in einem anderen organisatorischen Rahmen erfolgen soll. Nun zu den Abbaufragen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für eine pure Selbstverständlichkeit, daß der Abbau sozialverträglich erfolgt. Das heißt, daß den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern adäquate andere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst angeboten werden müssen. Den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern muß eine faire Mitwirkungsmöglichkeit in den anderen Hilfsorganisationen eröffnet werden.

Jahrzehntelanges verdienstvolles Wirken

Bevölkerungsschutz: Warum geben Sie dem BVS nicht auch eine fünfjährige Abwicklungszeit, wie die ZS-Konzeption sie für die anderen Organisationen vorsieht?

Marschewski: Als Recklinghäuser habe ich das verdienstvolle Wirken des BVS in meiner Heimatstadt über mehrere Jahrzehnte mit viel Sympathie verfolgt. War doch der Recklinghäuser Bernhard Kettler einer der Begründer des modernen Selbstschutzes. Aus der durch Ortsnähe gewonnenen Sachkenntnis habe ich gefordert, die von Ihnen angesprochene personelle und materielle Abwicklung sehr flexibel zu betreiben. Wenn die Aufgaben von den Organisationen übernommen sind, wird das Entstehen einer Sicherheitslücke verhindert. Spätestens zu dem Zeitpunkt gibt es begriffsnotwendigerweise keinen Raum mehr für die Arbeit des BVS. Wenn es dem Bundesministerium des Innern gelingt, die Aufgaben im Laufe des Jahres 1996 auf andere Organisationen so zu übertragen, daß diese denkbare Sicherheitslücke nicht entsteht, dann sollten wir konsequent den BVS auch zum Ende 1996 auflösen. Vorher muß

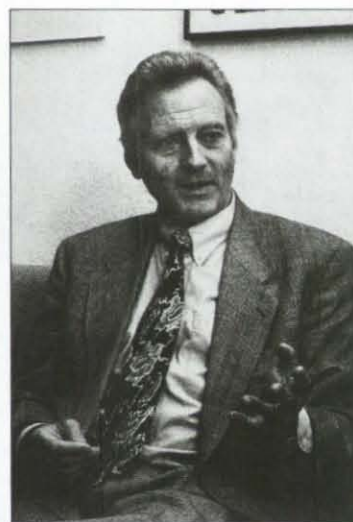


„Was wir nicht wollen, ist ein einseitig auf den Verteidigungsfall ausgerichteter Selbstschutz.“

sichergestellt sein, daß alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen angemessenen anderen Arbeitsplatz gefunden haben. Beides, die sozialadäquate Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter und die sachliche Fortsetzung der Arbeit müssen sichergestellt sein.

Bevölkerungsschutz: Und wenn Ihre Bedingung nicht erfüllt wird?

Marschewski: In der Innenausschußsitzung im Juni 1995 haben wir den Bundesminister des Innern gebeten, den Auflösetermin ggfs. um zwei Jahre bis 1998 hinauszuschieben. Dieser Bitte lag exakt diese Überlegung zugrunde,



„Was früher richtig war, muß heute organisatorisch nicht unbedingt richtig sein.“

daß der Zeitraum unter sachlichen wie personalpolitischen Gesichtspunkten nicht ausreichen könnte. Mein heutiger Wissensstand ist der, daß wir einen so langen Zeitraum nicht benötigen, um beide Problembereiche sachgerecht lösen zu können.

Bevölkerungsschutz: Kann es auch sein, daß das böse Wort gilt, daß die Haushaltslage die Sicherheitslage bestimmt?

Marschewski: Wer so denkt, macht es sich zu einfach. Ohne jeden Zweifel wird unsere Politik auch von der angespannten Haushaltslage bestimmt. Die Haushaltslage macht vor keinem Einzelbereich halt. Dennoch würden wir Innenpolitiker keiner Maßnahme zustimmen, die ausschließlich aus haushaltspolitischen Erwägungen getroffen würde, wenn sie nicht auch sicherheitspolitisch zu vertreten wäre.

Bevölkerungsschutz: Und wenn Sie sich in Ihrer Prognose geirrt haben sollten?

Marschewski: Nach jahrelanger Diskussion über die Sicherheitslage und deren Auswirkung auf die Bevölkerung schließe ich einen Irrtum in dieser Frage für einen überschaubaren Zeitraum aus. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen im Bereich der zivilen Verteidigung so angelegt, daß sie – Irrtum oder Veränderung der Sicherheitslage unterstellt – ohne Zeitverzug neuen Gegebenheiten angepaßt werden können. Mit Inkrafttreten der neuen Gesamtkonzeption „Zivile Verteidigung“ werden wir nicht weniger Sicherheit, sondern mehr Sicherheit haben. Wir werden diese Sicherheit haben dank des unermüdlichen Einsatzes der Helferinnen und Helfer in den Hilfsorganisationen, beim THW und den Freiwilligen Feuerwehren. Und ich bin ganz zuversichtlich, daß die Helferinnen und Helfer, die bisher in Einheiten und Einrichtungen tätig waren, die es zukünftig nicht mehr geben wird, eine neue sinnvolle Weiterverwendung in den verbleibenden Einrichtungen finden können.

Malteser: Neuer Vizepräsident

Die Bundesversammlung des Malteser-Hilfsdienstes wählte am 23. September 1995 in Köln Dr. Erich Prinz von Lobkowicz zum neuen Vizepräsidenten. Die Nachwahl war erforderlich geworden, weil der bisherige Amtsinhaber, Prämonstratenserchorherr Augustinus Henckel-Donnersmarck, sein Amt aufgrund zeitlicher Überbeanspruchung zur Verfügung gestellt hatte.



Der 40jährige Prinz von Lobkowicz ist seit dem 1. März 1994 Leiter des Malteser-Hilfsdienstes in der Erzdiözese München-Freising und Landesbeauftragter für Bayern. Nach seinem Studium der Philosophie und Sinologie wurde er in Philosophie promoviert.

THW-Ehrenzeichen für Prinz Wittgenstein

In einer Feierstunde im Bundesinnenministerium, an der u. a. der Direktor des Technischen Hilfswerks, Gerd Jürgen Henkel, der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Johann Wilhelm Römer, und der Stellvertretende Bundessprecher des THW, Frank Schulze, teilnahmen, würdigte Staatssekretär Prof. Dr. Kurt Schelter die Verdienste von Prinz Wittgenstein um das Technische Hilfswerk.



Ehrung für Prinz Wittgenstein (Mitte), links Staatssekretär Prof. Dr. Kurt Schelter, rechts THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel. (Foto: Zimmermann)

Er dankte dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes für sein persönliches Eintreten für das THW – auch in Situationen, in denen die Zukunft des THW kontrovers diskutiert wurde. Ganz besonders habe Prinz Wittgenstein die Zusammenarbeit zwischen DRK und THW auf dem Gebiet der Auslandshilfe unterstützt. Der Staatssekretär nannte in diesem Zusammenhang das Beispiel der Kooperation von THW und DRK bei der Hilfe für die Erdbebenopfer in Armenien 1988/1989. Prinz Wittgenstein habe wesentlich zu einem vertrauensvollen und kooperativen Miteinander beider Organisationen zur Hilfe für Menschen in Not beigetragen.

Ehrung für Edgar Sohl

Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Verwaltung und den Hilfsorganisationen wurde im Rahmen einer Feierstunde im Niedersächsischen Innenministerium dem langjährigen Leiter der BVS-Landesstelle Niedersachsen, Edgar Sohl, der Niedersächsische Verdienstorden am Bande verliehen. Von 1974 bis zu seinem Ausscheiden im vergangenen Jahr leitete Sohl die Landesstelle in Hannover.

In seiner Laudatio ging Ministerialdirigent Berndt auf die Verdienste

Ehrung in Hannover: Edgar Sohl (rechts) und Ministerialdirigent Berndt.



Menschen

Sohls ein. Durch sein Engagement für die Belange des Bevölkerungsschutzes in Niedersachsen habe er sich in besonderem Maße Anerkennung erworben. Ein besonderer

Höhepunkt, so Berndt, sei der im Jahre 1992 gemeinsam mit dem Innenministerium und den Hilfsorganisationen veranstaltete „Schorsenbummel“ in Hannover gewesen,

bei dem zum ersten Mal die von ihm gestaltete Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ zum Einsatz kam.

Der BVS gratuliert

Münnerstadt. Für 30 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit im Bundesverband für den Selbstschutz wurde Helmuth Wohlfromm ausgezeichnet. Im Namen von BVS-Direktor Helmut Schuch überbrachte BVS-Mitarbeiter Rigobert Hagel in einer Feierstunde im Rathaus Münnerstadt die Glückwünsche des Verbandes.

Bürgermeister Ferdinand Betzer würdigte Wohlfromm in seiner Laudatio als einen zuverlässigen und kompetenten Ansprechpartner für die Stadt und dankte ihm für seinen Beitrag zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Wohlfromm wurde 1975 zum BVS-Gemeindestellenleiter von Münnerstadt und 1979 zum BVS-Beauftragten berufen. Seit 1983 widmet er sich verstärkt der Ausbildung im Selbstschutz. Nicht nur im Landkreis Bad Kissingen, sondern auch im Landkreis Rhön-Grabfeld hat er bei Ausstellungen, Selbstschutzwochen und Lehrgängen in Schulen, Behörden und Betrieben die Bevölkerung über Vorsorge und Eigenhilfe informiert und ausgebildet.

Neumarkt/Opf. „Wir helfen gemeinsam“, ist auch das Motto von Richard Knerler. Seit 30 Jahren ist der Studienrat an der Mädchenrealschule von Neumarkt ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ im Foyer des Neumarkter Landratsamtes, übergab ihm Sachgebietsleiter Heinrich Rehberg eine Urkunde und Ehrengabe des Direktors des BVS, Helmut Schuch. Knerler sei als Orts- und Kreisstellenleiter des ehemaligen BLSV sowie ehrenamtlicher Dienststellenleiter und BVS-Beauftragter stets in allen Sätteln gerecht gewesen und habe sich weit mehr als üblich für die Idee des Selbstschutzes engagiert.

Der Landrat des Kreises Neumarkt, Josef Werner Bauer, erhielt für seine vielfältigen Verdienste um den Selbstschutz die Ehrennadel des Verbandes.

Braunschweig. Schon mehr als dreißig Jahre engagiert sich Dieter Ramczyk, Wolfenbüttel, ehrenamtlich im BVS. Im Kreise zahlreicher BVS-Helferinnen und -Helfer über-

reichte Dienststellenleiter Klaus Bretz dem Jubilar eine Ehrenurkunde und Ehrenmedaille für die langjährige Mitarbeit. Dank und Anerkennung gebühre Ramczyk, der sich seit 1965 kontinuierlich aus- und weiterbilden habe lassen und sein erworbenes Fachwissen bei Lehrgängen und Informationsveranstaltungen weitergegeben habe, sagte Bretz.

Körtlinghausen. Mit einer Ehrenplakette dankte der Bundesverband für den Selbstschutz Horst Vogel für seine langjährige Tätigkeit im Verband. Seit mehr als 20 Jahre führt der ehemalige Lehrbeauftragter des Deutschen Roten Kreuzes an BVS-Schulen Lehrgänge durch. Über 1500 haupt- und ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter haben bei Vogel die Lehrberechtigung für die Lebensrettenden Sofortmaßnahmen erworben oder ihr Fachwissen aufgefrischt. Wichtig ist für ihn stets der Erfahrungsaustausch und die Vermittlung von Hintergrundwissen, über das er nach 29jähriger hauptamtlicher Tätigkeit beim DRK reichlich verfügt.

Die BVS-Landesstelle Recklinghausen nahm Abschied von ihrem ehemaligen Mitarbeiter

Friedhelm Schillo

Er kam als ehrenamtlicher Leiter der BVS-Dienststelle Castrop-Rauxel zum Verband. 1978 wurde Schillo hauptamtliche Lehrkraft an der BVS-Schule Körtlinghausen und übernahm 1981 die Dienststelle Essen. Nach seinem Ruhestand 1985 engagierte er sich ehrenamtlich für den Verband.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

BVS-Landesstelle Recklinghausen

Die BVS-Dienststelle Düren betrauert den Tod ihres ehrenamtlichen Helfers

Walter Mierlein

BVS-Beauftragter Kreis Heinsberg

Bereits 1971 wurde Mierlein ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter. Mehr als 20 Jahre hat er engagiert die Bevölkerung im Selbstschutz ausgebildet.

Mit Walter Mierlein hat uns ein lieber Kamerad verlassen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

BVS-Dienststelle Düren

MENSCHEN

Im Wettstreit um Punkte und Sieg

10. Bundeswettbewerb der Sanitätsgruppen des Malteser-Hilfsdienstes in Landshut

„Wo ist mein Baby? – Was ist mit meinem Kind? – Helft mir doch, bitte helft mir doch!“ Die junge Mutter ist in Panik, reißt sich immer wieder von den sie beruhigenden Rettungskräften los. Sie will in das Innere des verunglückten Fahrzeugs, ruft nach ihrem Säugling, will ihn retten. Das bedrückende Geschehen geht unter die Haut. Die dramatische und realistisch gespielte Situation spiegelt sich in den Gesichtern der Zuschauer wider. Ihr anfängliches Lächeln gefriert, die Minen werden ernst, Betroffenheit stellt sich ein.

Ein unrealistisches Szenario? Nein, tagtäglich ereignen sich solche oder ähnliche Dramen auf unseren Straßen. Die hier geschilderte Szene spielt in einer von elf Not- und Unfallsituationen, in denen rund 200 Sanitätshelferinnen und -helfer des Malteser-Hilfsdienstes aus 20 Diözesen während des 10. Bundeswettbewerbs der Sanitätsgruppen ihr Leistungsvermögen unter Beweis stellen. Mit dabei auch Gastmannschaften aus befreundeten in- und ausländischen Organisationen, die separat bewertet werden.

Eine wichtige Aufgabe

In einem Pressegespräch nach dem Start des Wettbewerbs weist der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Constantin von Brandenstein-Zepelin, darauf hin, daß der Sanitätsdienst seit der Gründung des Hilfsdienstes vor 40 Jahren zu den wichtigsten Aufgaben der Organisation zählt. „Ob bei einer Prozession, einer Wallfahrt, einem Volkswandertag, Fußballspiel oder Rockkonzert, die Malteser leisten hier engagiert und ehrenamtlich ihren Dienst. Es kommt dabei darauf an, daß die Helfer für diese Aufgaben gut aus- und fortgebildet sind und sie von Zeit zu Zeit die Möglichkeit erhalten, ihre Qualifikation im Wettstreit mit anderen zu messen. Dies trägt zur Förderung der Ausbildung in den



Die vierte Station des Wettbewerbs. Die gesamte Gruppe ist bei diesem „Chemieunfall“ im Einsatz. Fünf „Verletzte“ sind zu versorgen.

Einheiten bei, wobei ein weiteres Ziel auch die Stärkung des Gemeinschaftssinns durch gegenseitiges Kennenlernen ist.“

Ausrichter des im zweijährigen Rhythmus veranstalteten Bundeswettbewerbs der Malteser ist jeweils die Siegergruppe des vorangegangenen Wettstreits. Erfolgreich bei der Veranstaltung 1993 war die Mannschaft aus Niederaichbach / Landkreis Landshut. So ist nun die Diözese Regensburg Gastgeber für die sich zuvor bei Wettbewerben auf Diözesanebene qualifizierten Sanitätsgruppen.

Was die Organisatoren hier am Samstag, dem 2. September 1995, in Landshut auf die Beine gestellt haben, beeindruckt Akteure und Zuschauer gleichermaßen. Die eindrucksvollsten Notfallsituationen aus den vergangenen neun Bundeswettbewerben sind zu diesem Jubiläumswettbewerb in einer Mehrzweckhalle aufgebaut und spornen die Sanitätsgruppen zur Höchstleistung an.

Folgende elf Stationen mit realistisch nachgestellten, praxisorientierten Aufgaben, die insbesondere die Team- und Handlungsfähigkeit der Gruppen fordern und fördern sollen, sind zu meistern:

- „Flugzeugabsturz“
Sieben „Verletzte“ / Gesamte Gruppe im Einsatz.
- „Drachenflieger-Unfall“
Ein „Verletzter“ / Zwei Helfer im Einsatz.
- „Silo-Unfall“
Zwei „Verletzte“ / Zwei Helfer im Einsatz.
- „Chemieunfall“
Fünf „Verletzte“ / Gesamte Gruppe im Einsatz.
- „Stadtreicher-Notfall“
Zwei „Verletzte“ / Zwei Helfer im Einsatz.
- „Rasenmäher-Unfall“
Zwei „Verletzte“ / Drei Helfer im Einsatz.
- „Suizid im Pkw“
Zwei „Verletzte“ / Drei Helfer im Einsatz.
- „Sturz eines Skateboardfahrers“
Ein „Verletzter“ / Ein Helfer im Einsatz.
- „Explosionsunglück“
Zwei „Verletzte“ / Drei Helfer im Einsatz.
- „Motocross-Unfall“
Vier „Verletzte“ / Vier Helfer und Gruppenführer im Einsatz.
- „Verkehrsunfall“
Fünf „Verletzte“ / Gesamte Gruppe im Einsatz.

An einer weiteren Station wird theoretisches Wissen in schriftlicher Form abgefragt.

Profis am Werk

Das die einzelnen Stationen mit ihrem Geschehen alle Beteiligten und Gäste so beeindrucken, liegt zum großen Teil auch an der profihaften Arbeit der Verletzendarsteller.

Seit 14 Jahren stellt die Lotus-Gruppe aus den Niederlanden bei den Wettbewerben der Malteser die Mimen. Die Gruppe besteht aus rund 50 ehrenamtlichen Männern und Frauen aus den unterschiedlichsten Berufssparten, die sich zum

Ziel gesetzt haben, Unfälle und Verletzungsdarstellungen so wirklichkeitsnah wie möglich darzubieten. Die Mitglieder der Gruppe werden jährlich vom Staat auf ihr Wissen und Können in Erster Hilfe und Darstellung der Verletzten geprüft und verfügen danach über ein staatliches Diplom.

Jede zum Wettbewerb angetretene Sanitätsgruppe besteht aus sechs Helferinnen und Helfer sowie dem Gruppenführer. Zugelassen sind nur Ehrenamtliche, also keine Profis wie hauptamtliche Rettungsassistenten, examiniertes Krankenpflegepersonal oder gar Ärzte. Je nach Aufgabe wird die Einzelleistung oder die Gruppenleistung bewertet. Die

jeweils erreichte Punktzahl summiert sich zur Gesamtbewertung.

Bei der Vielzahl der Stationen und der teilweisen breiten Aufgabenstellung für die Wettkämpfer ist natürlich eine Schar von Schiedsrichtern für die Bewertung nötig. Diözesanärzte und -ausbildungsreferenten der Malteser übernehmen diese verantwortungsvolle Aufgabe, die viel Wissen und Fingerspitzengefühl verlangt.

Kurze Situationsbeschreibung

Wie stellt sich nun der Ablauf dar? Nach einem Glockenschlag treten die vor den einzelnen Stationen angetretenen Gruppen in Aktion. Als erstes erfolgt eine kurze Situationsbeschreibung durch einen Schiedsrichter. So heißt es zum Beispiel auf Station 9 „Explosionsunglück“: „Neben ihrer Unterkunft befindet sich eine Baustelle. Zu Schweißarbeiten auf dem Dach ist im Hof ein Gerüst aufgebaut. Plötzlich hören Sie einen Knall. Sie eilen auf den Hof.“ Es folgt noch der Hinweis, daß die einzuleitenden Maßnahmen von drei Helfern durchzuführen sind.

Jetzt ist die Gruppe auf sich gestellt. Die Arbeit der eingesetzten Helfer wird nun von den Schiedsrichtern beobachtet und bewertet. Im hier aufgeführten Beispiel sind zwei „Verletzte“ zu versorgen. Es gilt, sich erst einen Überblick zu verschaffen und dann die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Ein „Verletzter“ ist vom Baugerüst gestürzt und hat einen Beckenbruch erlitten; das zweite „Opfer“ hat sich die Unterarme und Hände verbrannt. Die drei Sanitätshelfer haben die Unfallstelle im Griff. Fachkundig wird Erste Hilfe geleistet, fiktiv auch der Transport in ein Krankenhaus in die Wege geleitet.

Ein weiterer Glockenschlag beendet nach zehn Minuten an allen „Schadenstellen“ gleichzeitig den Einsatz. Danach stellen sich die Einsatzkräfte noch Fragen der Schiedsrichter. Es folgt eine kurze Pause, anschließend wechseln die Gruppen zur nächsten Station bis sie alle „Not- und Unfallsituationen“ durchlaufen haben.

Besondere Attraktion

Der Knüller des Wettbewerbs ist die Station „Flugzeugabsturz“. Das



Oben:
Nur der Blitz der Kamera erhellt die Szene. Bei dem „Flugzeugabsturz“ müssen die Helfer fast im Dunkeln die Hilfsmaßnahmen durchführen.

Links:
Nicht nur die Erste Hilfe ist gefragt, auch die Betreuung des „Verletzten“ bis zum Abtransport ins Krankenhaus wird bewertet.



Nach dem Einsatz der Gruppe trifft sich die Schiedsrichtercrew zur Absprache über die Bewertung.

lautstark eingespielte sonore Brummen des Flugzeugs, das stets in der ganzen Halle zu hören ist, wenn ein neuer Durchlauf ansteht, wird den Akteuren noch lange in den Ohren klingen. Gefordert ist bei dieser Unfalldarstellung die ganze Gruppe. Sie wartet vor der Tür. Erst wenn das Motorgeräusch jäh abbricht und ein Aufschlag zu hören ist, beginnt der Einsatz.

„Fritz, Fritz, wo bist Du? Helf mir doch! Ich bin verletzt!“ – schallt es der Gruppe entgegen. Aber so leicht zu orten sind das flehentliche Rufen und die Schmerzensschreie der weiteren „Opfer“ nicht. Die großflächige Schadenstelle, in einer Gymnastikhalle wirklichkeitsnah mit Waldboden, Sträuchern und Tannenbäumen eingerichtet, ist stark abgedunkelt. Das Szenario spielt in einer mit

Bodennebel bedeckten Waldschneise. Betroffen von dem Absturz der Propellermaschine ist eine Wandergruppe. Sieben Personen sind „verletzt“. Sie liegen zum Teil hinter den Sträuchern und Bäumen. Genau zehn Minuten hat die Gruppe Zeit für die anspruchsvolle Aufgabenstellung. Gewertet werden die Führungskompetenz des Gruppenführers, der hier besonders gefordert ist, sowie die Einzelleistung der Helfer. Jede Einsatzkraft wird von einem Schiedsrichter beobachtet. Nichts entgeht ihnen, Fehler wie Pluspunkte werden gewissenhaft notiert.

Wie bei den anderen Stationen finden sich auch hier zahlreiche Zuschauer ein, die die Hilfsmaßnahmen fachkundig beobachten und kommentieren; dabei wird auch der eine oder andere Handgriff der Hel-

fer kritisiert. Zum Ende stellt sich aber dann doch stets Applaus für die Akteure ein.

Nach dem Wettbewerb beginnt das nervenaufreibende Warten auf die Siegerehrung. Sie ist eingebettet in eine Abendveranstaltung um 20.00 Uhr. Zahlreiche Gäste haben sich eingefunden, an ihrer Spitze der Schirmherr der Veranstaltung, Staatsminister Erwin Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Er führt u. a. aus, daß die Helferinnen und Helfer der Malteser in einer Zeit, „wo jeder zunächst an sich selber denkt“, ein leuchtendes Beispiel in der Kultur des Helfens setzen würden. Er wünsche sich, daß „dieses Beispiel Nachahmer finden wird“.

Nach weiteren Grußworten ist es dann soweit. Die einzelnen Platzierungen werden bekanntgegeben. Die Spannung ist groß. Den begehrten Pokal des Siegers holt sich in diesem Jahr die Gruppe aus Ellwangen in Baden-Württemberg. Somit steht auch schon fest, in welcher Stadt sich die Malteser 1997 das elfte Mal zum Wettstreit der Sanitätsgruppen einfinden werden.

—güse—

Bundeswettbewerb der Sanitätsgruppen 1995

Platzierung

1. Ellwangen	2036 Punkte
2. Aachen	2026 Punkte
3. München	2008 Punkte
4. Passau	2002 Punkte
5. Osnabrück	2001 Punkte
6. Münster	1952 Punkte
7. Oldenburg	1944 Punkte
8. Eichstätt	1885 Punkte
9. Hildesheim	1838 Punkte
10. Würzburg	1823 Punkte
11. Bamberg	1808 Punkte
12. Mainz	1802 Punkte
13. Trier	1797 Punkte
14. Köln	1789 Punkte
15. Fulda	1758 Punkte
16. Berlin	1726 Punkte
17. Augsburg	1725 Punkte
18. Paderborn	1715 Punkte
19. Freiburg	1706 Punkte
20. Magdeburg	1502 Punkte



Nach jedem Durchlauf werden die „Verletzungen“ der Mimen nachgeschminkt.

(Fotos: Sers)

Neukonzeption der KatS-Einheiten in Hamburg

Von Sören Heidenreich, Behörde für Inneres, Hamburg

Die Neukonzeption des Bundes

Die Veränderung der weltpolitischen Lage und die damit verbundene Verringerung der militärischen Bedrohung sowie Sparzwänge haben den Bund dazu bewogen, die zivile Verteidigung neu zu konzipieren. Die bedeutendste Veränderung betrifft den Zivilschutz, der unter dem Motto „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“ neu geordnet wurde. Zum erweiterten Katastrophenschutz und dessen Einheiten hier einige Grundaussagen des Bundeskonzepts:

– Die Erweiterung des Katastrophenschutzes wird auf den Strukturen in den Ländern aufgebaut. Der Bund gibt keine Strukturen vor. Die bundeseinheitliche Gliederung in Fachdienste, Einrichtungen und Einheiten wird aufgegeben. Dadurch entsteht ein gemeinsames Hilfeleistungssystem.

– Die Erweiterung des Katastrophenschutzes erstreckt sich künftig auf die Aufgabenbereiche

- Brandschutz
- ABC-Schutz
- Sanitätswesen
- Betreuung
- Bergung

– Der Bund ergänzt aus Zivilschutzgründen das Katastrophenschutzpotential der Länder in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung. Für den Bereich der Bergung hält der Bund die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk vor. Dessen gesamtes Potential steht den Ländern zusätzlich zur Verstärkung ihres eigenen Katastrophenschutzpotentials zur Verfügung.

– Die Bereiche Brandschutz und ABC-Schutz sollen von den Feuerwehren, die Bereiche Sanitätswesen

und Betreuung von den Hilfsorganisationen wahrgenommen werden.

– Die Ergänzungsmaßnahmen des Bundes bestehen in zusätzlicher Ausstattung und zusätzlicher Ausbildung von Helfern. Die zusätzliche Ausstattung dient der Wasserförderung, der Erkundung von ABC-Gefahren sowie der Dekontamination, der ärztlichen Versorgung und dem Verletzentransport sowie der Betreuung der Bevölkerung im Notfall.

– Der Bund ergänzt durch folgende Komponenten

• **Brandschutz:** Löschgruppenfahrzeuge LF 16 TS, Schlauchwagen SW 2000-Tr

• **ABC-Schutz:** ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-Erkkw), Dekontaminationslastkraftwagen (Dekonlkw)

• **Sanitätswesen:** Arztkraftwagen (A-KW), Krankentransportwagen (KTW)

• **Betreuung:** Verpflegungs-Lastkraftwagen mit Feldkochherd, Betreuungs-Kombi

Die Fahrzeuge erhalten jeweils eine personelle Zweitbesetzung, um bei langandauernden Einsätzen eine Ablösung gewährleisten zu können und Reserven zu haben.

– Die vorhandene Ausstattung wird auf die neue Ausstattung angerechnet. Zukünftig nicht mehr notwendige Ausstattung wird den bisherigen Trägern zur Verfügung gestellt, falls sie für deren Betrieb und Instandsetzung aufkommen wollen.

– Für die Ausbildung vor Ort an den zusätzlichen Fahrzeugen zahlt der Bund eine Pauschale zur Selbstbe-

wirtschaftung. Führer und Unterführer erhalten im Rahmen ihrer Ausbildung für den Katastrophenschutz auf Kosten des Bundes eine Zusatzausbildung für Zivilschutzzwecke. Diese wird an den organisations-eigenen Ausbildungseinrichtungen und den Landesfeuerweherschulen durchgeführt.

Hamburg hat sich frühzeitig und offensiv mit der Neukonzeption des Bundes befaßt und eigene Vorstellungen dazu entwickelt. So können die erheblichen Veränderungen und vor allem Reduzierungen bei der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen halbwegs verträglich umgesetzt werden.

Die Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg

In Hamburg gibt es derzeit 91 Freiwillige Feuerwehren mit rund 2.700 aktiven Feuerwehrangehörigen. Die durchschnittliche Personalstärke einer Freiwilligen Feuerwehr beträgt demnach etwa 30 Feuerwehrangehörige. Die 91 Freiwilligen Feuerwehren sind in zwölf Bereichen organisatorisch zusammengefaßt, diese Bereiche wiederum bilden vier Direktionsbereiche. Den Direktionsbereichen steht der Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehren vor. Die Freiwilligen Feuerwehren sind – wie die Berufsfeuerwehr – Bestandteil der Feuerwehr Hamburg und der Amtsleitung der Feuerwehr Hamburg unterstellt. Die Freiwilligen Feuerwehren hatten 4.742 Einsätze im Jahr 1994.

Aufgaben und Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren

Bei der Neuzuweisung von Aufgaben und Ausstattung für die Freiwilligen Feuerwehren sollten zunächst zwei Grundübel des bisherigen erweiterten Katastrophenschutzes überwunden werden:

1. Das Nebeneinander von Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes und von kommunal aufgestellten Einheiten.

2. Das Fehlen einer sinnvollen Aufgabe für Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes in Friedenszeiten.

So bildet nach der Neukonzeption jede Freiwillige Feuerwehr in Hamburg eine Einheit, die in der alltäglichen Gefahrenabwehr, bei besonderen Einsatzlagen (z. B. einer Vielzahl von Sturmereignissen), im Landes-Katastrophenschutz (z. B. bei der Deichverteidigung) und im Verteidigungsfall eingesetzt wird, ohne daß eine Umorganisation notwendig wäre.

Brandschutz

77 der 91 Freiwilligen Feuerwehren sollen als Grundlage eine Aufgabe im Bereich des kommunalen Brandschutzes bekommen. Diese Freiwilligen Feuerwehren sind vorwiegend in den Stadtrandgebieten ansässig und erhalten einen eigenen Ausrückebereich. Sie werden bei Feueralarm in ihrem Ausrückebereich sofort zusätzlich zur zuständigen Feuer- und Rettungswache der Berufsfeuerwehr mitalarmiert. Diese Freiwilligen Feuerwehren verfügen als Grundausrüstung über zwei Löschgruppenfahrzeuge.

Eines dieser Löschgruppenfahrzeuge ist ein kommunal beschafftes LF 16 bzw. LF 16/12, das zweite Löschgruppenfahrzeug ist ein LF 16-TS des Bundes. Da der Bund nach der Neukonzeption nur noch 32 LF 16-TS finanziert, muß Hamburg die darüber hinaus erforderlichen Fahrzeuge auf eigene Kosten betreiben und unterhalten.

Die Fahrzeuge sind als überzählige Fahrzeuge der bisherigen Bundesausstattung noch vorhanden und vom Bund zur Nutzung überlassen. Dennoch hat die Übernahme der Fahrzeuge zu Haushaltsproblemen geführt, die noch nicht restlos gelöst sind.

Brandschutz und Technische Hilfeleistung

Bislang stellte der Bund für die Aufgabe der Technischen Hilfeleistung Rüstwagen RW 1 zur Verfü-

gung. In der Neukonzeption ist dies nicht mehr vorgesehen. Hamburg hat sich dennoch entschlossen, in jedem der zwölf Bereiche einer Freiwilligen Feuerwehr die zusätzliche Sonderaufgabe der Technischen Hilfeleistung zuzuordnen und mit einem RW 1 auszustatten. Das bedeutet, daß Hamburg insgesamt zwölf RW 1 auf eigene Kosten bei den Freiwilligen Feuerwehren weiter betreibt. Diese RW 1 sind Freiwilligen Feuerwehren zusätzlich zugewiesen, die aus den vorgenannten 77 ausgewählt wurden. Damit ist der Bereich Technische Hilfeleistung schwerpunktmäßig abgedeckt.

Die übrigen RW 1 wurden nach Absprache mit dem Bund zum Aufbau des Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern abgegeben. Da in diesem Fall dort lediglich die Fahrzeuge, nicht jedoch die technische Ausrüstung benötigt werden, konnte diese in Hamburg verbleiben.

Die Freiwilligen Feuerwehren werden die technische Ausrüstung als Zusatzbeladung Technische Hilfeleistung in Löschgruppenfahrzeugen einbauen. Dies erfolgt in Eigenleistung der Freiwilligen Feuerwehren nach Vorgaben der Technischen Abteilung der Feuerwehr Hamburg. Durch dieses bemerkenswerte Engagement der Freiwilligen Feuerwehren kann der Bereich Technische Hilfeleistung flächendeckend bedient werden.

Brandschutz und Wasserversorgung

Für die Aufgabe der Wasserversorgung über lange Wegstrecken hatte der Bund die Absicht, 18 Schlauchwagen SW 2000-Tr zuzuweisen. Aufgrund der begrenzten Fläche des Stadtstaates Hamburg und der großen Anzahl offener Gewässer ist das Legen von längeren Schlauchleitungen hier jedoch nicht von so großer Bedeutung. Aufgrund der dichten Bebauung ist eher mit einer Vielzahl von Brandstellen zu rechnen, so daß Löschgruppenfahrzeuge wesentlich wichtiger sind als Schlauchwagen. In Verhandlungen mit dem Bund konnte erreicht werden, daß nur vier Schlauchwagen und statt der 14 restlichen Schlauchwagen 14 zusätzliche Löschgruppenfahrzeuge dauerhaft vom Bund finanziert werden.

In den vier Direktionsbereichen wurde je einer Freiwilligen Feuerwehr die zusätzliche Sonderaufgabe Wasserversorgung und je ein Schlauchwagen zugewiesen. Diese Freiwilligen Feuerwehren verfügen neben dem Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS statt des kommunalen Löschgruppenfahrzeugs LF 16 wegen des größeren Löschwasserbehälters über ein kommunales Tanklöschfahrzeug TLF 16/25. Sie haben keinen eigenen Ausrückebereich, sondern werden bei größeren Einsätzen übergreifend eingesetzt.

Brandschutz und ABC-Schutz

Der ABC-Schutz wurde in Hamburg von Freiwilligen Feuerwehren übernommen. Damit auch Freiwillige Feuerwehren mit dieser zusätzlichen Sonderaufgabe nicht nur bei einem eher unwahrscheinlichen ABC-Einsatz, sondern auch bei herkömmlichen Feuerwehreinsetzungen tätig werden können, verfügen sie über mindestens ein Löschfahrzeug. Im ABC-Bereich ist zwischen den Freiwilligen Feuerwehren eine Aufgabenteilung vorgesehen:

1. Dekontamination und Reinigung
2. Messen und Spüren

Die Wehren mit der Schwerpunktaufgabe Dekontamination und Reinigung verfügen über einen Dekontaminationslastkraftwagen und einen ABC-Erkundungskraftwagen, daneben – insbesondere zur Wasserversorgung – über ein Tanklöschfahrzeug TLF 16/25.

Die Freiwilligen Feuerwehren mit der Schwerpunktaufgabe Messen und Spüren werden mit ABC-Erkundungskraftwagen ausgestattet. Da derzeit von den 27 vom Bund vorgesehenen Fahrzeugen erst 14 vorhanden sind, befindet sich dieser Bereich noch im Aufbau.

Brandschutz und Fernmeldewesen

Der Bereich Fernmeldewesen wird vom Bund nicht mehr ergänzt. Der Bund geht davon aus, daß die Länder das Fernmeldewesen in eigener Zuständigkeit sicherstellen. Spezielle Freiwillige Feuerwehren haben daher dies als zusätzliche Sonderaufgabe bekommen. Sie werden

neben einem Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS mit einem Gerätewagen-Fernmeldewesen (GW-Fm) ausgestattet. Auch diese Freiwilligen Feuerwehren haben keinen eigenen kommunalen Ausrückebereich, sondern werden bei größeren Schadensfällen im gesamten Stadtgebiet eingesetzt.

Sonderausstattungen

Neben den bisher genannten Grundtypen der Freiwilligen Feuerwehren haben einzelne Wehren zusätzlich noch Sonderausstattungen, die nach einsatztaktischen Gesichtspunkten verteilt sind. Dazu zählen

- Kleinboote verschiedener Bauart
- Feldkochherde
- Versorgungsfahrzeuge

Eine Freiwillige Feuerwehr nimmt als Sonderaufgabe die Technische Hilfeleistung übergreifend im gesamten Stadtgebiet bei besonderen Lagen wahr. Sie ist dafür mit zwei Rüstwagen RW 1, einem Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS, einem Rüst-Lkw, zwei Generatorenanhängern und einem Kleinboot ausgestattet.

Führung

Bei größeren Schadensfällen kommen mehrere Freiwillige Feuerwehren unterschiedlicher Art zum Einsatz. Beim Einsatz von mehr als einer Wehr wird der zuständige Bereichsführer, bei mehr als zwei Wehren zusätzlich der zuständige Direktionsbereichsführer und bei mehr als vier Wehren zusätzlich der Landesbereichsführer alarmiert. Diese Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren verfügen über je einen Einsatzleitwagen ELW 1 (insgesamt 17).

Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren

Die Landesfeuerwehrschule hat ein Ausbildungskonzept im Rahmen eines Pilotprojektes mitentwickelt, das in das Konzept des Bundes übernommen wurde.

Die Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren umfaßt zunächst für jeden Angehörigen eine allgemeine

Feuerwehr- bzw. Brandschutzausbildung gemäß Feuerwehrdienstvorschrift. Im Anschluß daran erhalten die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren mit zusätzlichen Sonderaufgaben eine entsprechende Zusatzausbildung in Lehrgangsform an der Landesfeuerwehrschule.

Derzeit sind Lehrgänge für folgende Bereiche vorgesehen:

- Technische Hilfeleistung
- ABC-Schutz / Dekontamination und Reinigung
- ABC-Schutz / Messen und Spüren

Bei der Truppführer- und Gruppenführerausbildung wird analog verfahren.

Hilfsorganisationen

Die Hilfsorganisationen übernehmen in Hamburg die Aufgaben des Sanitätswesens und der Betreuung. Die Hamburger Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst haben sich auf eine modulare Gliederung der vom Bund zugewiesenen Komponenten geeinigt. Das Land stimmt dieser Gliederung zu.

Sanitätswesen

Das Modul Sanitätswesen besteht aus einem Arztkraftwagen und zwei Krankentransportwagen.

Betreuung

Das Modul Betreuung setzt sich aus einem Betreuungs-Kombi und einem Verpflegungs-Lastkraftwagen mit Feldkochherd zusammen.

Die Module des Sanitätswesens und der Betreuung können je nach Erfordernis im Einsatz beliebig miteinander kombiniert werden. In der Regel werden mindestens zwei Module zugleich zum Einsatz gebracht. In diesem Fall kommt von den Hilfsorganisationen eine Führungskomponente hinzu. Die Hamburger Hilfsorganisationen bilden insgesamt 16 Module Sanitätswesen und 18 Module Betreuung. Daneben stehen Arztkraftwagen, Krankentransportwagen und Betreuungs-Kombis in Reserve.

Diese modulare Gliederungsform erlaubt einen flexiblen, lageangepaßten Einsatz von kleinen und daher gut fährbaren Einheiten.

Die Helfer sollen so ausgebildet werden, daß über die Unterrichtung im Sanitätswesen bzw. in der Betreuung hinaus auch Grundkenntnisse im jeweils anderen Bereich erworben werden.

Ein Einsatzschwerpunkt der Module wird die Besetzung von Notunterkünften im Evakuierungsfall (z. B. bei sehr schweren Sturmfluten) sein. Dafür ist pro Notunterkunft zunächst eine Kernmannschaft von zehn Helfern erforderlich.

Schlußbemerkung

Nach Ansicht des Landes Hamburg zielt die Neukonzeption des erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes in die richtige Richtung. Wenn auch die Reduzierungen schmerzlich sind, trägt das nun einheitliche Hilfeleistungssystem von Bund und Land zu einer Steigerung der Effizienz im Katastrophenschutz insgesamt bei.

Die Gliederung der Einheiten der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen in Hamburg stellt deren schlagkräftigen, flexiblen und übergangslosen Einsatz bei Schadensfällen im alltäglichen Dienst bis zum Verteidigungsfall sicher. Die Motivation der Helfer im erweiterten Katastrophenschutz wird durch sinnvolle Aufgabenzuweisung aufrechterhalten und gefördert. Nicht zuletzt deshalb ist die Neukonzeption auch als ein Gewinn anzusehen, da ohne das Engagement von ehrenamtlichen Helfern die Gefahrenabwehr – auch in einer Großstadt – nicht sicherzustellen ist.



Explosion auf der „Irmingard“

Großangelegte Katastrophenschutzübung auf dem Chiemsee

„Schwere Explosion auf dem Motorschiff ‚Irmingard‘ der Chiemsee-Flotte. Zahlreiche Passagiere sind verletzt. Rund 50 Fahrgäste treiben im Wasser.“ Dieses Lagebild war für 220 Helferinnen und Helfer der an der Wasserrettung und auf dem Chiemsee beteiligten Hilfsorganisationen die Ausgangssituation für eine landkreisübergreifende Katastrophenschutzübung.

18.28 Uhr: Im Maschinenraum des Motorschiffes „Irmingard“ ereignet sich eine Explosion. Manövrierunfähig treibt das mit 150 Fahrgästen besetzte drittgrößte Schiff der Chiemsee-Flotte in der Nähe der Herreninsel. Dichte Rauchschwaden dringen aus dem Fahrgastraum. An Bord bricht eine Panik aus. Rund 50 Menschen springen ins kalte Wasser.

Über Funk verständigt Kapitän Peter Herzinger die Zentrale der Chiemsee-Schiffahrt in Prien-Stock. Unmittelbar darauf lösen die Rettungsleitstellen Rosenheim und Traunstein Großalarm aus.

18.45 Uhr: Schnell sind die Helfer der Wasserrettungsdienste in ihren Booten. Die Besatzung des Traunsteiner Rettungshubschraubers „Christoph 14“ dirigiert die Teams aus der Luft per Funk zum Einsatzort. Als erstes trifft die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ein, wenig später die Wasserwachthelfer aus Prien und Bernau. Zunächst werden die ins Was-

ser gesprungenen, zum Teil „verletzten“ Passagiere geborgen. Größte Vorsicht ist geboten, damit keiner der Schwimmer durch die Antriebschrauben der Motorboote verletzt wird. Die „Irmingard“ treibt weiterhin trotz Windstärke immer weiter in ostwärtiger Richtung ab. Der Rettungsweg nach Prien wird hierdurch immer länger.

Rund 220 Einsatzkräfte

Bis kurz vor 19.00 Uhr alarmieren die Rettungsleitstellen, die Polizei und die Feuerwehrzentrale in Rosenheim weitere Hilfskräfte. Während die Feuerwehrboote am Unglücksort eintreffen und unter

Einsatz von schwerem Atemschutz mit den „Löscharbeiten“ auf dem brennenden Schiff beginnen, richten das Bayerische Rote Kreuz (BRK), der Malteser-Hilfsdienst (MHD) und die Wasserwacht – alle drei Organisationen haben zusätzlich ihre Schnelleinsatz-Gruppen (SEG) mobilisiert – auf dem Gelände des Priener Schwimmbades einen Platz für die medizinische Erstversorgung der „Opfer“ ein. Von hier aus sollen die „Verletzten“ später in die umliegenden Krankenhäuser gebracht werden.

Kritisch beobachten an Bord des Schiffes „Michael“ neben Vertretern der Hilfsorganisationen und Behörden auch die beiden Chiemsee-Landräte Dr. Max Gimpl, Rosenheim, und Jakob Strobl, Traunstein, den Übungsverlauf. Im Ernstfall wären sie mit ihren Führungsstäben für die Einsatzleitung verantwortlich. Bei dieser Übung liegen die organisatorische Leitung und die Einsatzleitung am Ufer in den Händen von Ulrich Rose vom BRK Bad Aibling, Gerd Kleinhans von der Priener Wasserwacht ist der Einsatzleiter „See“.

Insgesamt 220 Helferinnen und Helfer von Wasserwacht, DLRG, BRK, MHD, Feuerwehren, Technischem Hilfswerk (THW) sowie Kräfte der Polizei sind an der Übung beteiligt. Hinzu kommen die „Schiffspassagiere“, gestellt von Angehörigen der Hilfsorganisationen.

19.51 Uhr: Nach gut einer Stunde wird die Übung abgebrochen.

21.00 Uhr: In der Stippel-Werft findet bei einem gemeinsamen Abend aller Beteiligten eine kurze Manöverkritik statt. „Im großen und ganzen ist die Übung gut abgelaufen“, so Gert Kleinhans. „Doch haben wir auch dazu lernen müssen, daß im Ernstfall wesentlich mehr Kräfte erforderlich sind.“ Die Rettung der „Verletzten“ habe zu lange gedauert. „Auf dem Land lief es etwas besser, doch auch hier hätten wir noch mehr Ärzte und Sanitäter gebraucht“, resümiert Kleinhans.



Oben:
„Verletzte“
Passagiere werden
von der Wasserwacht
übernommen
und an Land
gebracht.

Links:
Zahlreiche Fahrgäste
der „Irmingard“
sind ins Wasser
gesprungen
und müssen
„aufgefischt“ werden.

(Fotos: Berger)



Neukonzeption des medizinischen Katastrophenschutzes aus wissenschaftlicher Sicht

Von Prof. Dr. med. E. Pfenninger und D. Richter, Universitätsklinik für Anästhesiologie, Universität Ulm

2. Teil

Die mittlere Versorgungszeit ist eine der Grundlagen der Berechnung der Versorgungskapazität. Aus unseren Untersuchungen ergibt sich, daß für Leichtverletzte Versorgungszeiten von 14 bis 18 Minuten, im Mittel 15 Minuten, aufzuwenden sind. Schwerverletzte hingegen benötigen Versorgungszeiten von 20 bis 35 Minuten, im Mittel ergibt sich eine Versorgungszeit von 30 Minuten. Sicherlich ist in Katastrophensituationen eine Verkürzung der Versorgungszeiten anzustreben, unter den mitunter erheblich erschwerten logistischen Voraussetzungen ist jedoch Zweifel angebracht, ob dies auch verwirklicht werden kann. Realistischerweise sind deshalb die

aus dem Rettungsdienst ermittelten Zahlen anzusetzen. Ebenso ist zur Berechnung der Transportkapazität die mittlere Transportzeit heranzuziehen. Eine nach den modernen medizinischen Gesichtspunkten adäquate Versorgung läßt dabei den Transport eines schwer- oder zwei leichtverletzter Patienten zu. Da Lokalisation des Katastrophortes, Tageszeiten sowie ungünstige Witterung zu erheblichen Abweichungen der Transportzeit führen können, wird als Untergrenze der Transportzeit 30 Minuten angesetzt. Unter diesen Annahmen kann ein KRSZ pro Stunde 24 Schwerverletzte oder 48 Leichtverletzte dem heutigen medizinischen Stand entsprechend versorgen. Die maximale Transportkapazität pro Stunde beträgt sechs Schwerverletzte und zwölf Leichtverletzte (Tabelle 2). Unter der Annah-

me, daß in der ersten Stunde vorwiegend Versorgung stattfindet, aber ab der zweiten Stunde simultan dazu der Abtransport der Verletzten vorzunehmen ist, reduziert sich die Versorgungskapazität auf die Hälfte.

Eine Doppelbesetzung der Funktionen gewährleistet das Erreichen der Einsatzstärke nach der Alarmierung sowie das Vorhandensein von Reservepersonal bei länger dauernden Einsätzen. Zusätzlich zur Verfügung stehendes Personal kann mit Mannschaftstransportwagen zur Einsatzstelle gebracht werden und die Kräfte verstärken. Sinnvolle Doppelverplanung von dienstfreiem Rettungsdienst und Klinikpersonal in die Katastrophenschutzeinheiten erhöht die Zahl der qualifizierten Helfer.

Tabelle 2:
Festlegung der personellen (P) Mindestvoraussetzungen zu einer suffizienten Versorgung und Transport von Katastrophenopfern.

	SCHWERVERLETZT	LEICHTVERLETZT
VERSORGUNG	P: 2 Helfer: 1 Rettungssanitäter 1 Sanitätshelfer	P: 2 Helfer mit mindestens Sanitätsausbildung
TRANSPORT	P: 2 Helfer: 1 Rettungssanitäter 1 Sanitätshelfer	P: 2 Helfer mit mindestens Sanitätsausbildung
MAXIMALE VERSORGUNGSKAPAZITÄT PRO STUNDE	24 Schwerverletzte	48 Leichtverletzte
MAXIMALE TRANSPORTKAPAZITÄT PRO STUNDE	6 Schwerverletzte	12 Leichtverletzte
KAPAZITÄTEN BEI GLEICHZEITIGEM TRANSPORT (T) UND VERSORGUNG (V)	V: 12 Schwerverletzte T: 6 Schwerverletzte	V: 24 Leichtverletzte T: 12 Leichtverletzte

Die Leitstelle nimmt in der medizinischen Versorgung eine zentrale Koordinationsfunktion ein. Sie regelt, unterstützt durch den ärztlichen Leiter vor Ort, den Einsatz der Rettungsmittel, der Sanitätseinheiten, der zusätzlich eingesetzten Ärzte und Laienhelfer und legt schließlich die zu belegenden Krankenhäuser fest. Die kompetente Verstärkung des Leitstellenpersonals ist hierfür jedoch unabdingbar. Eine entsprechende Ausbildung, vor allem in katastrophenmedizinischer Hinsicht, muß gefordert werden.

Eingelagertes und nicht für den täglichen Gebrauch vorgesehenes Material ist nicht nur überaltert, es bestehen nicht nur Mängel im praktischen Umgang damit, sondern es besteht auch die Gefahr, daß dieses eingelagerte Material nicht mehr den modernen medizinischen Anforderungen entspricht. Nur im täglichen Umgang mit medizinischen Geräten, mit medizinischer Ausrüstung sowie entsprechenden therapeutischen Substanzen kann entschieden werden, ob diese noch den geänderten medizinischen Anforderungen entsprechen. Dies bedeutet, daß zwar nach wie vor eine gewisse Vorratshaltung betrieben werden muß, diese jedoch im Sinne des täglichen Gebrauches einer ständigen Erneuerung unterliegt. Durch Normierung und Absprachen im Rettungsdienst ist heute gewährleistet, daß die einzelnen Systemkomponenten bundeseinheitlich kompatibel und damit auch austauschbar und universal einsetzbar sind.

Die Kompatibilität zum Rettungsdienst ist unabdingbar für eine geordnete Zusammenarbeit zwischen Katastrophenschutzeinheiten und Rettungsdienst. Zu erreichen ist dies durch einen hohen Standardisierungsgrad unter Berücksichtigung bestehender Rettungsdienstnormen. Die Standardisierung muß hierbei sowohl Personal (Qualifikation) als auch das Material (Fahrzeuge, Ausstattung) umfassen. Standardisierung der Einsatzeinheiten führt auch zu einer erheblich erleichterten Einsatzleitung durch die Leitstellen und Führungskräfte. Die Standardisierung der Fahrzeuge (nach DIN) führt nicht zuletzt zu einer Kosteneinsparung bei Beschaf-

fung einer größeren Zahl gleicher Fahrzeuge.

Realisierungsmöglichkeiten

Die Realisierung ist in drei Stufen durchzuführen. Die erste Phase beinhaltet die sofortige kostenneutrale, organisatorische Umsetzung aus Material und Personal des vorhandenen Katastrophenschutzes. In der zweiten Phase werden im Rahmen von Ersatzbeschaffungen der Fahrzeugpark und die materielle Ausstattung dem endgültigen Konzept angenähert sowie das vorhandene Personal entsprechend weitergebildet. Die dritte Phase stellt die definitive Realisierung dar. Zusammenfassend ergibt sich somit:

- Umstrukturierung der bisherigen Katastrophenschutzzüge in ein modulares System.
- Fest verbindliche Zuordnung von Helfern und Material zu den einzelnen Modulen.
- Schaffung der Kompatibilität zum Rettungsdienst.
- Geordnete Doppelverplanung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz (Integration von Freipersonal des Rettungsdienstes in die Rettungsgruppen).

Neukonzeption

Aufgabenstellung

Grundsätzliche Aufgabe des Katastrophenschutz-Rettungszuges ist die Versorgung, Betreuung und der

Transport von Notfallpatienten und hilfebedürftigen Personen in verschiedenen Situationen.

– Unterstützung des Rettungsdienstes, wenn dieser durch mehrere gleichzeitige Notfälle oder bei größeren Schadensereignissen überfordert ist.

– Einsatz in selbständigen Einheiten bei Katastrophen oder in Situationen der zivilen Verteidigung im Sinne der bisherigen Aufgabe.

– Eine weitere, ausnahmsweise denkbare Aufgabe ist die Erstversorgung von Notfallpatienten in Form von Erstversorgungsteams bei längeren Anfahrtswegen der Rettungsdienstkräfte.

Auf diese Weise werden den Katastrophenschutz Helfern wichtige Aufgaben zugeteilt, die auch zu häufigeren Einsätzen führen. Gleichzeitig werden die bisher bestehenden Lücken zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz, bei Einsatz als Ersthelfer auch die zwischen Notruf und Eintreffen des Rettungsdienstes, gefüllt. Mit höheren Einsatzzahlen wird auch durch die gesammelte praktische Erfahrung die Qualifikation der Helfer steigen.

Modulares System „Katastrophenschutz- Rettungszug“

Unter Berücksichtigung der oben genannten Thesen, Vorgaben und Forderungen wurde von der Univer-

Rettungszug - Ulmer Konzept

Kleinste Bausteine



RETTUNGSTEAM
bestehend aus einem Rettungs-
sanitäter und einem Sanitätshelfer



NOTARZTTEAM
bestehend aus einem Rettungs-
team und einem Notarzt

DR 10/84

Abbildung 6: Rettungszug – kleinste Bausteine: Rettungsteam und Notarztteam.

RETTUNGSZUG - ULMER KONZEPT

Rettungs-Gruppe

(Helferzahl: Ärzte/RS/SAN)

Notarzt-Trupp



Aufgaben: Versorgung, Betreuung und Transport von Notfallpatienten

Helferzahl: 1/2/2=5

Rettungs-Trupp



Aufgaben: Versorgung, Betreuung und Transport von Notfallpatienten

Helferzahl: 0/2/2=4

1/4/4=9

DR 9/94

Abbildung 7: Rettungsgruppe – Zusammensetzung und Aufgaben.

RETTUNGSZUG - ULMER KONZEPT

Logistik-Gruppe

(Helferzahl: Ärzte/RS/SAN)

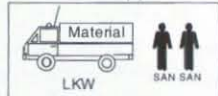
Führungs-Trupp



Aufgaben: Leitung des Einsatzes vor Ort, Sichtung und Registrierung, Funkkontakt zur RLST

Helferzahl: 1/1/1=3

Material-Trupp



Aufgaben: Versorgung mit medizinischem Verbrauchsmaterial

Helferzahl: 0/0/2=2

Technik-Trupp



Aufgaben: Technische Hilfe:
- Notstrom
- Beleuchtung
- Zelte

Helferzahl: 0/0/4=4
1/1/7=9

DR 10/94

Abbildung 8: Logistikgruppe – Zusammensetzung und Aufgaben.

sität Ulm das Konzept einer aus einzelnen Modulen bestehenden Katastrophenschutz-Einheit, genannt KATASTROPHENSCHUTZ-RETTUNGSZUG (KSRZ) entwickelt.

Rettungsgruppe

Die kleinsten Bausteine dieses Katastrophenschutz-Rettungszuges sind das RETTUNGSTEAM bzw. das NOTARZTTEAM (Abbildung 6). Dabei gewährleistet die Kombination jeweils eines Rettungssanitäters mit einem Sanitätshelfer die Versorgung von Schwer- als auch von Leichtverletzten. Die Versorgung schwerverletzter Patienten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der erweiterten Notkompetenz im Katastrophenfall, erfordert die Qualifikation zum Ret-

tungssanitäter. Die Einbeziehung des Sanitätshelferpotentials erbringt eine um 100 Prozent gesteigerte Personalstärke und gewährleistet weiterhin die Eingliederung der Sanitätshelfer in den Katastrophenschutz. Im Rahmen der Aufgabenteilung ist der Rettungssanitäter dem Sanitätshelfer weisungsbefugt. Zur Durchführung ärztlicher Maßnahmen wird das Rettungsteam durch einen Notarzt zum Notarztteam ergänzt.

Im Sinne des modularen Systems bilden in der nächstgrößeren Einheit zwei Rettungsteams einen RETTUNGSTRUPP bzw. ein Notarztteam und ein Rettungsteam einen NOTARZTTRUPP. Jedem Notarzttrupp ist ein Rettungswagen (RTW) zugeord-

net, jeder Rettungstrupp verfügt über einen Krankentransportwagen (KTW). Bei einer Stärke von fünf bzw. vier Personen ist der Transport aller Helfer zur Einsatzstelle in diesen Fahrzeugen möglich, am Einsatzort kann jedes Team autark arbeiten. Ab Beginn der Transportphase bleibt ein Team jedes Trupps zur weiteren Versorgung und Betreuung vor Ort, das zweite Team führt mit dem Fahrzeug Transporte durch. Wenn bei kleineren Einsätzen Bedarf an einzelnen Fahrzeugen des Katastrophenschutzes zur Unterstützung des Rettungsdienstes besteht, kann ein einzelner Notarzttrupp oder Rettungstrupp alarmiert werden.

Wichtigste Einsatzeinheit des Katastrophenschutz-Rettungszuges ist die RETTUNGSGRUPPE, welche aus einem Notarzttrupp und einem Rettungstrupp besteht (Abbildung 7). In der Vergangenheit versuchten sowohl die Hilfsorganisationen als auch einige Bundesländer die Lücke zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz durch die Bildung von Schnelleinsatzgruppen (SEG) zu schließen. Diese weisen bisher keinerlei einheitliche Struktur auf, sondern wurden häufig in Abhängigkeit von dem örtlich vorhandenen Personal und Material gebildet. Solchermaßen uneinheitlich definierte und strukturierte Gruppen sollten zukünftig durch Rettungsgruppen ersetzt werden, um so eine einheitliche Struktur und Standardisierung zu erreichen. Dies erleichtert zum einen die Einsatzleitung, ermöglicht eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst und kann außerdem die Qualität und Qualifikation der Gruppen verbessern. Jeder Katastrophenschutz-Rettungszug umfasst drei Rettungsgruppen.

Logistikgruppe

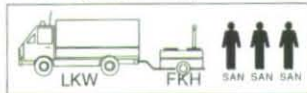
Bei größeren Einsätzen ist eine Unterstützung der Rettungsgruppen durch die LOGISTIKGRUPPE nötig. Die Logistikgruppe setzt sich aus dem Führungstrupp, dem Materialtrupp und dem Techniktrupp zusammen (Abbildung 8). Die Logistikgruppe kommt insbesondere dann zum Einsatz, wenn mehrere Rettungsgruppen vor Ort operieren, so daß eine gemeinsame Organisationsstruktur erforderlich wird.

RETTUNGSZUG - ULMER KONZEPT

Betreuungs-Gruppe

(Helferzahl: Ärzte/RS/SAN)

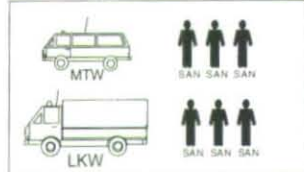
Verpflegungs-Trupp



Aufgaben:
Verpflegung von
hilfsbedürftigen
Personen und
Einsatzkräften

Helferzahl:
0/0/3

Betreuungstrupp



Betreuung, Ver-
sorgung und
Unterbringung
von hilfsbedürf-
tigen Personen

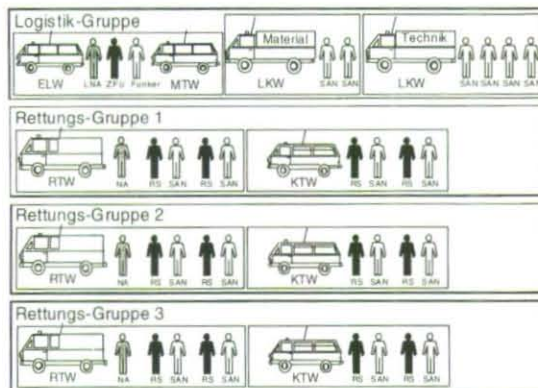
0/0/6

0/0/9=9

DR 9/94

Abbildung 9: Betreuungsgruppe – Zusammensetzung und Aufgaben.

RETTUNGSZUG - ULMER KONZEPT



NA:4/RS:13/SAN:19 = GES:36

Abbildung 10: Vorgeschlagener Katastrophenschutz-Rettungszug.

Die Aufgaben des FÜHRUNGSTRUPPS sind Leitung des Einsatzes vor Ort, Sichtung und Registrierung der Verletzten, Einrichten einer Sammelstelle sowie Halten des Funkkontaktes zur Rettungsleitstelle. Der dem Führungstrupp zugeordnete Mannschaftstransportwagen ist so ausgelegt, daß er vier Rettungsteams entsprechend der Zweitbesetzung einer Rettungsgruppe transportieren kann.

Die Alarmierung des MATERIALTRUPPS ist dann vorzusehen, wenn der Anfall an Verletzten ein solches Maß annimmt, daß voraussichtlich das in den Rettungsgruppen mitgeführte Material nicht ausreichend ist. Das medizinische Verbrauchsmaterial wird dem modula-

ren Charakter entsprechend in definierten Gebinden vorgehalten, die einen schnellen Austausch zwischen dem verbrauchten Material der Einsatzkräfte der Rettungsgruppen und dem im Materialwagen bevorrateten Gebinden erlaubt.

Der TECHNIKTRUPP ist zuständig für die technische Unterstützung der Rettungsgruppen, insbesondere für den Aufbau und Unterhalt der Sammelstellen.

Betreuungsgruppe

Pro drei Rettungszügen ist eine BETREUUNGSGRUPPE vorgesehen (Abbildung 9). Die Betreuungsgruppe ist dabei formal einem Rettungszug angegliedert, kann jedoch jeder-

zeit bei Bedarf isoliert alarmiert werden. Aufgaben der Betreuungsgruppe sowie bei entsprechender Notwendigkeit die Verpflegung durch den VERPFLEGUNGSTRUPP, sind die Unterbringung und Betreuung von hilfsbedürftigen Personen durch den BETREUUNGSTRUPP. Die Mindesthelferzahl der Betreuungsgruppe beträgt neun Helfer, wegen der heute zu fordernden Ausweitung der Betreuungskomponente ist jedoch eine höhere Helferanzahl anzustreben. Je nach Großschadensereignis oder Katastrophensituation ist beim Anfall einer größeren Anzahl von hilfsbedürftigen Personen und dem entsprechenden Minderanfall von Verletzten Betreuungsfunktion von den einzelnen Rettungszügen zu übernehmen. Es ergibt sich somit zwanglos eine Aufstockung des Personals der Betreuungskomponente. Eine spezielle Schulung zur psychologischen Betreuung hilfsbedürftiger Personen ist bei allen Helfern des Rettungszuges vorzusehen.

Das Material zur Versorgung und Unterbringung der hilfsbedürftigen Personen kann alternativ in Anhängfahrzeugen in den einzelnen Rettungsgruppen untergebracht werden.

Die Struktur des gesamten Katastrophenschutz-Rettungszuges ist in Abbildung 10 dargestellt. Durch den Aufbau der Einsatzeinheiten als modulares System wird eine höchstmögliche Flexibilität erreicht. Durch die Möglichkeit der Alarmierung einzelner Rettungsteams bis hin zum Einsatz kompletter Rettungszüge in Form geschlossener Verbände können diese situationsadaptiert und kostenminimierend eingesetzt werden.

Um Sie zu bestehlen, machen Trickdiebe auch „Hausbesuche“.

Wer Blumen sprechen läßt, ist nicht immer ein Rosenkavalier...

Lassen Sie grundsätzlich keine Fremden in Ihre Wohnung!



Wir wollen, daß Sie sicher leben. Ihre Polizei.

Kassel: Neues Einsatzleitsystem

Von Helmut Raab

Ein neues Einsatzleitsystem konnte die Berufsfeuerwehr Kassel in der Leitfunkstelle Kassel (früher Hessen-Nord) in Betrieb nehmen. Das als Modellprojekt mit Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (auch für den Rettungsdienst zuständig) entwickelte EDV-System ist das erste für Feuerwehr- und Rettungsleitstellen in Deutschland auf der Basis eines Geoinformationssystems.

Die Leitfunkstelle Kassel ist eine integrierte Leitstelle, in der alle Aufgaben des Brand-, Katastrophenschutzes und Rettungsdienstes abgewickelt werden. Zuständig ist die Einrichtung für die Berufsfeuerwehr und für alle Feuerwehren des Landkreises. Hinzu kommt noch in beiden Bereichen der Rettungsdienst.

Im Gesamtgebiet mit einer Fläche von 1.400 Quadratkilometern leben rund 420.000 Menschen, deren Schutz durch 29 Feuerwehren sichergestellt wird. Die Einsatzzahl im Rettungsdienstbereich im Jahreschnitt liegt bei etwa 60.000, hinzu kommen etwa 5.000 Feuerwehreneinsätze aller Art.

Bereits im Jahr 1987 leitete das Land Hessen ein Ausschreibungsverfahren zur Ausstattung der Leitstellen mit elektronischer Einsatzunterstützung ein. Allerdings scheiterte die Umsetzung zunächst – wie könnte es anders sein – aus Kostengründen.

1991 folgte dann, ebenfalls vom Land unterstützt, der Test eines konkreten Systems auf Grundlage des 1987 geschaffenen Anforderungsprofils. Diese Phase brachte durchweg positive Ergebnisse; in einer Reihe von Punkten übertraf das Testsystem die gestellten Anforderungen weit.

In der nächsten Phase (Mai 1993) erfolgte die Festlegung der Detailanforderungen mit Festlegung der Schnittstellenproblematik. Dann

ging es in enger Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern der Berufsfeuerwehr Kassel und dem Auftragnehmer, der Firma Intergraph mit Sitz in Ismaning, an die Realisierung des Projektes.

Den Kostenaufwand teilten sich das Land Hessen mit DM 530.000 und die Stadt Kassel mit etwa der gleichen Summe. Die Entwicklungskosten der Firma Intergraph sind zusätzlich mit weiteren rund 500.000 DM zu veranschlagen.

System

Das System wurde in wesentlichen Teilen in den USA entwickelt und hat sich dort in einer ganzen Reihe von Leitstellen mit ähnlichen Aufgaben in der Praxis bewährt. Für die Nutzung in Deutschland galt es zunächst, die Übertragung auf die speziellen Anforderungen deutscher Anwender zu realisieren.

Grundsätzlich handelt es sich um ein Standardbetriebssystem und eine relationale Datenbank mit CAD-Oberfläche. Die moderne Rechner-technik ermöglicht natürlich auch den Datenfluß für alle Verwaltungsaufgaben von der Einsatzabrech-

nung bis hin zum statistischen Bereich.

Die Nutzung der CAD-Technik bedeutet für den Einsatzbearbeiter eine klare und komfortable Benutzeroberfläche. Er kann parallel mit graphischen und alphanumerischen Daten arbeiten. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Verwendung von „intelligenten“ Vektordaten und Rastergraphiken. Bei den Vektordaten handelt es sich dabei um mehr dem System zuzuordnende Hintergrunddateien, während sich die Rastergraphiken im wesentlichen aus eingescannten Stadt-, Hydranten-, Energieversorgungsplänen und ähnlichem ergeben.

Sehen wir uns die Besonderheit, das „Geographische Informationssystem“ (GIS), einmal etwas näher an:

GIS als Basis innerhalb eines Einsatzleitsystems

Geographische Informationssysteme (GIS) haben in den letzten Jahren in vielen Fachbereichen bei der Verarbeitung von raumbezogenen Informationen ihre Anwendung gefunden. Dies führt von Dokumentationssystemen über Planungsze-



Blick auf einen der neuen Leitstellenplätze.

(Foto: Finis)

narien bis zu Einsatzleitsystemen, da nur ein mit intelligenter Graphik unterstütztes System die Einsatzleitung optimal unterstützen kann. Die Verarbeitung einer mit Sachdaten hinterlegten Graphik in Kombination mit den weiteren Einsatzdaten ermöglicht eine schnelle und effektive Einsatzbearbeitung.

Früher war der Umgang mit GIS fast ausschließlich der Wissenschaft und Behörden wie Landesvermessungsämtern vorbehalten. Dies war in aufwendiger, teurer Hardware und kompliziert zu bedienenden Programmen begründet. Mittlerweile hat sich der Begriff GIS fest etabliert, und diese Disziplin hat über die klassischen Tätigkeitsfelder hinaus (Land-, Umwelt-, Rauminformationssysteme, etc.) Einzug in weite Bereiche der Informationsverarbeitung gehalten.

Gründe hierfür sind die jetzt zur Verfügung stehende kostengünstige sowie leistungsfähige Hardware, komfortabel zu bedienende Programme und besonders vorhandene Daten, wie geographische Straßendatenbanken. Anwendungen wie etwa Hotel-, Touristik-, Werkstatt-, Route-Guiding-Informationssysteme, die im weitesten Sinne ebenfalls zu GIS zählen, haben auch in der Öffentlichkeit dazu beigetragen, die Akzeptanz dafür zu schaffen und den fruchtbaren Nutzen zu erkennen.

Aufbau eines GIS innerhalb eines Einsatzleitsystems

Die Anforderungen bei der Einsatzbearbeitung verlangen vom Anrufnehmer und Disponenten sowie einem möglichen Krisenstab die Verarbeitung umfangreicher Einsatz- und Ortsdaten. Ort des Vorfalles, in der Nähe befindliche Gefahrenherde, Anfahrtsmöglichkeiten, Hydranten, Art und Anzahl der Verletzungen und viele zusätzliche Einflußfaktoren sind in Zusammenhang zu bringen. Der Einsatz muß schnell und effektiv in die Wege geleitet und gesteuert werden.

Die Struktur eines geobasierenden Einsatzleitsystems ist deshalb darauf ausgelegt, dem Anwender zusätzlich ein intelligentes Informationssystem zur Verfügung zu stellen. Es besteht aus einer Datenbank für die Verwaltung der Sachdaten (z. B. Texte, Hausnummern, Straßennamen, Einsatzmittel) und einer Geo-

Datenbasis für die Abbildung der geographischen Gegebenheiten.

Ein funktionsfähiges GIS zeichnet sich durch die gemeinsame Verwaltung und Analyse dieser beiden Datentypen innerhalb eines kompakten Systems aus:

Sach- und Geometriedaten sind durch die Software stets miteinander in Beziehung gesetzt, so daß dem Anwender ein homogenes Werkzeug mit einfacher Benutzeroberfläche zur Verfügung steht. Dies beinhaltet den Vorteil, daß statische sowie dynamische Daten (z. B. Statusänderungen oder Lokalisierung durch GPS) in einem System verarbeitet werden und nicht an ein externes Graphik-System via Schnittstelle übergeben werden müssen. Der Disponent bewegt sich immer in einer Systemumgebung.

Standards

Standard-Datenbanken und Standard-Graphikformate gewährleisten eine reibungslose Datenerfassung, -pflege und -übernahme von anderen Dienststellen (z. B. Angaben zum Straßennetz). Standard-Software und -Betriebssystem (z. B. UNIX) lassen keine Wartung und Pflege erschwerenden Insellösungen entstehen.

Ein Client-Server-Konzept hat sich auch bei anderen Anwendungen in der Informationsverarbeitung bewährt. Die Datenbank liegt am Server, die für reibungslosen und schnellen Arbeitsablauf benötigte Recheneinheit auf jedem einzelnen Leitstellenplatz. Somit ist die Funktionsfähigkeit der Leitstelle auch bei Ausfall eines Platzes gewährleistet.

Schlußbemerkungen

Fehlerfreie Anrufannahme, Verfügbarkeit von Einsatzinformationen, Einsatzvorschläge, effektive Einsatzdurchführung und -überwachung sowie die lückenlose Dokumentation sind Voraussetzung für die schnelle Hilfeleistung. Ein Einsatzleitsystem, das die Funktionalität eines alphanumerischen Systems mit integrierter intelligenter Graphik realisiert, wird den Belangen der Einsatzleitung für BOS gerecht. Der Disponent wird in die Lage versetzt, auf einem oder zwei Bildschirmen alle relevanten Informationen gra-

phisch oder/und alphanumerisch zur Verfügung zu haben.

In Kassel stehen in der Leitstelle übriges fünf Arbeitsplätze mit Doppelbildschirm zu Verfügung. Nach der langjährigen Planungs- und Vorbereitungsphase sowie einer kurzen Übergangszeit (Doppelbetrieb alte und neue Arbeitsweise) steht jetzt ein System zur Verfügung, dessen Vorteile sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Schnelle, sichere Alarmierung und optimale Einsatzsteuerung für Feuerwehr und Rettungsdienst.

- Entlastung des Einsatzsachbearbeiters durch komfortable Benutzeroberfläche und graphische Darstellung des Einsatzgeschehens mit Vektordaten (Nutzung der geographischen ATKIS-Daten des Landes Hessen).

- Statistische Aufbereitung von Orts- und Zeitdaten zur Optimierung der Fahrzeugvorhaltung.

- Zukunftssicherheit, beispielsweise besteht die Möglichkeit zur Einbindung von GPS (Globale Fahrzeugortung).

Wie Gesundheitsstaatssekretär Alexander Müller vom Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bei der offiziellen Übergabe der Leitstelle im Rahmen einer Pressekonferenz anmerkte, ist auch die Umrüstung der anderen Zentralen Leitstellen geplant – Zug um Zug, so wie es die finanziellen Möglichkeiten des Landes zulassen.

Literatur:

Dipl.-Ing. Norbert Habermann: Geographische Informationssysteme als Basis für ein Einsatzleitsystem; vfdB-Zeitung 4/93.

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Krütt: Anwendung eines geographischen Informationssystems in einer Leitstelle; vfdB-Zeitung 4/93.

(Quelle: „112“, Magazin der Feuerwehr, 4/95)

Innovationen aus Berlin

Auergesellschaft präsentiert neue Produkte für die Feuerwehr

Fachpressekonferenz in Berlin. Beim Fahrtziel Thiemannstraße 1 weiß der Taxifahrer sofort Bescheid: „Auergesellschaft, kenn' ick.“ Die Auergesellschaft und Berlin – wenn ein Unternehmen mehr als 100 Jahre einer Stadt verbunden ist, verwundert es nicht, daß der Name praktisch jedem Kind geläufig ist.

Ein Blick zurück

1892 legt der Chemiker Dr. Carl Freiherr Auer von Welsbach hier mit einer Erfindung den Grundstein für das Unternehmen: Mit dem Auer-Licht, einem Gasglühkörper, der Gas indirekt leuchten läßt, ist die erste industriell nutzbare Lichtquelle geboren. Der Markt für das neue Produkt ist riesig, das Auer-Licht macht die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen heller und sicherer.

1914 wendet sich das Unternehmen einem weiteren Produktionszweig zu. Wie schon so oft sind es militärische Belange, die die Entwicklung neuer Technologien forcieren. Der Einsatz von Kampfgas im 1. Weltkrieg erfordert einen wirksamen

Atemschutz. Die daraufhin von der Auergesellschaft entwickelte Atemschutzmaske rettet das Leben vieler Soldaten.

Doch nicht nur die Militärs bedienen sich der neuen Technik. Bald meldet auch die Feuerwehr Bedarf an. 1919 übernimmt die Auergesellschaft die Entwicklung des Gasschutzes für die Feuerwehr. Alte Maskenbestände der Heeresverwaltung werden aufgearbeitet und den besonderen Anforderungen der Feuerwehr angepaßt.

Hatte es noch vor der Jahrhundertwende in alter Vorschrift geheißen: „Nehmt den Bart zwischen die Zähne und dann hinein und hindurch durch den Qualm...“, so kann man sich schon 1920 per Maske wirkungsvoll gegen die im Brandrauch enthaltenen Schwebstoffe schützen.

Dem Bereich Atemschutz blieb das Unternehmen über 80 Jahre bis auf den heutigen Tag treu. Ein Grund, warum es nicht nur in Berlin einen guten Namen hat, sondern auch jedem Feuerwehr-Insider das Markenzeichen „Auer“ geläufig ist.

„Zum Schutz von Mensch und Umwelt“

1995 – Gasglühlicht und Heeresmaske sind für die Auergesellschaft Geschichte – umfaßt die Produktpalette des Unternehmens vorwiegend die Bereiche Atemschutz, Schutzkleidung und Meßgeräte. Mit dem Slogan „Zum Schutz von Mensch und Umwelt“ betritt man ein weites Feld, denn der bessere Schutz von Mensch und Umwelt kennt keine Grenzen. Immer neue Arbeits- und Gefahrstoffe bedingen eine sich ständig anpassende Technik, verlangen von den Ingenieuren permanente Entwicklungsarbeit.

Und daß der Innovationsgeist des Gründers den heute 750 Mitarbeitern des Unternehmens immer noch Vorbild ist, spiegelt eine Reihe neuer Produkte wider, die im Rahmen der Fachpressekonferenz vor wenigen Wochen präsentiert wurden.

Preßluftatmer BD 96

Das neue Preßluftatmer-Gerätesystem BD 96, das der Europannorm

Blick in die Schutzanzugfertigung: Die Dichtprüfung wird per Computer überwacht.





Der neue
Preßluftatmer BD 96,
hier in der Version
mit zwei
Composite-
Atemluftflaschen
6,8 l, 300 bar,
und Zweitanschluß,
sichert
in Verbindung
mit der neuen
Vollmaske
Ultra Elite
hohen
Tragekomfort.

Einflaschen- als auch für Zwei-
flaschenbetrieb, 200 oder 300 bar,
4 l, 6 l oder 6,8 l, geeignet. Die Ver-
wendung von Flaschen aus Compo-
site-Verbundmaterial gestattet es
dabei, das Tragegewicht zu halbie-
ren oder die Einsatzzeit zu verdop-
peln.

Vollmaske Ultra Elite

Bei der neuen Atemschutz-Voll-
maske ist vor allem die besonders
große, in einer Ebene geformte,
somit verzerrungsfreie Sichtscheibe
zu erwähnen. Sie bietet dem Mas-
kenträger ein Blickfeld, das fast dem
natürlichen Blickfeld ohne Maske
entspricht. Die Atemluftspülung der
Sichtscheibe gewährleistet Beschlag-
freiheit unter allen Einsatzbedingun-
gen.

Das Anschlußstück für das Atem-
schutzgerät wurde so tief in den
Maskenkörper integriert, daß das
Blickfeld nach unten kaum beein-
trächtigt wird. Das Anschlußstück
enthält Ein- und Ausatemventil sowie
die Sprechmembrane, durch die die
Sprachübertragung um 20 Prozent
gegenüber den bisherigen Masken
verbessert wurde.

Regenerationsgerät air-elite

Das neue Atemschutzgerät wurde
entwickelt, um für länger dauernde
Einsätze, wie sie sich in Hochhäu-
sern, Tiefgaragen, Tunneln oder U-
Bahn-Schächten ergeben können,
angemessenen Atemschutz zu bie-
ten.

Es handelt sich hier um ein Kreis-
laufgerät, in dem die Ausatemluft
des Geräteträgers regeneriert wird.
Kohlensäure und Feuchtigkeit der
Ausatemluft reagieren mit dem Che-
mikal Kaliumhyperoxid, wodurch
Sauerstoff entwickelt wird. Sauer-
stofflieferung und Kohlendioxidbin-
dung erfolgen atemgesteuert. Bei
einem Atemluftvolumen von 40
Litern pro Minute beträgt die mög-
liche Einsatzzeit zwei Stunden, kann
aber bei weniger starker Belastung
bis auf vier Stunden ausgedehnt wer-
den. Das eingebaute Kühlsystem hält
die Atemluft auf einer Temperatur
von 40 ° C, ein Gebläse unterstützt
die Atmung. Der Sauerstoffver-
brauch des Gerätes wird durch eine
elektronische Kontrolleinheit über-
wacht, die Restkapazität wird lau-
fend angezeigt. Bei Erreichen von 20

EN 137 entspricht, zeichnet sich
durch eine Reihe neuartiger techni-
scher Merkmale aus. Das Grund-
gerät hat die bewährte körperge-
recht geformte Trageplatte behalten.
Der neue Druckminderer hat eine
solche Leistungsreserve, daß ohne
weiteres auch eine zweite Person
über Zweitanschluß mit Luft ver-
sorgt werden kann. Die Lautstärke
des Warnsignals (Rückzugssignal)
bleibt bis zum völligen Druckabfall
gleich. Das Signal ist unabhängig

von der Manometerleitung mit dem
Druckminderer verbunden.

Der Druckminderer kann mit
einer Zuleitung für einen Zweit-
anschluß ausgestattet werden. Neu ist
auch der Quickfill-Anschluß bei den
300-bar-Geräten, über den die
Druckluftflaschen durch einfaches
Überströmen wieder aufgefüllt wer-
den können. Eine 6-l-Flasche läßt
sich so in einer Minute füllen.

Die ebenfalls neu konstruierte
Flaschenhalterung ist sowohl für



Bis zu
vier Stunden
Einsatzzeit
lassen sich
mit dem
Kreislaufgerät
air-elite
erreichen.

Prozent der Restkapazität erfolgt optische und akustische Warnung.

Das Gerät wird in einem Kunststoffgehäuse wie ein Tornister auf dem Rücken getragen. Zwei seitlich unter dem Arm hindurchführende Atemschläuche verbinden das Gerät mit dem Atemanschluß einer Vollmaske. Im Vergleich zu herkömmlichen Kreislaufgeräten sind das Gewicht von elf Kilogramm und die Größe des Gerätes recht gering.

Wärmebildkamera Argus

Eine neuentwickelte Wärmebildkamera soll dem Feuerwehrmann als Sicht- und Suchgerät dienen, mit dem in Rauch und Dunkelheit Personen aufgefunden und Brandherde lokalisiert werden können.

Die Kamera wandelt auf Infrarot-Basis Wärmestrahlung, die von jedem Gegenstand in unterschiedlicher Intensität ausgeht, in ein sichtbares Schwarz-Weiß-Bild um. Dunkelheit, Nebel oder Rauch behindern dabei die Sicht nicht, da Infrarotstrahlung davon nicht beeinflusst wird. Je wärmer ein Gegenstand ist, desto klarer und heller erscheint er im Bild.

Wärmeindikator „HotSpotter“

Die Funktionsweise des nur 210 Gramm leichten „Hitzesuchers“ basiert auf der Messung von Temperaturdifferenzen. Mittels eines Infrarot-Sensors werden Wärmestrahlungen der Gegenstände, auf die das Gerät gerichtet wird, gemessen und miteinander verglichen. Die Tempe-

raturunterschiede werden in akustische und optische Signale umgewandelt, die entsprechend ihrer Intensität Auskunft über den Grad der Erwärmung geben.

So kann der HotSpotter der Feuerwehr sowohl beim Aufspüren von Brandherden, z. B. bei Deponiebränden, Waldbränden, Dehnungsfugenbränden, Silobränden, ebenso helfen wie bei der Entdeckung noch vorhandener Brandnester.

Zur exakten Lokalisierung von Wärmequellen verfügt das Gerät über zwei Meßbereichseinstellungen: eine Feineinstellung für Temperaturdifferenzen von 0 bis 8 °C und eine Grobeinstellung für Differenzen von 0 bis 80 °C.

Tox-Meter PID

Der neue Photoionisationsdetektor ist ein tragbares Gasmessgerät zum Nachweis von mehr als 500 toxischen Gasen und Dämpfen im Spurenbereich. Die Nachweisgrenze liegt für viele Stoffe bei ca. 0,1 ppm, so daß auch kleinste Konzentrationen und niedrige Grenzwerte überwacht werden können.

Mit dem Gerät wurde die Photoionisationstechnik feldtauglich gemacht. Robuster Aufbau, geringes Gewicht, einfache Bedienung durch Klartextmenue-Anzeigen sowie eine wirksame Kompensation von Temperatur- und Feuchteeffekten sind weitere Konstruktionsmerkmale.

Keine Technik ohne Theorie

Perfekte Technik allein bringt nicht automatisch immer perfekte Sicherheit. Jede Technik ist nur so sicher, wie ihr Benutzer damit umzugehen weiß. Ein intensiver gegenseitiger Gedankenaustausch zwischen Praxis, Forschung, Entwicklung, Verkauf und allen wichtigen Ausschüssen ist Teil der Unternehmens-Philosophie der Auergeellschaft.

Das Informations- und Trainings-Centrum Auer – ICA Berlin – ist ein Beispiel dieser Idee. Das ICA ist ein internationales Forum, in dem sich Anwender und Wissenschaftler, Sicherheitsfachleute und Produktentwickler aus aller Welt zum Erfahrungsaustausch treffen – eine Schule der Sicherheit, in der die Synergien entstehen, von denen alle gemeinsam profitieren. – cl –



Wärmebildkamera (links) und Wärmeindikator können im Einsatz wertvolle Hilfen sein.



Die Messung toxischer Gase einfach aus der Hand, möglich mit dem Tox-Meter PID.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Gas-„Riecher“

Der Gasalarm gibt Sicherheit im Umgang mit einer unverzichtbaren Energiequelle. Er warnt bei Gasaus-



tritt zweifach: durch einen lauten Signalton und ein rotes Warnlicht. Sein geeichter Sensor reagiert lange vor einer gefährlichen Gaskonzentration in der Luft. Einfach in die Steckdose stecken (220-V-Gerät) oder für den Campingwagen an die Autobatterie anschließen (12-V-Gerät). Der Gasalarm P warnt vor Flüssiggas, Stadt- oder Erdgas. Der Gasalarm C warnt vor hochgiftigem Kohlenmonoxid aus defekten Öfen und Kaminen. (Index)

Laden am Bordnetz

Auch bei Nutzfahrzeugen mit 24-Volt-Bordnetz können Starterbatterien jetzt ohne Abklemmen direkt am Fahrzeug geladen werden. Mit zwei neuen vollelektronischen Ladegeräten bieten sich für 12- und 24-Volt-Batterien geeignete Geräte an, deren Ausgangsspannung frei von Spannungsspitzen ist.

Die beiden neuen Ladegeräte sorgen für schonende Ladung und sind für Dauerladung sowie Pufferbetrieb geeignet und besonders bedienerfreundlich. Sie sind umschaltbar und Standard- oder absolut wartungsfreie Batterien, erlauben das Regenerieren tiefentladener Batte-

rien und bieten Schutz vor Überladung, Kurzschluß, Verpolung und Funkenbildung. (Bosch)

Effektiver löschen

Das Hochdruck-Löschgerät HDL 250 ist für den Einbau in Feuerwehrfahrzeuge lieferbar, mit Anschlußmöglichkeit an den vorhandenen Fahrzeugtank oder mit aufgesatteltem 100-l-Wassertank. Die zweite Version mit eigenem Fahrwerk hat ebenfalls einen aufgesattelten 100-l-Wassertank und eine Aufnahmevorrichtung für einen 20-l-DIN-Schaummittelbehälter.

Das Hochdruck-Löschverfahren basiert auf der Feinstvernebelung von Wasser. Der unter dem Druck von bis zu 250 bar beschleunigte Wasserfluß sorgt dafür, daß das Wasser mit hoher Geschwindigkeit aus der Zerstäuberdüse der Lösch-



pistole austritt. Der Wassernebel erreicht und kühlt deshalb auch unzugängliche Stellen abseits des Brandherdes. (Minimax)

Feuermelder arbeitet sicherer

Stark vibrierende Maschinen, Ventilatoren und andere Störsignale konnten bisher automatische Feuermelder täuschen. Sie lösten nicht nur Fehlalarme aus, sondern verhinderten auch Alarme. Dank eines neuen Feuermelders, der unter der Leitung von Prof. Heinz Luck im Fachgebiet Nachrichtentechnik der

Mercator-Universität Duisburg entwickelt wurde, soll das nun vorbei sein.

Ausgerüstet mit zwei speziellen Infrarot-Sensoren, digitaler Signalverarbeitung und Mikrocontroller-technologie erkennt das Gerät offene Flammen schnell und störsicher. Für seine wissenschaftlichen Leistungen wurde Prof. Luck mit der Euralarm-Medaille „Brand“ 1994 ausgezeichnet.

Leichte Atemluftflaschen

Die neuen CFK-Atemluftflaschen eines namhaften Lübecker Herstellers bieten gegenüber herkömmlichen Druckgasbehältern aus Stahl eine Gewichtsersparnis von bis zu 60 Prozent. Die neuen Flaschen bestehen aus einem Aluminiumgrundbehälter (Liner), der mit einem Kohlenfaser-Verbundwerkstoff umwickelt ist. Robustheit und Strapazierfähigkeit zeichnen die Flaschen aus. Die Druckgasflasche bestimmt zum größten Teil das Gewicht und das Volumen eines Atemschutzgerätes. Ihr Volumen bestimmt die Einsatzzeit des Gerätes, ihr Gewicht trägt aber auch zur körperlichen Belastung des Geräteträgers bei. Damit bieten die CFK-Druckgasbehälter dem Geräteträger höchsten Komfort und eine geringere physiologische Belastung während des Einsatzes. (Dräger)



Den Weg zur Rettung weisen

Sonderlehrgang „Ortungsgeräte“ an der THW-Ausbildungsstätte Hoya

„Daß ich so nah dran war und dann doch die falsche Richtung eingeschlagen habe, ärgert mich sehr.“ Der Lehrgangsteilnehmer ist enttäuscht. Fast eine Stunde hat er mit übergestülptem Kopfhörer am akustischen Ortungsgerät auf Klopfzeichen gehört, sie bewertet, die Sensoren immer wieder verlegen lassen, um den „Verschütteten“ zu finden, doch der Erfolg bleibt aus, die Suche wird abgebrochen.

Nun, aller Anfang ist schwer. Dies zeigt sich auch wieder für acht Helfer der Fachgruppe „Ortung“ aus verschiedenen Ortsverbänden des Technischen Hilfswerks, die an einem Sonderlehrgang „Ortungsgeräte“ an der THW-Ausbildungsstätte Hoya teilnehmen.

Die Ausbildung soll die Lehrgangsteilnehmer befähigen, die beiden unterschiedlichen akustischen Ortungsgeräte des THW fachgerecht zu bedienen. Nur wer die Technik beherrscht, kann im Falle eines Einsatzes, z. B. nach einem Erdbeben oder einer Gasexplosion, Verschüttete orten und so den Rettungskräften den Weg weisen. Eine Aufgabe, die viel Verantwortungsbewußtsein und Sensibilität bedarf. Es geht um Menschenleben, und ein Irrtum kann den Tod der verschütteten Person bedeuten.

Kombinierter Einsatz

Nach dem Neukonzept des Technischen Hilfswerks wird die Basisinheit des THW, der Technische Zug, durch zwölf Fachgruppen ergänzt. Eine dieser Gruppen ist die Fachgruppe „Ortung“ (FGr O). Sie schafft die Voraussetzung für die Rettung verschütteter Personen. Die Gruppe setzt sich jeweils zusammen aus einem Gruppenführer, zwei Truppführern, neun Helfern und sechs Reservehelfern.

Als Fahrzeug ist ein Mannschaftstransportwagen mit einem Anhänger vorgesehen. Zur Geräteausrüstung zählen elektronische Ortungsgeräte, eine Rettungshundeausstattung, Geräte zur Ersterkun-

dung, Sanitäts-, Rettungs- und Sicherungsgerät.

Die Ortungsgruppe kombiniert im Einsatz die sogenannten biologische Ortung (Rettungshunde) mit der akustischen Suche (Ortungsgerät). Die Verknüpfung beider Methoden verspricht den größten Erfolg bei der Verschüttetensuche und gleicht die Nachteile der einzelnen Ortungsmöglichkeit aus. So können Rettungshunde nur zeitlich begrenzt eingesetzt werden. Nach etwa 20 Minuten läßt die Konzentration des Hundes nach. Auch ist der Rettungshund nicht unbedingt in der Lage, zwischen toten und lebenden Opfern zu unterscheiden. Mit dem akustischen Ortungsgerät ist wiederum keine Ortung Bewußtloser oder Toter möglich. Zudem behindern Lärmquellen im Suchbereich die Wahrnehmung von Hilferufen oder Klopfzeichen von Verschütteten erheblich.

Neben den Einsatzgrundsätzen, die die einzelnen Ortungsmethoden und deren Anwendung beinhalten, erhalten die Lehrgangsteilnehmer zu Beginn der Ausbildung einen Überblick über die Grundlagen der akustischen Ortung. Stichworte sind

hier Schall, Lautstärke, Frequenz und Schallgeschwindigkeit. Weitere wichtige Themen sind die Eigenschaft des Luft- und Körperschalls und insbesondere die Schall-Leitfähigkeit verschiedener Stoffe. Es folgt die Einweisung in die beiden unterschiedlichen Ortungsgeräte des THW. Künftig wird in den Lehrgängen auch dargestellt, wie mit den Ortungsgeräten Versorgungsleitungen zu finden sind.

Einen breiten Raum nimmt anschließend die Störungssuche ein. Bei so hochtechnischen Geräten mit vielen Kabelverbindungen bleibt es nicht aus, daß im Einsatz Störungen auftreten, die es schnell zu finden gilt.

Schwierige Unterscheidung

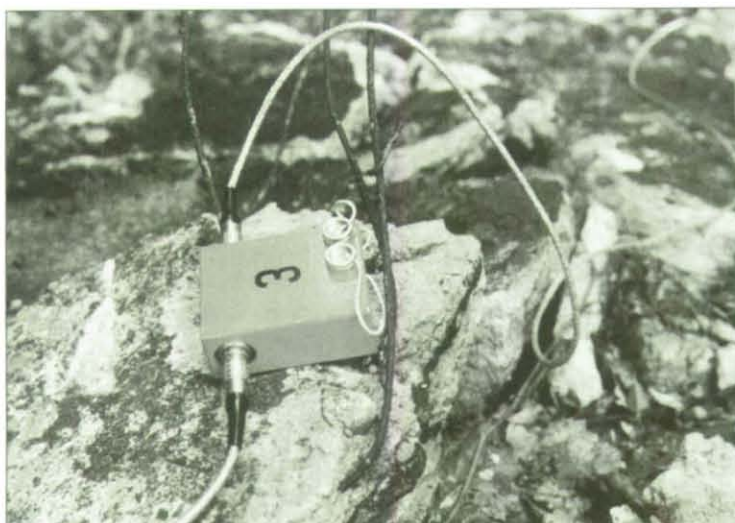
Am nächsten Morgen geht es ins Gelände. In der Praxis wird getestet, wie sich Körperschall in fester Materie mit unterschiedlicher Dichte ausbreitet. Ein einzelner Sensor wird auf einen eingeschlagenen Holzpfahl, auf Mauerwerk, eine Dachrinne, Betonplatte gelegt, und in einiger Entfernung davon werden rhythmische Klopfzeichen gegeben.

Lehrgangsteiler
Klaus Möller
(stehend links)
erläutert
den Helfern
die Arbeitsweise
des Ortungsgeräts.





Oben: Eines der beiden akustischen Ortungsgeräte des THW mit Sensoren und Zubehör. Unten: Viel Erfahrung ist beim Auslegen der Sensoren nötig. (Fotos: Sers)



Die Frequenzen werden vom Sensor aufgenommen und im Ortungsgerät vielfach verstärkt. Über den Kopfhörer können die Lehrgangsteilnehmer die unterschiedliche Lautstärke und die Art des Geräusches erkennen. Gummi, Erdreich und Sand sind besonders schlechte Schall-Leiter. Metalle und auch Holz dagegen leiten den Schall wesentlich besser. Beim Suchen nach Verschütteten ist daher stets nach Rohren, Trägern und Balken Ausschau zu halten, um die Sensoren vorzugsweise dort aufzusetzen.

Schon bei den einzelnen Tests zeigt es sich, wie schwierig es ist, das sogenannte Nutzgeräusch (Klopfen, Kratzen eines Verschütteten) von den Störgeräuschen wie Wind, Arbeitslärm, laufendes Wasser in Leitungen etc. zu unterscheiden. Diese Geräusche können zwar teilweise mit dem Gerät herausgefiltert

werden, aber es ist viel Übung und Erfahrung nötig, um sich mit der Filtertechnik an das eigentliche Nutzgeräusch heranzuarbeiten.

Nach diesen Vorübungen verlagert sich die Ausbildung am nächsten Tag auf einen Trümmerkegel auf dem Übungsgelände der Schule. Jeweils vier Helfer sind im Einsatz. Zwei Helfer bedienen das Ortungsgerät, die beiden anderen verlegen je nach Bedarf die Sensoren.

Grundvoraussetzung ist, daß bei einem Einsatz systematisch vorgegangen wird. Nach einer ersten Erkundung der Schadenstelle wird entschieden, wie die Sensoren ausgelegt werden. Für einen ersten Überblick kann es günstig sein, die Geophone in einer Kette oder in U-Form auszulegen. Ist ein Geräusch geortet, wird es eingekreist, um die genaue Lage des Verschütteten festzustellen. Möglich ist es auch, mit

dem Gerät auf dem Rücken und nur einem Sensor das Trümmergelände abzugehen. So kann sich die Ortungsgruppe in kurzer Zeit einen Überblick verschaffen.

Viel Erfahrung nötig

Was hier mit wenigen Worten beschrieben ist, zeigt sich in der Praxis als schwierige und zeitaufwendige Aufgabe. Die Lehrgangsteilnehmer erkennen bei den Übungen, daß viele äußere Umstände die Ortung von Verschütteten erschweren. Und so gelingt es nicht immer auf Anhieb, den im Trümmerkegel ausgelegten „Verschütteten“ zu finden. Seine schwachen rhythmischen Klopfzeichen sind schwer von den Störgeräuschen zu unterscheiden. Bis das Nutzgeräusch herausgefiltert ist und bewertet werden kann, vergeht einige Zeit. Insbesondere der Wind stellt ein großes Problem dar. Deshalb ist darauf zu achten, daß die Sensoren möglichst windgeschützt aufgestellt werden.

Nach den ersten Übungsdurchgängen werden die Lehrgangsteilnehmer sicherer. Schon können erste Erfahrungswerte in die Suche einfließen. Es gelingt jetzt besser, sich an den „Verschütteten“ „heranzuhorchen“. Anhalt, wo das „Opfer“ liegen könnte, geben die auf dem Trümmerkegel verteilten, nummerierten sechs Sensoren. Sie können einzeln und in der Summe geschaltet werden. Immer wieder wird verglichen, über welchen Sensor ein erkanntes rhythmisches Klopf- oder Kratzgeräusch besser zu hören ist. Steht fest, daß die Schallquelle zum Beispiel über den Sensor drei am stärksten empfangen wird, ist die Grundrichtung zur Suche vorgegeben. Mit den weiteren Geophonen wird nun das „Nutzgeräusch“ eingekreist, der Ring zieht sich immer enger, bis die Schallquelle schließlich geortet und somit der „Verschüttete“ gefunden ist.

Die Ausbildungen in Hoya kann dem Lehrgangsteilnehmer nur das Grundwissen vermitteln. Zu kurz ist die Zeit für eine intensive Schulung. Um so wichtiger, ja unabdingbar ist es für den Helfer, sich auf Standortebene fortzubilden. Nur intensive Übungen gibt Sicherheit im Einsatz, wenn es gilt, mit moderner Technik und Know-how Menschenleben zu retten. -güse-

Sicher auf schwierigem Gewässer

Bootsführer-Ausbildung an der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg

Von Dipl.-Ing. Axel Häger

Zum Ausbildungsangebot der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg zählen auch Bootsführerlehrgänge. Die Lehrgänge finden in den Monaten Juni bis September statt – die Ferienzeit bleibt ausgespart.

Die anderthalbwöchige Schulung wird jeweils mit drei Mehrzweckbooten und pro Boot fünf Lehrgangsteilnehmern durchgeführt.

Nach einführenden Unterrichten sowie dem Check-up der Ausrüstung am zweiten Lehrgangstag wer-

den die Boote von der Landesfeuerweherschule in Bruchsal zum Rheinhafen nach Karlsruhe verlegt und an einer Slipstelle zu Wasser gebracht. Die praktische Ausbildung beginnt im Hafbereich (stehendes Gewässer) zunächst mit Fähr- und Anlegeübungen über Kopf (senkrecht). Fortgeschrittenere Fahrmanöver sind dann:

- Wenden auf der Stelle,
- schräges An- und Ablegen auf engem Raum und
- Rettungsübungen.

Ausbildungshöhepunkte im Hafbereich sind:

- Übungen mit der Öl-Schlingelleitung,
- der Löscheinsatz eines Mehrzweckbootes mit Tragkraftspritze,
- Paddelinsatz sowie
- das Manövrieren mit einem längsseits gekoppelten Boot bei simuliertem Motorschaden.

Der nächste Ausbildungsabschnitt findet auf fließendem Gewässer mit sehr starker Strömung statt. Der Rhein bietet hierfür mit seinem teils reißenden Wasser ideale Voraussetzungen und entsprechende Schwierigkeitsgrade.

Die wichtigsten Ausbildungsinhalte auf dem Rhein sind:

- Halten des Bootes im Strom,
- Giermanöver,
- Anlegeübungen bei starker Strömung an Schwimmanlagen und am Ufer,
- Schiffs- und Gewässerkennzeichnungen bei Tage,
- Wegerecht von Berg- und Talfahrern,
- Rettungsübungen im Strom,
- Ankern im Strom,
- Orientierung auf dem Gewässer mit Hilfe des Rheinatlasses.

Fahren auch bei Nacht

Schwierige Situationen können z. B. durch den Wasserstand bedingt sein. So ist bei Hochwasser die Strömung extrem stark, Uferlinien und Hafeneinfahrten sind zum Teil nur noch anhand der Schiffsfahrtsmarkierungen zu erkennen; die Kilometermarkierungen können ggf. kaum noch abgelesen werden. Auch kann Treibholz, insbesondere bei Nacht, zur Gefahr werden, falls Holzteile in den Propeller des Außenbordmotors geraten. Bei normalem Wasserstand werden Bühnenfelder zur Gefahr, und aus dem durch Bojen markierten Fahrwasserbereich darf nur mit äußerster Vorsicht, unter strengster Beachtung der Bühnen-



Die Kolonne ist abmarschbereit.



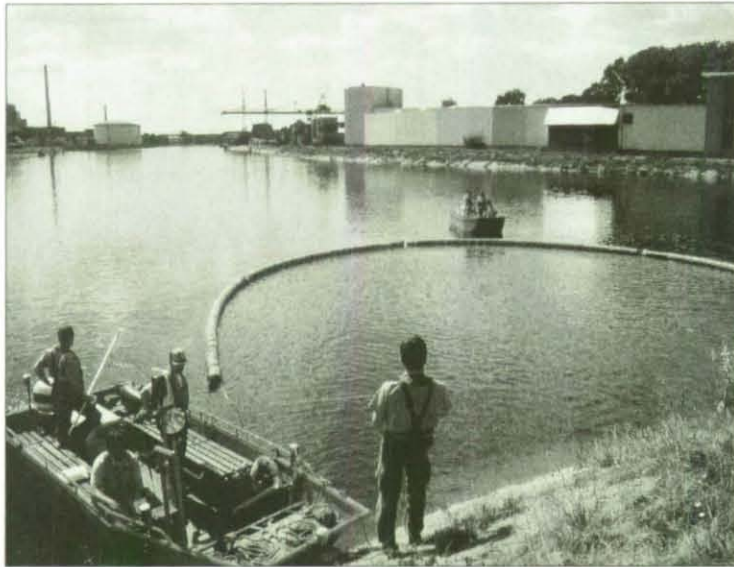
Mit dem Mehrzweckboot auf dem Rhein.



Zum Ausbildungsprogramm zählen auch Rettungsübungen.



Das Mitführen eines längsseits gekoppelten Bootes wird geübt.



Unten: Eine Ölschlängelleitung wird ausgelegt.

(Fotos: Häger)

markierungen und bei perfektem „Handling“ des Bootes herausgefahren werden.

Die im Lehrgang erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten müssen auch unter erschwerten Bedingungen, vornehmlich bei schlechter Sicht und Dunkelheit, geübt werden. In zwei Nachtfahrten wird das bereits vorhandene Wissen gefordert und die Umsetzung in die Praxis auf anschauliche Weise geübt.

Während der ersten Nachtausbildung fährt der Lehrgang abends vom Karlsruher Rheinhafen stromab-

wärts bis zum Hochstetter Altrhein. Hier wird eine Essenspause eingelegt. Die auf den ersten Blick idyllische Landschaft kann sich, bedingt durch die aufgestöberten Rheinschnaken, schnell in eine Hölle verwandeln. Hier hilft nur durchstichsichere Schutzkleidung oder ausgiebiges Einreiben mit Insektenschutzmitteln.

Die Fahrt geht bei Dunkelheit wieder zurück, wobei die Orientierung auf dem Gewässer jetzt äußerste Konzentration erfordert. Bojen können nur mit Hilfe des Scheinwer-

fers gesucht und entdeckt werden; anhand der Stromkilometrierung an den Ufern müssen stets der jeweilige Standort sowie der Fahrrinnenverlauf auf dem Rheinatlas verfolgt werden.

Dichter Schiffsverkehr bei Nacht, erkennbar nur an der Lichterführung, ist für viele Lehrgangsteilnehmer ein völlig neues mit „mulmigen Gefühlen“ einhergehendes Erlebnis, zumal Begegnungs- und Überholmanöver bei Dunkelheit die Sinne aufs äußerste fordern.

Die zweite Fahrt führt stromaufwärts, an Lauterbourg vorbei bis in den Goldkanal. Die Rückfahrt verläuft wiederum bei Dunkelheit, wobei diese zweite Fahrt dazu dient, den Lehrgangsteilnehmern mehr Sicherheit und Routine beim Führen eines Bootes bei Nacht zu vermitteln.

Durch das freundliche Entgegenkommen der Wasserschutzpolizei im Karlsruher Hafen ist es möglich, die Boote samt Ausrüstung über Nacht in polizeilicher Obhut zu belassen. Ebenso können die Aufenthalts- und Unterrichtsräume der Wasserschutzpolizei mitbenutzt werden, was wesentlich zum reibungslosen und zeitsparenden Lehrgangsablauf beiträgt.

Realistische Einsatzsituationen

Der Lehrgang endet mit einer dreiteiligen Prüfung (schriftlich, praktisch, mündlich), bei der die Lehrgangsteilnehmer ihr in andert-halb Wochen erworbenes Wissen und Können unter Beweis stellen müssen. Ist die Prüfung erfolgreich, erhalten die Teilnehmer den Feuerwehr-Motorbootführerschein für Binnenfahrt.

Die Ausbildung ist konzeptionell ausgerichtet auf den Einsatz in schwierigem Gewässer (sehr starke Strömung, Strudel, zum Teil hoher Wellengang, dichter und schnellfahrender Schiffsverkehr, Einsatz bei Nacht). Dies soll den äußeren Bedingungen bei zu erwartenden Einsatzsituationen möglichst entsprechen.

Eine konsequente Weiterbildung der Bootsführer auf Standortebene in Form von Übungen sollte jedoch auch nach dem Erwerb des Bootsführerscheins selbstverständlich sein, da nur so die notwendige Routine und Erfahrung erworben werden können.

„Nur knapp der Auflösung entgangen“

Landeskatastrophenschutzschule Baden-Württemberg
wurde Ausbildungsstätte des THW – Zahlreiche Gäste bei der Übergabe

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk hat die Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg in Neuhausen auf der Filder übernommen. Sie ist jetzt Ausbildungsstätte für THW-Helferinnen und Helfer aus dem süddeutschen Raum. In einer Feierstunde wurde die Schule in Anwesenheit zahlreicher Gäste an das THW übergeben. Neben Baden-Württembergs Innenminister Frieder Birzele hatte sich auch Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass vom Bundesinnenministerium, Rolf Englerth, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, und der Direktor des Technischen Hilfswerk, Gerd Jürgen Henkel, zu der Veranstaltung eingefunden.

„Die Katastrophenschutzschule des Landes ist nur knapp ihrer Auflösung entgangen“, sagte Innenminister Birzele in seiner Ansprache. Im Rahmen der Neukonzeption der zivi-

len Verteidigung habe der Bund den erweiterten Katastrophenschutz neu organisiert. Eine Konsequenz daraus sei die Auflösung der vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen der Länder, weil die Landesfeuerwehrschulen, die THW-Ausbildungsstätten und die eigenen Schulen der privaten Hilfsorganisationen zur Ausbildung der verbleibenden Helferinnen und Helfer ausreichen.

„Neuhausen zu erhalten, ist nur gelungen, weil wir gute Argumente hatten und diese mit Nachdruck beim Bund vertreten haben“, betonte der Innenminister. So zähle die Katastrophenschutzschule zu den modernsten Einrichtungen dieser Art und sei als zentrale Ausbildungsstätte über die Grenzen des Landes hinaus anerkannt. Der Schulleiter und die Lehrkräfte der Schule genossen auf Grund ihrer hervorragenden Leistung hohes Ansehen bei den Helferinnen und Helfern des

Katastrophenschutzes. Besonders erfreulich sei es, daß die überwiegende Zahl des Personals der Schule in die Ausbildungsstätte des THW übernommen würde.

Über 50.000 Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes aus allen Teilen des Landes und aus allen im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen hätten in den vergangenen Jahren die Schule besucht. Künftig erhielten sie nun an der Feuerweherschule Bruchsal und an den Schulen der Sanitätsorganisationen ihre Ausbildung.

Zum Schluß sagte Birzele: „Auch in Zukunft werden die Katastrophenschutzbehörden in Baden-Württemberg die Einheiten des THW an Katastrophenschutzübungen beteiligen. Mir ist sehr daran gelegen, daß das THW voll in den Katastrophenschutz des Landes eingebunden ist. Nur wenn die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen unter der Leitung der Katastrophenschutzbehörden geübt wird, kann die gemeinschaftliche Gefahrenabwehr erfolgreich sein.“

Entscheidung nicht leicht gemacht

Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass überbrachte anschließend die Grüße von Bundesinnenminister Manfred Kanther. Der Minister wünsche der neuen THW-Ausbildungsstätte einen erfolgreichen Start und den Mitarbeitern der Schule sowie den ehrenamtlichen Helfern viel Erfolg und Freude bei der Arbeit.

Im Verlauf seiner Ansprache sagte Dr. Kass: „Neben der Ausstattung mit technischem Gerät ist vor allem eine gute Ausbildung der ehrenamtlichen Helfer wesentliche Voraussetzung für Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit einer modernen Hilfeleistungsorganisation. Ich freue mich daher, daß wir gemeinsam mit



Zahlreiche Gäste haben sich zur Feierstunde eingefunden. An ihrer Spitze (von links) Baden-Württembergs Innenminister Frieder Birzele, Ministerialdirektor Dr. Rüdiger Kass, Bundesinnenministerium, THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel und THW-Bundes- sprecher Günther Seekatz.

dem Land Baden-Württemberg so schnell Lösungen gefunden haben, die den Ausbildungsbelangen des THW gerecht werden, und das gut ausgebildete Fachpersonal der Schule dabei mit einbeziehen.“

Neuhausen habe in harter Konkurrenz zu der bayerischen Landeskatastrophenschutzschule in Geretsried gestanden, betonte Dr. Kass. „Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, zumal auch Geretsried viele Pluspunkte in die Waagschale werfen konnte. Entscheidend für uns waren jedoch die für den Ausbildungsbedarf des THW passende Kapazität dieser Ausbildungsstätte in Neuhausen, ihr guter Bauzustand, ihre Ausstattung einschließlich Übungshalle und -gelände und nicht zuletzt die verkehrsgünstige Lage insbesondere auch zum Flughafen Stuttgart. Dies ist für die Vor- und Nachbereitung von THW-Auslandseinsätzen ein gewichtiger Aspekt.“

Die Übernahme der Schule als zweite Ausbildungsstätte des THW sei im Zusammenhang mit der vom Bund betriebenen Neuordnung des Zivilschutzes notwendig geworden. Diese Neuordnung sähe vor, daß die notwendige schulische Ausbildung der Katastrophenschutz Helfer in Zukunft durch die Hilfsorganisationen in Form einer sogenannten integrierten Ausbildung und nicht mehr durch die Katastrophenschutzschulen der Länder durchgeführt würde.

Folge davon sei, daß auch das THW künftig die Ausbildung seiner Helfer und Führungskräfte selbst durchführen müsse.

„Anlaß für die Neuordnung des Zivilschutzes sind die grundlegenden Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfelds in Europa, aber auch – ich will dies nicht verschweigen – die Haushaltssituation“, sagte Dr. Kass und fuhr fort: „Die Grundverantwortlichkeit für Vorkehrungen und Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in Krisen- und Notsituationen, etwa bei Katastrophenfällen und terroristischen Anschlägen, liegt nach dem Grundgesetz bei den Ländern. Art und Umfang derartiger staatlicher Notfallvorsorgeplanungen, sind damit durch die Länder sicherzustellen. In der Vergangenheit hat der Bund durch Verwaltungsvorschriften zum Zivilschutz mittelbar auch auf bun-



Aufmerksame Zuhörer (von links): Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn, THW-Ortsbeauftragter von Neuhausen Hans-Joachim Wiegand, Rolf Englerth, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg.

deseinheitliche Strukturen und Stärken des Katastrophenschutzes und auch seiner Führungsorganisation eingewirkt. Das hat sich aus einer Reihe von Gründen nicht bewährt.“

Das neue Zivilschutzkonzept verzichte künftig auf einheitliche Strukturen für den Zivilschutzfall. Der Bund akzeptiere die von den Ländern für ihren Katastrophenschutz geschaffenen Strukturen und beschränke sich darauf, für den Zivilschutz spezielle Ausstattung zu beschaffen und Ausbildung im Rahmen einer integrierten Katastrophenschutz Ausbildung zu finanzieren. Die Länder könnten damit auch weiterhin auf die Kräfte und das Material zurückgreifen, die der Bund für Zwecke des Verteidigungsfalles bereitstelle. Sie seien allerdings für den friedensmäßigen Katastrophenschutz, der allein ihnen obliege, zunächst zu eigenen Anstrengungen angehalten.

Kritik von den Betroffenen

„Ich weiß, daß dieses neue Konzept, weil es insgesamt eine Reduzierung der Bundesanteile bringt, vor allem bei denen, die davon besonders betroffen sind, auch kritisiert wird“, betonte Dr. Kass. „Aber vergessen Sie bitte nicht: Mit der Finanzierung von Fahrzeugen, Ausstattung und Ausbildung für Zivilschutz zwecke trägt der Bund auch weiterhin dazu bei, daß Helfer und ihre Organisationen im Katastrophenschutz der Länder und Kommunen mitwirken.“

Und der Bund betreibt das Technische Hilfswerk, das mit seinen rund 6.000 Fahrzeugen den Ländern auch für den Einsatz im Katastrophenschutz zur Verfügung steht. Die neue Stärke des THW ist auf rund 45.000 Helfer festgelegt. Weitere 17.000 Reservehelfer des Technischen Hilfswerks stehen für Einsätze zur Verfügung.“

Das Technische Hilfswerk gehöre heute zu dem allgemein anerkannten Kreis der großen und bewährten Hilfsorganisationen in Deutschland. Sein fester Platz in dem gemeinsamen Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern sei unstrittig. Dies habe auch Bundesinnenminister Kanther bei der Ende vergangenen Jahres in Kraft gesetzten Neustrukturierung des THW betont.

„Die neue THW-Struktur sieht vor, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu modernisieren und organisatorisch zu straffen. Struktur, Ausstattung und Ausbildung werden an die Finanzausstattung angepaßt. Grundlage dafür ist das Konzept ‚THW 2001‘, das von den THW-Gremien gebilligt worden ist und von den ehrenamtlichen Helfern mitgetragen wird. Die Verringerung der Helferstärke ist sicherlich ein schmerzlicher Eingriff. Er wird jedoch dadurch gemildert, daß er sich über eine Dauer von fünf Jahren erstreckt und im Wege der natürlichen Fluktuation in der Helferschaft erreicht werden kann. Durch den Zeitrahmen wird sichergestellt, daß kein Helfer gegen seinen Willen entlassen wird.“



Aus der Hand von THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel nimmt Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn das Dienstschild der neuen Ausbildungsstätte entgegen.

(Fotos: Sers, Hilberath)

Ich denke, daß sich auch die geplante Verringerung der Dauer der Verpflichtungszeit für vom Wehrdienst freigestellte Helfer ab 1. Januar 1996 auf sechs Jahre im Sinne einer Reduzierung der Helferzahl auswirken wird. Die Verringerung der Verpflichtungszeit ist im Hinblick auf die gleichzeitig erfolgende Reduzierung der Dauer des Grundwehrdienstes auf zehn Monate erforderlich, damit die Verpflichtung zum Katastrophenschutz weiterhin eine attraktive Alternative zum Wehrdienst bleibt. Sie erfolgt in Absprache mit den Hilfsorganisationen.

Wenn die Absenkung der Verpflichtungszeit nach allen bisherigen Erfahrungen generell zu einem Rückgang der Helferzahlen führen wird, werden alle Hilfsorganisationen – nicht nur das THW – gefordert sein, eventuelle Negativwirkungen auf die Einsatzfähigkeit ihrer Einheiten aufzufangen: durch entsprechende organisatorische Maßnahmen, wie beispielsweise durch Straffung der Ausbildungsgänge und Erleichterungen für Seiteneinsteiger mit einschlägiger beruflicher Qualifikation.“

Richtiger Schritt zur richtigen Zeit

Unter diesen Umständen erscheint die Umwandlung des THW zu einem Hilfswerk des Bundes zu einer geringeren Helferstärke, zugleich jedoch mit einem breiten Spektrum technischer Einsatzmöglichkeiten und einer darauf ausge-

richteten flexiblen Organisation mit kleineren und spezialisierten Einheiten der richtige Schritt zur richtigen Zeit, sagte der Abteilungsleiter. Das THW, das in vielen Einsätzen im In- und Ausland seine Leistungsfähigkeit immer wieder unter Beweis gestellt hätte, erhielt somit eine Organisationsstruktur, die den Erfordernissen eines effizienten Zivilschutzes wie auch dem bisherigen Standard einer leistungsfähigen Hilfe im Katastrophenfall im In- und Ausland im Dienst der Hilfsbedürftigen entspreche.

„Um allen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine gründliche fachliche Ausbildung der Führungskräfte und der Helfer unabdingbare Voraussetzung. Die Leistungskraft des THW beruht auf dem breiten Spektrum beruflicher Kenntnisse und technischer Fertigkeiten seiner vielen engagierten Helfer. Den Umgang mit technischen Geräten und Verfahren lernen die Helfer zum großen Teil bei ihren Ausbildungsveranstaltungen auf Standortebene, auf die aus Einsparungsnecessitäten ein erheblicher Anteil in der Ausbildung verlagert werden muß. Aufgrund der Gegebenheiten in den Ortsverbänden ist dies aber gut möglich.

Für Führungskräfte, aber auch für Helfer mit besonderen Funktionen, wie z. B. Ausbilder-Atemschutz, Ausbilder-Sprechfunk sowie Sprenghelfer, bleibt die gesonderte schulische Ausbildung aber unbedingt notwendig.

Bisher wurde die Bergungsausbildung im THW an sieben Katastro-

phenschutzschulen der Länder durchgeführt. Diese Ausbildung wird künftig auf die beiden Ausbildungsstätten Hoya und Neuhausen, die ab heute eine organisatorische Einheit als Bundesschule des THW bilden, konzentriert. Beide Ausbildungsstätten können sich in den Bereichen Lehrgangsplanung, Kapazitätsauslastung, Austausch von Lehrkräften und Durchführung gemeinsamer Weiterbildungsseminare jetzt sinnvoll ergänzen und unterstützen.“

Aufgrund der geographischen Lage der beiden Ausbildungsstätten Neuhausen und Hoya könne die Ausbildung der THW-Führungskräfte jeweils für den nord- und süddeutschen Raum kostensparend konzentriert werden. Für die Ausbildung der Helfer in bestimmten Fachgebieten werde Neuhausen bundesweit zuständig sein.

„Die bisherige Funktion dieser Einrichtung als Katastrophenschutzschule des Landes ließe es sinnvoll erscheinen, die gewachsenen Verbindungen und guten Beziehungen zum Land und zu den Organisationen weiterzupflegen. Dazu gehöre, daß die Lehrgänge in Neuhausen im Rahmen des Machbaren auch anderen KatS-Organisationen angeboten würden und daß die Schuleinrichtungen im Rahmen der freien Kapazitäten dem Land wie den Organisationen bei Bedarf zur Verfügung stünden. Auch damit dokumentiere der Bund seine uneingeschränkte Bereitschaft zu einer partnerschaftlichen Kooperation im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes mit den Ländern und den Hilfsorganisationen“, sagte Dr. Kass.

Intensivere Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

„Ich denke hierbei auch an eine intensivere Zusammenarbeit mit der Feuerwehr bei gemeinsamen Lehrgängen und Fortbildung von Stäben. Eine solche Verzahnung ist sinnvoll, weil sie eine optimale Vorbereitung auf Einsätze in der Gefahrenabwehr und im Katastrophenfall ermöglicht.

Ein wichtiges Ziel der Neuordnung des Technischen Hilfswerks liegt auch darin, durch abschließende Festlegung der Strukturen und Aufgaben des THW einen Schlußstrich unter frühere Differenzen zwischen THW und Feuerwehren zu zie-

hen. Die Feuerwehren sind und bleiben die tragende Kraft in der friedensmäßigen Gefahrenabwehr in Deutschland. Das THW soll und kann in diesem Aufgabenbereich nur ergänzend herangezogen werden. Dies ist der Fall, wenn personelle oder sachliche Unterstützung oder spezielle Fachkunde und Ausstattung gebraucht werden. Ich freue mich, feststellen zu können, daß das früher bisweilen angespannte Verhältnis zum Deutschen Feuerwehrverband inzwischen einer guten kameradschaftlichen und sachlichen Zusammenarbeit gewichen ist.

Und damit könnte sich auch hier in Neuhausen das manifestieren, was wir im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes heute und in der Zukunft so dringend brauchen: Die Zusammenarbeit aller, die in diesem Bereich Verantwortung tragen.

Wir alle wissen, daß es in der heutigen Zeit durchaus nicht selbstverständlich ist, daß sich Bürger freiwillig und ohne Entgelt aus- und fortbilden lassen, damit sie in Notfällen anderen Menschen helfen können“, betonte der Abteilungsleiter.

Die Mitwirkung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sei ein Ausdruck lebendiger Demokratie. Der Staat könne nicht alle Aufgaben selbst erfüllen. Er sei auf das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Bürger angewiesen. Auf eine solche „Bürgerinitiative“ im besten Sinne des Wortes sei ein demokratisches Gemeinwesen angewiesen.

Zum Schluß sagte Dr. Kass: „Der Staat braucht Bürger, die in die Bresche springen, wenn Not am Mann ist, die ihre Freizeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen und damit den Zeitgeist des Egoismus Lügen strafen. In einer Zeit, da Selbstverwirklichung in aller Munde ist, geben Sie ein großartiges Beispiel für wirklichen Gemeinsinn durch tatkräftigen Einsatz und humanitäre Sorge für Leben und Gesundheit Ihrer Mitmenschen.“

Ich bitte deshalb alle Helfer, ihre wichtige und unverzichtbare Arbeit für die Allgemeinheit mit dem bisher gezeigten vorbildlichen Einsatz fortzusetzen. Diese freiwillige ehrenamtliche Mitarbeit wird auch weiterhin ein Eckpfeiler des gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen

getragenen Hilfeleistungssystem bleiben.

In diesem Sinne wünsche ich der Schule in Neuhausen eine gute Zukunft und den Mitarbeitern und Helfern viel Erfolg bei der Arbeit.“

Rolf Englerth, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes, dankte im Namen aller Hilfsorganisationen für die engagierte und qualifizierte Arbeit der Schule in den vergangenen Jahren. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging Englerth auf die Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes ein. Auch er verwies wie Dr. Kass darauf, daß das neue Konzept nicht allein wegen der veränderten Sicherheitslage, sondern auch wegen der Haushaltslage des Bundes entstanden sei. Und damit habe man auch künftig „erheblich zu schaffen“. Es gäbe noch viele Bereiche, die ungeklärt seien und einer Lösung bedürften. Englerth appellierte an die Verantwortlichen: „Löst sie bald, denn die Basis braucht Entscheidungen, sie wird sonst in verschiedenen Bereichen verzagen.“

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Ausbildung. Man könne sich heute keine Parallelität in der Ausbildung mehr leisten. Gefordert sei eine gemeinsame, integrierte Ausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz.

Keine Konkurrenz zur Feuerwehr

Anschließend sprach THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel. Nach einem Rückblick auf die Geschichte des Hilfswerks befaßte sich Henkel wie seine Vorredner mit der Neuordnung des Zivilschutzes. Ein tragender Planungsgrundsatz des THW sei es gewesen, bei der Ausstattung möglichst aus dem Bereich der Feuerwehr herauszukommen. Man wolle mit den neuen Fachdienstausrüstungen ein Zeichen setzen, daß „das THW eine Ergänzung des Hilfeleistungsspektrums sein soll und nicht als Konkurrenz zur Feuerwehr antritt“.

Henkel verwies darauf, daß bisher in Bundesauftragsverwaltung wahrgenommene Aufgaben jetzt in die Eigenverwaltung des Bundes durch das THW übergeleitet würden. Dies würde zwar eine deutliche Verkürzung und Vereinfachung von Verwaltungswegen mit sich bringen,

aber auch die Notwendigkeit für das THW, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Ein weiterer schwerwiegender Nebeneffekt sei der Wegfall der Direktinformation aller im Katastrophenschutz der Länder mitwirkenden Ebenen. Denn durch den jeweils bei den KatS-Schulen, Hauptverwaltungsbeamten, Regierungspräsidien und Landesinnenministerien durchlaufenden Vorgang, habe die jeweilige Stelle alle wichtigen Veränderungen erfahren. „Im eigenen Interesse wird hier stärker als früher ein steter Kontakt stattfinden müssen, damit auf allen Ebenen die in diesem Bereich Handelnden eingebunden bleiben und den Umbruch des THW mit allen sich künftig anbietenden Möglichkeiten dieser Organisation nachvollziehen können“, sagte Henkel.

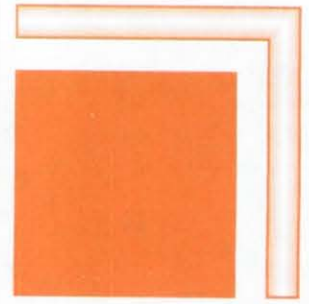
Die THW-Bundesschule habe eine doppelte Aufgabe als „Informationsumschlagplatz“. Neben der Wissensvermittlung nach „innen“ solle eine fachdienst- und organisationsübergreifende Information auch an Interessierte außerhalb des THW erfolgen. Dabei käme der THW-Ausbildungsstätte Neuhausen die besondere Aufgabe zu, die in langen Jahren zu Dritten gewachsenen Bindungen zu erhalten und zu vertiefen.

Neues Kapitel

„Fast dreißig Jahre zentrale Schulung von Führungskräften, Helfern und Spezialisten des ehemaligen Luftschutzhilfsdienstes und des Katastrophenschutzes. Eine Ära geht zu Ende. Die Chronik bricht hier jedoch nicht ab, sondern es wird ein neues Kapitel aufgeschlagen bzw. geschrieben“, sagte Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn zum Abschluß der Veranstaltung. Die Schule sei stets nicht nur Ausbildungsstätte, sondern auch eine Begegnungsstätte aller Hilfsorganisationen gewesen. Auch nunmehr als THW-Ausbildungsstätte wolle man diese Tradition fortsetzen und die Türen offen halten.

—güse—

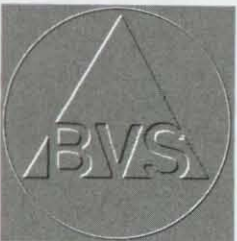
AUS DEN ORGANISATIONEN



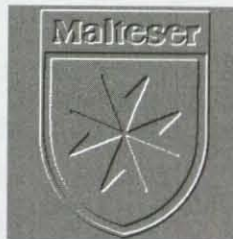
ARBEITER-SAMARITER-BUND



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ



MALTESER-HILFSDIENST



DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT

VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



TECHNISCHES HILFSWERK



DEUTSCHES ROTES KREUZ



WARNDIENST

Herausforderung Sanitätsdienst

ASB stellt neuen Leitfaden vor

Im Zuge der aktuellen Diskussionen über den Rettungsdienst und die Neustrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes ist ein Teilbereich der allgemeinen Gefahrenabwehr und -bekämpfung teilweise in den Hintergrund gerückt. Gemeint ist der Sanitätsdienst bei Großveranstaltungen oder Ereignissen, bei denen durch die Genehmigungsbehörden Auflagen zur sanitätsdienstlichen Absicherung vorgegeben sind. Um die Sanitätsdienste wieder verstärkt in das öffentliche Bewußtsein zu rücken, hat der ASB-Bundesverband aktuell einen Einsatzleitfaden erarbeitet, der eine praktische Anleitung zur optimalen Vorbereitung auf Sanitätsdienste geben soll.

Der Tradition verpflichtet

Im ASB hat der Sanitätsdienst eine lange Tradition. Er ist die historische Wurzel der heute über Gesetze geregelten Fachdienste Katastrophenschutz und Rettungsdienst. Bereits in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts stellten Kolonnen des Arbeiter-Samariter-Bundes für die damalige Zeit höchst leistungsfähige Sanitätsdienste: Sogenannte „fliegende Rettungsstationen“ mit Sanitätszelten unter ärztlicher Leitung fanden damals bei Großveranstaltungen weite Beachtung, so z. B. bei Arbeiter-Sport- und Sängerfesten, 1.-Mai-Veranstaltungen und politischen Kundgebungen und Demonstrationen.

Gesetze und Vorschriften

Während in den Anfangszeiten für Sanitätsdienste kaum Reglements vorhanden waren, können heute eine Reihe von Gesetzen und Vorschriften als Rechtsgrundlage für die Genehmigung von Großveranstaltungen sowie deren sanitätsdienstliche Absicherung zu Rate gezogen werden. Exemplarisch sollen hier nur das Versammlungsgesetz für öffentliche Veranstaltungen unter

freiem Himmel, die Straßenverkehrsordnung, das Luftverkehrsgesetz, die Gewerbeordnung, das Ordnungsbehördengesetz, die Landesrettungsdienstgesetze sowie die Landesbrand- und -Katastrophenschutzgesetze erwähnt werden.

Gefahrenpotential Großveranstaltung

Schlimme Ereignisse wie die Flugtagkatastrophe in Ramstein oder aber Ausschreitungen in Fußballstadien führen uns immer wieder deut-

lich vor Augen, daß Großveranstaltungen jeglicher Art teilweise enorme Risikopotentiale in sich bergen. Ob Flugtag, Sportturnier oder Volksfest, jede Veranstaltung bringt spezifische Risiken mit sich, auf die sich sowohl die Genehmigungsbehörden als auch die Sicherheitskräfte vor Ort vorzubereiten haben.

Eine realistische Gefahrenabschätzung und Risikoanalyse gehört daher nach Auffassung des ASB für jede größere Veranstaltung durch die Veranstalter oder aber durch die Genehmigungsbehörden in Abstim-



Berliner Samariterinnen und Samariter 1899 vor dem ersten Sanitätszelt des ASB.



ASB-Sanitäter betreuen Anfang der 20er Jahre Verletzte in der „fliegenden Rettungsstation“.

mung mit den Organen der Gefahrenabwehr/-bekämpfung (Polizei, Feuerwehr, Sanitätsorganisationen) obligatorisch zu den Vorbereitungen.

Im neuen Leitfaden für den Sanitätsdienst des ASB-Bundesverbandes, der speziell für kommunale Entscheidungsträger und die örtlichen Gliederungen der Sanitätsorganisationen entwickelt wurde, steht die Erstellung einer Gefahrenanalyse im Mittelpunkt. Hierbei werden schematisch die Gefahrenpotentiale „Veranstaltung“, „Publikum“ und „Ort“ mit den Wertestufen „gering (1)“, „durchschnittlich (2)“, „überdurchschnittlich (3)“, „hoch (4)“ und „sehr hoch (5)“ bewertet.

Anhand einer mittlerweile allgemein anerkannten Formel kann die Stärke des zu stellenden Sanitätsdienstes exakt berechnet werden, wobei selbstverständlich die Rahmenbedingungen der jeweiligen Veranstaltung sowie gesetzliche Bestimmungen berücksichtigt werden müssen.

Der ASB geht im Leitfaden bei der Gestellung des Sanitätsdienstes von sogenannten „Rettungsteams“ aus. Dies bedeutet, daß immer zwei Helfer gemeinsam Dienst tun, von denen mindestens ein Helfer eine rettungsdienstliche Qualifikationsstufe (z. B. Rettungshelfer) haben sollte. Wird bei der Beurteilung des Gefahrenpotentials mindestens bei einem Faktor, z. B. „Ort“, die Wertigkeit „hoch (4)“ oder „sehr hoch (5)“ erreicht, sollte mindestens ein KTW/RTW nach DIN der Sanitätsorganisationen zum Einsatz bereitgestellt werden. Die Gestellung von Notärzten sowie die Bildung von Rettungsteams und die Bereitstellung von DIN-Rettungsmitteln erhöht so die notfallmedizinische Kompetenz im Rahmen der Ersten Hilfe und lebensrettender Sofortmaßnahmen bei Sanitätsdiensten. Anhand von sieben ausgewählten Beispielen wird anschaulich errechnet, wieviele Helfer, Teams, Ärzte und Fahrzeuge entsprechend der erstellten Risikoanalyse benötigt werden.

Nachbarschaftshilfe

Gerade in ländlichen Regionen ist bei entsprechenden Großveranstaltungen an die frühzeitige Einbeziehung der Nachbarschaftshilfe zu

ASB-Jahrbuch '95 erschienen

Jeder Hundertste in Deutschland ist Mitglied im Arbeiter-Samariter-Bund. Erstmals in der über hundertjährigen Geschichte des ASB zählt die Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation im Jahr 1995 mehr als 805.000 Mitglieder. Das ist nur eine der vielen interessanten Zahlen und Fakten, die das ASB-Jahrbuch '95 aufzeigt, das jetzt erschienen ist.

So wurden vom ASB-Rettungsdienst im vergangenen Jahr über 570.000 Krankentransporte und fast 247.000 Rettungseinsätze gefahren. Die 156 ASB-Sozialstationen betreuten 19.400 Menschen. 241 stationäre Einrichtungen stehen im ASB älteren und behinderten Menschen, Kindern und Jugendlichen, Asylbewerbern und Aussiedlern zur Verfügung. An ASB-Lehrgängen zur Ersten Hilfe nahmen über 156.800 Personen teil, und das ASB-Bildungswerk

kann auf 947 erfolgreiche Seminare zurückblicken. Die ASB-Auslandshilfe war an vielen Orten und mit zahlreichen Projekten aktiv.

Doch das ASB-Jahrbuch beinhaltet nicht nur nüchterne Statistiken und Zahlen, sondern informiert auch über die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über die Aktivitäten der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den einzelnen Aufgabenbereichen. Mit seinen Berichten und Statistiken sowie typischen Fall- und Fotobeispielen bietet das ASB-Jahrbuch '95 eine aktuelle und umfassende Bilanz über die ASB-Aktivitäten im In- und Ausland.

Jahrbuch 95



Helfen ist unsere Aufgabe

denken. Einsatzeinheiten des Katastrophenschutzes oder aber Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) sollten hier für den überörtlichen Einsatz angefordert werden, um vor allem bei etwaigen realen Einsatzanlässen den regulären öffentlichen Rettungsdienst für dessen Aufgaben zu entlasten.

Vor allem bei Massenveranstaltungen, bei denen die Besucherzahlen in einem krassen Mißverhältnis zu den Einwohnerzahlen des Veranstaltungsortes stehen und auch die rettungsdienstlichen bzw. krankenhausbefugten Infrastrukturdaten eher dünn bemessen sind, ist in einem frühen Planungsstadium an die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit der Nachbarschaftshilfe zu denken.

Ausblick

Wie die Erfahrungsberichte von Großveranstaltungen zeigen, ist die möglichst genaue Analyse des Gefahrenpotentials schon ganz zu Beginn der Planungsphase ein zuverlässiger Garant für eine effiziente Prävention sowie eine suffiziente Erstversorgung nach einem potentiellen Schadenseintritt.

Der kleine Leitfaden des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e. V. will hierzu seinen Beitrag leisten und neben den Hauptstandbeinen Rettungsdienst und Katastrophenschutz den traditionellen Sanitätsdienst modern gestalten.

Wolfram Geier



Berlin

Berlin. Der Berliner Sommer stand nicht nur im Zeichen von „Christo & Jeanne-Claude“ mit ihrer Reichstagsverhüllung, sondern auch unter dem Zeichen des Bevölkerungsschutzes. Zu Beginn der Sommerferien fand im Museum für Verkehr und Technik (MVT) der „Tag des Helfers '95“ für den Berliner Katastrophen-Hilfsdienst statt, und am Ende der Sommerferien präsentierte der Bundesverband für den Selbstschutz erstmals seine neue Berliner Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“.

Das Programm des Katastrophen-Hilfsdienstes bot interessante Höhepunkte:

- Löschzug (Berliner Feuerwehr)
- Wasserrettungszug (DLRG)
- Satelliten-Kommunikationsanlage (ASB)
- Mobile Kurzwellenstation (ASB, DRK)
- Modellausstellung (THW)
- Sprungpolster-Demonstration (Berliner Feuerwehr)

Besonderes Interesse weckte der erst kürzlich vom Arbeiter-Samariter-Bund in Berlin in Dienst gestellte Intensiv-Transport-Hubschrauber vom Typ Bell 412 HP.

Wie ein verbindender roter Faden zog sich der vom BVS organisierte Sicherheitswettbewerb über das Museumsgelände. An acht Stationen, betreut von jeweils einer der im Katastrophen-Hilfsdienst mitwirkenden Organisationen, konnten Sommerfest-Besucher ihr Wissen in der Gefahrenabwehr überprüfen. Insgesamt nahmen 270 Besucher aller Altersklassen am Wettbewerb teil. Die große Teilnehmerzahl wurde begünstigt durch die attraktive Gewinnpalette, die für diesen Sicherheitswettbewerb zur Verfügung stand. Dank der Unterstützung diverser Berliner Sponsoren winkten den Bestplatzierten neben den BVS-Gewinnen Umwelttickets der Berliner Verkehrsbetriebe, Wochenend-Tickets der Deutschen Bahn AG, Rucksäcke und Sporttaschen, Bildbände, Reiseführer, Spiele und vieles mehr.

Auf Grund der vielen Gewinne wurden die Bestplatzierten zu einer



Ausstellungseröffnung im Rathaus Schöneberg. Von links: Innenstaatssekretär Dr. Kuno Böse, Dieter Hapel, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Uwe Saager, Bezirksbürgermeister von Berlin-Schöneberg, und BVS-Direktor Helmut Schuch.

gesonderten Veranstaltung in das Verkehrsmuseum eingeladen. Einen würdigen Rahmen für die Siegerehrung bot ein historischer Speisewagen der Deutschen Bahn AG im Lokschuppen des Museums. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte BVS-Sachgebietsleiter Frank Hennig Dr. Maria Borgmann und ihrer Mitarbeiterin Renate Förster die „BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit“. Er würdigte damit die Verdienste, die sich beide bei der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Helfertages erworben hatten.

Am 9. August lud die BVS-Außenstelle Potsdam zur Erstpräsentation der in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin und den Hilfsorganisa-

tionen erstellten Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“ in das Rathaus Schöneberg ein. Rund 90 Vertreter des öffentlichen Lebens sowie der im Berliner Katastrophen-Hilfsdienst mitwirkenden Organisationen waren der Einladung gefolgt. Unter der Schirmherrschaft von Innensenator Prof. Dr. Dieter Heckelmann eröffneten Innenstaatssekretär Dr. Kuno Böse, Schönebergs Bezirksbürgermeister Uwe Saager und BVS-Direktor Helmut Schuch die Ausstellung. Nach den Begrüßungsworten des Bezirksbürgermeisters führte BVS-Direktor Schuch aus, Deutschland verfüge über ein außerordentlich gut ausgebautes Hilfeleistungssystem, das jedoch auch sehr komplex sei. Hinzu käme, daß in unserem



Die Gewinner des BVS-Sicherheitswettbewerbs im Museum für Verkehr und Technik vor einer historischen Lokomotive im Lokschuppen. (Fotos: Hennig)

föderalen Staat der Katastrophenschutz in die Zuständigkeit der Länder falle und daraus eine Vielzahl regionaler Besonderheiten resultierten.

Vor diesem Hintergrund sei es dringend notwendig, Bürger und Bedarfsträger sozusagen „auf einem Blick“ über das Netz staatlicher und privater Notfallvorsorge zu unterrichten und dabei auf die Besonderheiten des jeweiligen Bundeslandes einzugehen. „Gerade für die Bürgerinnen und Bürger im Ostteil der Stadt, die sich auch im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes neuen Rahmenbedingungen gegenüber sehen, scheint mir dies ein wichtiges Anliegen. Denn eine umfassende und übersichtliche Information ist die Basis für Vertrauen, Akzeptanz und die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung, auf die der Bevölkerungsschutz und seine Institutionen in hohem Maße angewiesen sind.“

Staatssekretär Dr. Böse ging in seinem Grußwort auf die jüngere Vergangenheit der ehemals geteilten Stadt ein, die die Anwesenheit des BVS bis zur Wiedervereinigung 1990 nicht möglich machte. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Staatssekretär: „Trotz aller Anstrengungen, Gefahren vorzubeugen, die durch Naturereignisse entstehen oder durch menschliches und technisches Versagen auftreten, kommt es immer wieder zu Unglücksfällen, bei denen der Verlust von Menschenleben zu beklagen ist oder hohe Sachwerte vernichtet werden. Schon vor vielen Jahren haben sich daher die Berliner Feuerwehr, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser-Hilfsdienst und das Technische Hilfswerk zum Wohle aller Berliner zur Bewältigung der im Katastrophenfall anfallenden Aufgaben zusammengeschlossen.“

Was aber können diese Organisationen bewirken, wenn sie nicht von vielen Menschen getragen werden, die mit ganzem Herzen und unermüdlichem Engagement bei der Sache sind? Der Gemeinsinn der Bürger findet seinen sinnvollsten Ausdruck dort, wo sich Menschen aktiv in einer Aufgabe für die Gemeinschaft zusammenfinden. Wir

brauchen viele Hände, Köpfe und Herzen von Frauen und Männern, die zu ehrenamtlicher Arbeit bereit sind, die da sind, wo Hilfe nötig ist.“

Hierzu sei eine intensive Helferinformation und -werbung nötig. Neben Öffentlichkeitsveranstaltungen, wie dem mit gutem Erfolg durchgeführten „Tag des Helfers“, sei die hier gezeigte Wanderausstellung eine gute Möglichkeit, sowohl auf das große ehrenamtliche Engagement der vorhandenen Helfer hinzuweisen als auch auf die Notwendigkeit weiterer Mithilfe aufmerksam zu machen.

„Unser besonderer Dank gilt daher der Außenstelle Potsdam des BVS für diese neu geschaffene Ausstellung. Ich hoffe, daß sie viele Bürger über die umfangreichen Aufgaben und vielfältigen Tätigkeiten der Katastrophenschutz-Organisationen und ihr Zusammenwirken im Bevölkerungsschutz informieren wird.“

Brandenburg

Frankfurt/Oder. Ein besonderer Preis stand dem BVS bei seinem Sicherheitswettbewerb in Frankfurt/Oder zur Verfügung. Die bestplatzierten Teilnehmer gewannen einen Hubschrauberrundflug. Der Wettbewerb war Bestandteil des umfangreichen Aktionsprogrammes auf dem Gelände des „Spitzkrug Multi Centers“ (SMC) aus Anlaß des „Tages der Gefahrenabwehr“. Neben dem BVS beteiligten sich unter anderem Frankfurts Feuerwehr, das DRK und das THW sowie die Bundes-

wehr, der ADAC und der Munitionsbergungsdienst Brandenburg.

Bayern

München. Die Hilfsorganisationen zeigen jedes Jahr in der guten Stube von München, mitten in der Fußgängerzone, wie sie das Motto „Wir helfen gemeinsam“ verwirklichen. Beim „Tag der offenen Tür“ der Landeshauptstadt präsentierte sich der BVS an seinem angestammten Platz am Deutschen Jagdmuseum, die Sanitätsorganisationen unterwiesen die Bürger mitten auf dem Marienplatz vor dem Münchner Rathaus in den Maßnahmen der Soforthilfe. Alle Organisationen zeigten ihre Ausrüstung und Gerätschaften. Polizei und Berufsfeuerwehr von München boten ein reichhaltiges Rahmenprogramm.

*

Bad Neustadt/Saale. Selbstschutz in der Bevölkerung sei auch in der heutigen Zeit dringend notwendig, so Landrat Dr. Fritz Steigerwald bei der Preisverteilung der Quizveranstaltung des BVS. 635 Besucher nahmen am Quiz auf der bayerischen Rhönmesse in Bad Neustadt/Saale teil. 15 Gewinner zog die Glücksfee aus dem Topf der richtigen Lösungen. Die Preisverteilung fand im Landratsamt statt, Dienststellenleiter Rigobert Hagel und der Beauftragte für den Landkreis, Gerd Schmitt, begrüßten die Sieger und überreichten die Preise.



Frankfurt/Oder: Die Bestplatzierten des Sicherheitswettbewerbs.

(Foto: Hennig)





Neue DLRG-Zentrale feierlich eröffnet

Alles unter einem Dach

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, eröffnete am 15. September die neue Bundesgeschäftsstelle der DLRG in Bad Nenndorf. 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Sport und den DLRG-Landesverbänden ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, die neue Verbandszentrale zu begutachten. Zehn Monate nach dem Beschluß des Präsidialrates präsentierte sich die ehemalige Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in neuem Glanz. In nur zweieinhalbmonatiger Bauzeit wurden große Teile des Gebäudes den Bedürfnissen der DLRG angepaßt.

Kernstück der Einrichtung ist neben der Geschäftsstelle das modern und komfortabel eingerich-

tete Tagungshotel „Delphin“ mit 66 Betten in 40 Ein- und Zweibettzimmern. Das 15 000 qm große Gelände im Niedernfeld 2 am Rande des Staatsbades bietet Hotelgästen, Tagungsteilnehmern und Mitarbeitern ausreichende Parkmöglichkeiten.

Neben der Bundesgeschäftsstelle finden Materialstelle, DLRG Verlags- und Vertriebsgesellschaft und die in Gründung befindliche DLRG Bildungswerke GmbH samt Hotel ausreichend Platz unter einem Dach. 65 Mitarbeiter werden in Bad Nenndorf für die Ziele der DLRG arbeiten.

Mit Bundesschule und Bildungswerk sind ideale Weiterbildungseinrichtungen für die inner- und außerverbandliche Qualifizierung entstanden. In Abstimmung mit den Landes-

verbänden entsteht eine zukunftsweisende Bildungskonzeption, die Qualität und Motivation der Funktionsträger und ehrenamtlichen Mitarbeiter erhöht.

In drei Hörsälen und fünf funktional gestalteten Gruppenarbeitsräumen hat der Lehrgangsbetrieb bereits begonnen. Ergänzend dazu wird das Land Niedersachsen auch weiterhin Lehrgänge im Katastrophenschutz durchführen. Andere Organisationen haben bereits Interesse an der Nutzung des Hotels und der Seminarräume angemeldet.

Für das leibliche Wohl der Gäste und Seminarteilnehmer ist rund um die Uhr gesorgt. Tagsüber sorgt die Hotelküche für Speisen und Getränke und am Abend lädt das gemütliche Restaurant Delphin zur Einkehr. Mit Fisch- und Wildspezialitäten, dazu ausgewählten Weinen, soll der Gaumen verwöhnt werden. Für Abwechslung auf dem Speiseplan sollen Spezialitätenwochen sorgen.

In der einstündigen Eröffnungsveranstaltung dankte DLRG-Präsident Dr. Joachim Pröhl den Verhandlungspartnern des Bundesinnenministeriums und des Landes Niedersachsen für die konstruktiven Gespräche und das Entgegenkommen, das der DLRG diese zukunftsweisende Einrichtung erst ermöglicht habe.

Vizepräsident Jürgen Illing hob in seiner Begrüßung die hervorragenden Leistungen der Belegschaft der alten Geschäftsstelle in Essen und der Mitarbeiter der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen hervor. Durch ihren Einsatz sei es erst möglich geworden, das ehrgeizige Projekt in kürzester Zeit zu realisieren.

Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl hob die wichtige Rolle der DLRG in der Gemeinschaft der Hilfsorganisationen hervor. Symbolisch durchschnitt sie ein Band und übergab damit offiziell das Gebäude seiner neuen Bestimmung.

Bei schönem Spätsommerwetter besichtigten die zahlreichen Gäste, Kuratoriumsmitglieder, Vertreter aller Wirtschaftspartner der DLRG, Mitarbeiter aus Essen und Bad Nenndorf, Vertreter des Landes Niedersachsen und der Gemeinde sowie Samtgemeinde Bad Nenndorf anschließend das Gelände.



Gäste aus Politik, Wirtschaft, Sport und den DLRG-Landesverbänden kamen nach Bad Nenndorf.



Dr. Sabine Bergmann-Pohl hat das Band durchgeschnitten, das Gebäude ist offiziell eröffnet.

Bundeswettbewerb hat sich bewährt



Bei der Anreise zum Bundesentscheid im neuen Bundeswettbewerb der Deutschen Jugendfeuerwehr im oberbayerischen Waldkraiburg mag sich ob des strömenden Regens so mancher gedacht haben: „Das kann ja heiter werden!“

Daß es trotz des schlechten Wetters ein voller Erfolg wurde, ist dem Organisationsteam der Freiwilligen Feuerwehr Waldkraiburg und dem Kreis Mühldorf/Inn zu verdanken. Mit viel Engagement und zuletzt auch jeder Menge Improvisationstalent gelang es den Ausrichtern, eine gelungene Veranstaltung aus dem (nassen) Boden zu stampfen.

Bereits beim Eintreffen der Wettkampfgruppen, ihrer Fans und den zahlreichen Gästen war klar, daß eine Unterbringung in der großzügig gestalteten Zeltstadt nicht in Frage kommen würde, und so sorgte das bereits erwähnte Improvisationstalent der Veranstalter dafür, daß die Teilnehmer in den schleunigst geräumten Gerätehäusern der umliegenden Feuerwehren ein Dach über den Kopf bekamen.

Pünktlich konnte dann Bundesjugendleiter Marcus Schleaf die Großveranstaltung im Aufenthaltszelt eröffnen und viele Gäste begrüßen, allen voran den Vizepräsidenten des DFV und Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, Stadtbrandrat Karl Binai, sowie die Führungsspitze der örtlichen Feuerwehren.

Binai überbrachte die Grüße des DFV-Präsidiums sowie der bayerischen Landesjugendleitung und erinnerte an den olympischen Gedanken sowie daran, daß diese

Tage auch der Festigung der Kameradschaft und dem Entstehen neuer Freundschaften dienen mögen.

Um den Stadionrasen zu schonen, war das Pflichttraining am Samstag kurzfristig auf den Festplatz der Stadt verlegt worden, und so konnten bei ständiger Wetterbesserung letzte Fragen geklärt und notwendige Abstimmungen unter den Punktrichtern getroffen werden. Am späten Nachmittag lud dann Bürgermeister Jochen Fischer zu einem Empfang in das „Haus der Kultur“ ein. In seinem Grußwort charakterisierte er die relativ junge Stadt und begründete den hohen Stellenwert der Feuerwehr in Waldkraiburg damit, daß ohne Ehrenamt das heutige Wohlstandsdenken nicht möglich sei.

Landrat Erich Rambold stellte den Landkreis Mühldorf als einen „Feuerwehr-Landkreis“, der hinter seinen Aktiven stünde, vor, bevor Marcus Schleaf sich für die Ausrichtung des Bundesentscheids sowie die herzliche Aufnahme in Oberbayern mit der Übergabe von Glasbildern der DJF bedankte.

Im Anschluß daran war die Möglichkeit zum Besuch eines ökumenischen Jugendgottesdienstes gegeben, bevor der Tag mit einem bunten bayerischen Abend im Festzelt ausklang.

Endgültig Schluß mit dem schlechten Wetter war dann am Sonntagmorgen, als die 32 Gruppen zu den Klängen der Jugendblaskapelle in das Stadion einzogen. So kam nach der Eröffnung des Bundesentscheids auch sehr schnell Wettkampfstimmung auf, die

während des gesamten Wettbewerbes auch anhielt. Nach dessen Abschluß zeigten die Hunde der „Rettunghundestaffel Isar“ ihr Können bei Einsätzen aller Art, während in der Führungsetage fieberhaft der Sieger festgestellt wurde. In Anwesenheit der DFV-Vizepräsidenten Karl Binai und Fritz Meyer, der Bundesjugendleitung, zahlreicher Politiker sowie Feuerwehrführungskräften aus ganz Deutschland und Österreich nahm Bundesjugendleiter Marcus Schleaf dann die Siegerehrung vor, wobei der Jubel keine Grenzen kannte, als der Sieg der Jugendfeuerwehr Homberg-Mühlhausen (HE) vor Dannenbüttel II (NS) und Niederperlesreut/Waltenreut (BAY) bekanntgegeben und die Siegerpokale überreicht wurden.

Die eindrucksvolle Kulisse hatte zuvor sein Stellvertreter Gerhard Barth genutzt, um den Organisator der Veranstaltung, Kreisbrandinspektor Neulinger, in Würdigung seiner Leistungen um den Aufbau der Jugendfeuerwehr im Landkreis Mühldorf die Ehrennadel der Deutschen Jugendfeuerwehr in Silber zu überreichen. Für seine langjährige erfolgreiche Jugendarbeit und Mitarbeit im Fachausschuß Wettbewerbe erhielt Georg Hasenkopf die Ehrennadel der Deutschen Jugendfeuerwehr in Gold.

Mit der Nationalhymne endete die überaus gelungene Veranstaltung, mit der der neue Bundeswettbewerb der Deutschen Jugendfeuerwehr auch auf der höchsten Ebene seine Bewährungsprobe bestanden haben dürfte.

Stefan Brunner



Links:
Empfang
durch die
Stadt Waldkraiburg.

Rechts:
Jede Hürde
muß
genommen werden.

(Fotos: Brunner)





Notfallrettung in Gefahr

Der Deutsche Feuerwehrverband widerspricht dem pauschalen Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit des Rettungsdienstes, wie er in dem Gutachten einer vom Bundesministerium für Gesundheit beauftragten Beratungsgesellschaft erhoben wird.

Die Steigerung der Kosten im Rettungsdienst beruht nicht auf Profiten der Beteiligten, sondern maßgebend auf veränderten staatlichen Vorgaben:

– Durch gesetzlich vorgeschriebene sinnvolle Qualitätssteigerungen fallen sowohl beim Personal als auch bei den Rettungsmitteln höhere Kosten an.

– Der Abbau von ehrenamtlichen Helfern und eine Verminderung der Zahl der Zivildienstleistenden durch gesetzlich vorgeschriebene Anhebung des Ausbildungsstandards für das Rettungsdienstpersonal hat zu Steigerungen der Personalkosten geführt.

– Der vom Bundesinnenminister veranlaßte Rückzug des Bundes-

grenzschutzes im Bereich der Flugrettung hat zu einer drastischen Erhöhung der durchschnittlichen Flugstundenpreise geführt.

– Es sind Kostensteigerungen durch tarifliche Höherstufungen und Arbeitszeitverkürzungen zu verzeichnen.

Der Deutsche Feuerwehrverband sieht auch Möglichkeiten, durch Rationalisierungsbemühungen Einsparungen zu erzielen. Dies hat aber in Gesprächen mit den am Rettungsdienst Beteiligten zu geschehen. Die Zaubersprüche „Freie Marktwirtschaft, Privatisierung“ sind in der Notfallrettung völlig fehl am Platze.

Der Deutsche Feuerwehrverband wiederholt und bekräftigt daher seine Auffassung:

1. Die Sicherstellung eines funktionierenden Rettungsdienstes gehört zur allgemeinen Daseinsvorsorge wie z. B. die Energieversorgung und der Brandschutz.

2. Die Notfallrettung ist eine hoheitliche Aufgabe unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zum Schutze eines überragend wichtigen Gemeinschaftsgutes, nämlich unmittelbar

bedrohten Lebens und bedrohter Gesundheit.

3. Um das gesetzliche Ziel einer bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung sicherzustellen, ist der Notfall-Rettungsdienst eine Ordnungsaufgabe und seine Organisation Behörden zu übertragen.

4. Leistungsfähige integrierte Leitstellen, also eine Zusammenfassung der Aufgaben der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes und des kassenärztlichen Notfalldienstes, sind Voraussetzung für einen wirtschaftlich arbeitenden Rettungsdienst.

5. Grundlage eines einheitlichen Rettungsdienstsystems ist die generelle Festlegung bzw. Beibehaltung einer maximalen Hilfsfrist.

6. Die Kosten der Notfallrettung sind als Systemkosten und nicht als Kosten pro Einsatzfahrt festzulegen, zu vergleichen und zu diskutieren.

7. Es muß sichergestellt sein, daß der Feuerwehrruf 112, der gleichzeitig EU-weiter Notruf ist, aus allen Kabel- und Funknetzen unmittelbar erreichbar ist.

Die Feuerwehr-Erholungsheime in Deutschland

Heute: Hahnenklee (Niedersachsen)

Im heilklimatischen Kurort Hahnenklee, direkt am Hochwald, liegen die beiden Ferienhäuser der FF Hamburg (600 m über NN). Der Kurort ist nur über eine Stichstraße zu erreichen. Im Ort findet sich die gesamte Palette von Erholungseinrichtungen. Für Wintersportler ist Hahnenklee ein Begriff. Mit der Kabinenseilbahn erreicht man einen Aussichtspunkt ebenso wie eine leichte und alpine Abfahrt vom Bocksberg. Infor-

mationen über die Geschäftsstelle des Landesbereichsführers, Westphalensweg 1, 20099 Hamburg, Telefon 040 / 24 828 442, Telefax 040 / 28 828 452.

Erholungsheim „St. Florian“ e.V., Freiwillige Feuerwehr Hamburg, Granetalweg 17, 38644 Goslar, Telefon 05325 / 2544, Telefax 05325 / 2577





Retter auf vier Pfoten

Rettungshunde üben in Münsingen den Ernstfall

Erstmals hatte das Deutsche Rote Kreuz vom 29. September bis 1. Oktober 1995 in Münsingen (Schwäbische Alb) seine Rettungshunde-Teams aus ganz Deutschland zur DRK-Rettungshundeübung „Antonius“ zusammengerufen, um unter dem Motto „Gemeinsam üben – erfolgreich retten“ diese erste Großübung zu absolvieren. 27 Teams – je ein Hund mit Helfer – waren nach Münsingen gekommen; neben 150 Rotkreuzhelfern waren die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk bei der Ausrichtung der Veranstaltung behilflich.

Bei lausigen Temperaturen übernachteten Mensch und Hund – ganz so, wie es im Ernstfall vorkommen kann – gemeinsam in einem Zelt, um sich dann den Anforderungen zu stellen. Es gab fast nichts, was ein Hund nicht kann: Da hieß es über gefährliche Holzwicken zu balancieren, durch enge Tunnelröhren zu kriechen, über Leitern nach oben und unten zu laufen – mal mit einem Feuer darunter, mal in schwindelnder Höhe auf der Suche nach einem „Verletzten“ – , mit dem Hundeführer an einem Kran durch die Luft zu schweben. Abseilen mit Frauchen oder Herrchen an der Steilwand war



Zum Abseilen an der Steilwand gehört schon eine Portion Mut.

auch völlig normal, obwohl es für einige der Teilnehmer das erste Abseilen im Felsmassiv war. Aber die Tiere haben dermaßen Vertrauen zu ihren Ausbildern, daß nicht ein Laut zu hören ist. Langes Training und viel Liebe für die Tiere zeigen Erfolg. Und man sollte es nicht für möglich halten: Selbst unter Wasser wurde ein Taucher, der einen Ertrunkenen simulierte, noch gefunden. Zwischen all den Übungen gab's was zu

fressen und zu essen. Man muß schließlich fit bleiben. Denn der Ernstfall wird geprobt, das Zusammenspiel muß reibungslos klappen.

Ob in Armenien oder in der Türkei – DRK-Rettungshunde-Teams sind schon nach Stunden vor Ort. Bis zu 3.000 km beträgt der Einsatzrahmen des Paares Hund/Mensch, die der Schnellen Einsatzgruppe (SEG) angehören.

Seit dem 2. Weltkrieg werden Hunde bei der Suche nach Versütteten eingesetzt. Während der Mensch über vier Millionen Riechzellen verfügt, weisen die Vierbeiner 220 Millionen auf. Dank ihrer hervorragenden Spürnase nehmen sie den Geruch von Opfern selbst unter einer zwölf Meter dicken Trümmerschicht wahr. Der Hundeführer dagegen muß seinen Verstand einbringen, um dem Versütteten zu helfen. In der zweijährigen Ausbildung lernt er Erste Hilfe, den Umgang mit Kompaß und Funkgerät sowie das wichtigste über Statik und Trümmerkunde. Jede Stunde Verzögerung kann ein Menschenleben kosten. Deshalb müssen diese Einsätze geübt werden, obwohl sie nur einen Bruchteil der Hilfe ausmachen – zwei Prozent. Meist werden die Retter auf vier Pfoten und zwei



Die Leistungen, die die Tiere erbringen, sind fast schon filmreif.



Mit Hilfe der DLRG-Helfer auf der Suche nach „Ertrunkenen“.



Die Helfer von THW und DRK arbeiten Hand in Hand.

(Fotos: Zimmermann)



Beinen gerufen, wenn Menschen vermißt werden: Alte, Kranke, Kinder, unter Schock stehende Unfallopfer und Suizidgefährdete. 1994 lösten die Hunde 150 von 220 Einsätzen. Der Hundeführer konnte

die Meldung machen: „Person gefunden.“ Nicht immer ist das ein glücklicher Moment, denn oft stoßen die Helfer auf Leichen. Das ist für jeden hart.

Margitta Zimmermann

Rummel total, Hektik normal

Das fängt ja gut an! Kaum ist der größte Jahrmärkte in Nordrhein-Westfalen, „Pützchens Markt“, einen Tag eröffnet, liegt auch schon der erste dramatische Fall an. Samstagmorgen droht ein junger Mann mit Selbstmord. Er will sich vom höchsten Punkt des Dreier-Loopings stürzen. Unbekleidet und „hackevoll“. Das bedeutet Großalarm für alle Einsatzkräfte. Notarzt und zwei Rettungswagen, Polizei und Feuerwehr unterwegs zum Ort des Geschehens. Die Sache geht gut aus. Der junge Mann läßt sich überreden, vom Looping herunterzusteigen und wird in

die Rheinische Landesklinik gebracht. Der Rest des Tages verläuft ruhig.

Die schlimmste Nacht ist für die Helferinnen und Helfer des Kreisverbandes Bonn von Samstag auf Sonntag. Da geht es rund. Eine halbe Million Menschen werden für den Abend erwartet. Menschenmassen, die sich durch die engen Straßen schieben und manchmal weder vor noch zurück können. Chaos scheint vorprogrammiert, aber die Einsatzkräfte haben alles voll im Griff. Bei Polizei, Feuerwehr und DRK läuft das Hand in Hand. Und die DRK-



Kreislaufprobleme – für manche Jahrmärktebesucher der Grund, die Hilfe des DRK in Anspruch zu nehmen. (Foto: Zimmermann)

Helfer sind auch auf alle Eventualitäten vorbereitet.

So nach und nach kommen die ersten Leute mit Problemen. Ein kleines Mädchen klagt über Bauchschmerzen. Der Notarzt untersucht die Kleine vorsichtig, kann aber nichts feststellen. Er empfiehlt Mutter und Kind den Heimweg, mit der Bitte, die Beschwerden zu kontrollieren. Nach dem Gedrängel in den Straßen kommen Patienten mit Kreislaufproblemen. Da hilft nur Ruhe, Liegen und Füße hoch. Dazu Cola oder eine Tasse Kaffee.

Eine junge Dame muß am Fuß behandelt werden. Auf dem Parkplatz ist ihr ein Pkw über den Fuß gefahren. Der Fahrer hat ihre Schreie überhört und ist auf und davon. Nun gilt es den Fuß zu versorgen. Aber das ist weiter kein Problem. Anders dagegen sieht es bei dem jungen Mann mit Herzbeschwerden aus: Nach ausgiebiger Untersuchung entscheidet der Arzt, daß er auf schnellstem Wege ins Krankenhaus soll. Der Rettungswagen transportiert ihn hin. Eine junge Frau hat sich im Breakdance-Zelt einen Nackenwirbel verrenkt. Für sie ist der Kirmesbesuch zu Ende. Über die gigantische Halsmanschette freut sie sich nicht unbedingt, ist aber doch glücklich, daß ihre Schmerzen gelindert werden. Eine andere junge Frau hat in eine Scherbe getreten und zunächst einmal nichts gemerkt. Durch die dicke Sohle zerschnitt es ihr den Fuß, und die Verletzung ist so schlimm, daß der Arzt die Wunde nähen muß. Das kann gleich an Ort und Stelle geschehen, denn auf kleine chirurgische Eingriffe ist man vorbereitet. Zu später Stunde dann das Opfer einer Schlägerei. Das sieht schlimmer aus, als es ist. Das ganze Gesicht voller Blut und man kann kaum erkennen, wer sich dahinter verbirgt. Aber nach einer gründlichen Reinigung ist auch das nicht mehr so tragisch.

Fazit des DRK-Einsatzes auf „Pützchens Markt“: 150 Helferinnen und Helfer haben 2000 Einsatzstunden geleistet, 200 Notfälle wurden versorgt, 50 schwere Fälle wurden behandelt. Insgesamt waren die Rotkreuzler rund um die Uhr im Einsatz und haben sich – wie immer – bestens bewährt.

Margitta Zimmermann

Nach 30 Jahren den ABC-Dienst abgegeben

Zwei Anhänger mit Ausrüstung, aber keine Zugfahrzeuge. Damit begannen die Johanniter 1965 den Aufbau des einzigen Dortmunder ABC-Zuges. Damals wurde in ganz Deutschland ein Netz von Katastrophenschutz-Einheiten eingerichtet, u. a. auch zur Erkennung und Beseitigung von atomaren, biologischen und chemischen Gefahren. Weiterhin erhielten die Johanniter zwei Sanitätszüge und eine Versorgungsgruppe.

Seitdem erklärten sich mehr als 150 ehrenamtliche Johanniter bereit, aktiv im Bevölkerungsschutz mitzuarbeiten. So auch Werner Schlüter, der nun schon seit 1975 die Geschicke des Dortmunder ABC-Zuges lenkt. Zu Beginn der siebziger Jahre war der Zulauf dann so groß, daß ein zweiter Zug eingerichtet wurde. Von da an standen in Dortmund Tag und Nacht über 80 Helfer bereit, um Gefahrensituationen mit Hilfe von Fachwissen und umfangreicher Ausrüstung zu begegnen.

Kernstück bildeten dabei zwei Dekontaminierungsanlagen. Als sich 1986 ein Autofahrer bei der Dortmunder Berufsfeuerwehr meldete, dessen Fahrzeug in Osteuropa durch den Reaktorunfall in Tschernobyl kontaminiert worden war, mußten die Johanniter aus Dortmund das Fahrzeug dekontaminieren. Aber auch bei großen Sportveranstaltungen und Zeltlagern konnten die Anlagen als Duschzelte eingesetzt werden, wodurch immer wieder Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt wurde.

Politische Entscheidungen übertrugen nun der Feuerwehr diesen Bereich des Bevölkerungsschutzes, und so werden Werner Schlüter und seine Helfer bis zum Jahresende mit etwas Wehmut die gesamte Ausrüstung an die Feuerwehr übergeben haben. Für alle steht aber fest, daß die Helfer den Johannitern in den neu strukturierten Einheiten des Bevölkerungsschutzes erhalten bleiben. Danach stellen die Johanniter

Das Spüren von Kampfstoffen (Bild) ist Geschichte, jetzt konzentriert sich die Arbeit der Dortmunder Johanniter auf den Versorgungs- und Betreuungsbereich.

(Foto: Linke)



für den Dortmunder Bevölkerungsschutz drei Transport-, zwei Betreuung- und zwei Verpflegungskomponenten und müssen damit mindestens 48 Helfer von ehemals 156 Helfern für Großschadensereignisse stellen.

Diese neue Konstruktion des Bevölkerungsschutzes wurde von der JUH mit eigenen Materialien und weiterem Personal zu zwei Sondereinsatzsystemen – eins im Rettungsdienst mit etwa 70 aktiven Helfern und zehn Fahrzeugen und eins in der Betreuung von Opfern von

Großschadensfällen mit etwa 50 Helfern und sechs Fahrzeugen – zusammengefaßt. Die schon jetzt in den Rettungsdienst integrierten Einheiten erfüllen die Ziele der Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes in NRW, kleine, flexible Einheiten zu schaffen.

In der JUH Dortmund sind z. Zt. ca. 220 ehrenamtliche Helfer aktiv, weiterhin 40 Mitglieder der Johanniter-Jugend. Erfreulicherweise zeichnet sich ein stetiger Anstieg der ehrenamtlichen Helfer ab.

Roland Schare

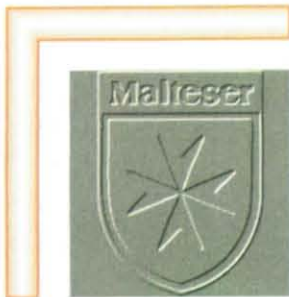
Suppenküche in Sarajewo

Spenden in Höhe von genau 3.993.892,- DM (Stand: 18. Oktober 1995) hat eine gemeinsame Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Bayerischen Rundfunks für die notleidende Bevölkerung in Sarajewo bisher erbracht. Täglich hat das Mittagmagazin der ARD Ende September die Zuschauer über die Not der Menschen in Sarajewo informiert. Friedhelm Brebeck, ARD-Korrespondent in Sarajewo, hat in seinen Beiträgen die Situation der 3.500 Bewohner des von Granateinschlägen gezeichneten Altstadtviertels Vratnik geschildert. Er berichtete über das Schicksal jener Ärmsten der Armen, deren Überleben durch die JUH-Suppenküche mit einer Mahlzeit am Tag jetzt gesichert werden kann: Männer und Frauen über 65 Jahre, Familien und Einzelpersonen ohne jedes Einkommen, kranke und gehunfähige Menschen, Alleinstehende ohne Angehörige und Kinder, deren Eltern kein Geld haben, um Lebensmittel zu kaufen.

Seit dem 2. Oktober werden in der Volksküche zunächst 1.000 Portionen warmer Mahlzeiten täglich zubereitet. Ziel ist es, die Kapazität auf bis zu 3.000 Mahlzeiten täglich zu steigern und auch dafür zu sorgen, daß die Verteilung des Essens an diejenigen, die nicht selber in der Lage sind, sich vor Ort eine Portion abzuholen, gesichert wird.

Die Hilfsaktion wird vom Regionalverband Niedersachsen-Mitte der JUH koordiniert. Von dort sind inzwischen über 24 Tonnen Lebensmittel nach Sarajewo transportiert worden.





Die etwas andere Rettungswache

Malteser auf dem Flughafen in München

Ein wenig spektakulär ist diese Rettungswache schon gelegen. Wer darf im Einsatzfall schon über ein Rollfeld oder gar über eine Startbahn fahren? Da, wo sich ein Rettungswagen neben einem ausgewachsenen Jet wie eine Mücke ausmacht: Vierzehn Rettungsassistenten und -sanitäter sowie sieben Zivildienstleistende bilden derzeit den Personalstamm der neuen Malteser Rettungswache auf dem Flughafen München.

Einem Auftrag des Rettungszweckverbandes Erding gemäß, wurde der Malteser-Hilfsdienst zum 1. Juli 1993 mit dem Betrieb der Rettungswache betraut. Zunächst war viel Improvisationsvermögen gefragt. Ohne ausreichende Infrastruktur mußten die Malteser innerhalb weniger Tage einen Rettungswagen rund um die Uhr einsatzbereit halten und später einen weiteren von 6 Uhr bis 23 Uhr. Dazu wurden in den ersten Wochen organisations-eigene Fahrzeuge und ehrenamtli-

ches Personal eingesetzt. Erst im August konnten Rettungsfahrzeuge des öffentlichen Rettungsdienstes übernommen werden, und auch der Personalstamm wurde schrittweise aufgebaut.

Problematisch gestaltete sich bis vor wenigen Wochen noch die provisorische Unterbringung der Rettungswache in zwei viel zu kleinen Räumen in einer Vorfeldgerätestation im Sicherheitsbereich des Flughafens. Heute ist dieses Problem gelöst, und die Malteser haben eine neue, großzügige und moderne Rettungswache bezogen.

Der „Tunnelretter“

Durch ihre Aufgabenstellung unterscheidet sich die Rettungswache „Flughafen“ in einigen Punkten von den üblichen Einrichtungen des Rettungsdienstes. Neben der notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften liegen die Besonderheiten

in der rettungsdienstlichen Betreuung der Gäste und Mitarbeiter des Flughafens München. Hierbei besteht eine intensive Zusammenarbeit mit dem Flughafenmedizinischen Zentrum (FMZ) der Flughafen München GmbH (FMG), die auch einen Arzt für Notfalleinsätze bereitstellt. Es stehen zwei auf Notarztwagen-Standard aufgerüstete Rettungswagen sowie ein baugleiches Ersatzfahrzeug zur Verfügung. Für Notfälle in den weitläufigen Tiefgaragen mit einer maximalen Durchfahrthöhe von 2,05 Metern ist ein VW-Kranken-transportwagen mit tiefergesetzten Blaulichtern (von den Helferinnen und Helfern liebevoll „Tunnelretter“ genannt) im Einsatz.

Kommunikationsprobleme: Der Flughafen ist größer als Erding

Zwecks Kommunikation mit der Flughafen-Feuerwehr und anderen Sicherheitsdiensten der FMG verfü-

Um ihre Aufgaben zu erfüllen, kooperiert die Rettungswache der Malteser auf dem Münchner Flughafen eng mit dem Flughafenmedizinischen Zentrum und der Flughafen-Feuerwehr.

(Foto: Günther)





gen die Fahrzeuge neben den üblichen Vier-Meter-Band-Funkanlagen auch über flughafeneigene Bündelfunkgeräte. Aufgrund seiner Größe (der Flughafen ist mit 1.500 Hektar Fläche größer als die Kreisstadt Erding mit 28.000 Einwohnern) verfügt der Flughafen neben einem eigenen Vier-Meter-Band-Funkkanal für den Rettungsdienst zusätzlich über ein spezielles Schlitzkabel-Funknetz im Zwei-Meter-Bereich, das von jedem Standort auf dem weitläufigen Gelände aus eine Verbindung zur Leitstelle ermöglicht. Zur Kontaktaufnahme mit der Rettungsleitstelle Erding führt deshalb jedes Auto auch Zwei-Meter-Band-Handfunk-Sprechgeräte mit. Dies ist – weil eine Anfahrt bis an den Notfallort oft nicht möglich ist – dann sehr hilfreich, wenn der Notarzt nachalarmiert werden muß. Diese Einrichtung hat sich bei Einsätzen auf dem sogenannten „Besucherhügel“ und in den Tiefgaragen bisher bestens bewährt.

Gefahrensituationen sind die Ausnahme

Bei gemeldeten Luftnotfällen mit zu erwartender Notlandung obliegt der Rettungswache des Flughafens in Zusammenarbeit mit dem FMZ die Organisation der ersten Hilfsmaßnahmen. Zu diesem Zweck wird zusätzlich der Ersatzrettungswagen der Malteser mit Personal des FMZ besetzt. Die Malteser übernehmen bis zum Eintreffen des organisatorischen Leiters die Leitung des Rettungseinsatzes. Bei der gelungenen Notlandung eines Verkehrsflugzeuges im Herbst 1993, das beim Start in Ägypten ein Rad des Fahrwerks verloren hatte, standen 69 Rettungsfahrzeuge bereit.

Derartige Gefahrensituationen sind aber die Ausnahme des täglichen Dienstbetriebes. Trotz der etwa 12.000 Beschäftigten sind schwere Betriebsunfälle im Flughafenbereich selten. Internistische Notfälle unter den täglich rund 11.000 Passagieren und Verletzungen vom Flughafenmedizinischen Zentrum verursachen den Hauptanteil der Einsätze. Hinzu kommen Notfälle in den Umlandgemeinden oder Verkehrsunfälle auf den Zubringerstraßen. Auch bringen die Malteser Patienten, die mit

Ambulanz- oder Linienflugzeugen landen, in Münchener Spezialkliniken. Die Zusammenarbeit mit der ebenfalls von den Maltesern am Flughafen gewährleisteten Behinderten-Umsteigehilfe ist dabei hilfreich.

Ein echter Synergieeffekt

Die Umsteigehilfe ist seit der Eröffnung des Flughafens im Mai 1992 tätig und war bereits am alten Flughafen in München-Riem etabliert. Sie verfügt über 22 Helfer mit drei Behinderten-Spezialfahrzeugen und bringt auf Anforderung der Fluggesellschaften hilfsbedürftige und behinderte Mitmenschen vom Terminal ins Flugzeug und umgekehrt. Im Falle eines „nicht auszu-schließenden Flugunfalls“ unterstützt die Umsteigehilfe den Ret-

tungsdienst durch den Transport zusätzlichen, zum Aufbau eines Verbandplatzes im FMZ eingelagerten Materials an den Bereitstellungsort – ein echter Synergieeffekt. Die Malteser Dienststelle „Flughafen“ bildet dadurch sowohl im Rettungsdienst als auch mit den Sozialen Diensten eine gut funktionierende Vorsorgeeinrichtung, um das oft beschwerliche Leben am und mit dem neuen Flughafen München für Personal und Fluggäste zu erleichtern.

Jürgen Günther
Rettungsassistent
beim Malteser-Hilfsdienst
Rettungswache „Flughafen“
in Erding

Malteser starten Entwicklungsprojekte in Myanmar

Sie sind die einzige im ehemaligen Burma tätige deutsche Hilfsorganisation

Ab sofort unterstützen die Malteser die katholische Kirche in Myanmar bei der Ausbildung von Gesundheitsarbeitern für Dörfer und Bergregionen, in denen keinerlei Gesundheitseinrichtungen des Staates vorhanden sind. Die Malteser stellen den Gesundheitshelfern die bislang fehlenden medizinischen Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmaterialien und Medikamente. Die Malteser sind derzeit die einzige deutsche Hilfsorganisation, die Entwicklungshilfe im ehemaligen Burma leistet.

„Die Gesundheitssituation im ganzen Land, vor allem aber in den ländlichen Regionen, ist katastrophal“, beschreibt Cordula Blum, die verantwortliche Projektleiterin des Malteser Auslandsdienstes, die Lage. „Überall fehlen Medikamente, medizinische Fachkräfte und medizinisch-technische Gerätschaften.“ Dennoch, so die Malteser, habe ihnen die Militärregierung, bei ihren Versuchen zu helfen, immer wieder Steine in den Weg gelegt. Seit Jahren führe sie einen Kampf gegen demokratische Kräfte und ethnische Minderheiten im Lande. Sie sei verantwortlich für Repressionen und Menschenrechtsverletzungen. Eine Hilfsorganisation, so vermuten die Malteser, sei ihr daher als „Beobachter“ nicht willkommen gewesen.



Künftige Strukturen im Zivilschutz

ARKAT nahm im Innenausschuß des Deutschen Bundestages zur aktuellen Entwicklung Stellung

Die Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages erörterten am 23. Oktober 1995 den abschließenden Bericht zur zivilen Verteidigung vom 27. Juni 1995, mit dem das Bundesministerium des Innern die Gesamtkonzeption über die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland vorgelegt hat.

Die ARKAT war durch den Bundesvorsitzenden Klaus-Dieter Kühn vertreten. Kühn erinnerte in der Aussprache zunächst an den gemeinsamen Beschluß von CDU/CSU, FDP und SPD im Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 3. Juni 1992, wonach selbst unter den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen der erweiterte Katastrophenschutz der erweiterte Katastrophenschutz seine Bedeutung behält und die Bundesregierung aufgefordert wurde, eben dieser Verpflichtung auch künftig gerecht zu werden. Er führte weiter aus, daß der Bund sich seither von diesem Beschluß in erheblichem Umfang gelöst habe.

Personelle, materielle und infrastrukturelle Schutz- und Ausbildungsressourcen wurden abgebaut und damit ein zwar reformbedürftiges, aber immerhin funktionsfähiges bundeseinheitliches Hilfeleistungssystem ohne Vorhandensein eines umsetzungsreifen Gesamtkonzeptes zur Disposition gestellt.

Insgesamt ist der Bundeshaushalt im Einzelplan 36 (Zivile Verteidigung) 1992 von 937 Millionen DM im Ansatz bis 1998 auf 515,9 Millionen DM um 45 Prozent reduziert worden. Die Anteile für den erweiterten Katastrophenschutz vermindern sich hierin überproportional um 52 Prozent auf 124,9 Millionen DM, bezogen auf die Ansätze von 1992. Diese Entwicklung wird zahlenmäßig nur dadurch relativiert, daß die Ansätze für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Zeitraum 1992 bis 1998 auf 164,4 Mil-

lionen DM (plus 46 Prozent) anwachsen sollen. Die ARKAT ist allerdings der Auffassung, daß diese Verteilung der Mittel hinsichtlich der aus Bundessicht lediglich noch zu ergänzenden Fachaufgaben Bergung (THW), Brandschutz, Sanitätswesen, Betreuung, ABC-Dienst (Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Regie) sich im allokativen Verhältnis kaum noch an den Gefahrenpotentialen und Anforderungen in einem Verteidigungsfall orientieren.

Gleichwohl unterstützt die ARKAT die Bemühungen der Bundesregierung, die für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständigen Länder stärker als bisher in die Gesamtverantwortung für ein gemeinsames von Bund und Ländern getragenes Katastrophenschutzsystem einzubinden.

Die Länder haben sich in der Vergangenheit in ihrer Mehrheit überwiegend auf die vom Bund finanzierten Katastrophenschutzpotentiale abgestützt und auf die Schaffung einheitlicher Strukturen verzichtet. Nach der letzten Länderumfrage vom Sommer 1994 waren in den Haushalten der Flächenländer lediglich folgende Haushaltsansätze für Katastrophenschutz zwecke enthalten:

Insgesamt wurden damit 1994 von diesen Ländern nur 32,55 Millionen DM für die Aufgabe Katastrophenschutz aufgewendet.

Alein aus dieser Übersicht ergibt sich, daß die Länder mittelfristig nicht in der Lage sein werden, die drastischen Reduzierungen des Bundes im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes kompensieren zu können.

Auch die Tatsache, daß das BMI den erst 1990 durch die Novellierung des geltenden Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom Gesetzgeber definierten Rahmen in seinen Mindestvorhaltungen inzwischen selbst nicht mehr beachtet, wird in den Ländern nicht dazu führen, vom Bund nicht mehr finanzierte Aufgaben auf entsprechendem Niveau wahrzunehmen.

Vor Ort wirkten die Ankündigungen des BMI häufig verunsichernd, weil es hierfür bisher an rechtsverbindlichen Vorgaben mangelt. In einer Situation, in der geltendes Recht in Erwartung der Neukonzeption nicht mehr angewandt wird und den die Aufgabe tragenden Organisationen zu den geplanten gesetzlichen Änderungen ein offizieller Entwurf nicht einmal vorliegt,

Land	Mio DM	Mio DM/1 Mio Einw.
Baden-Württemberg	2,06	0,20
Bayern	6,45	0,54
Brandenburg	2,95	1,18
Hessen	1,99	0,34
Mecklenburg-Vorpommern	2,43 (ab 1995)	1,35
Niedersachsen	1,05	0,15
Nordrhein-Westfalen	12,32	0,69
Saarland	0,78	0,71
Sachsen	2,63	0,57
Sachsen-Anhalt	1,00 (ab 1995)	0,35
Schleswig-Holstein	0,65	0,24
Thüringen	1,67	0,41

(für Rheinland-Pfalz liegen keine Angaben vor)

fühlen sich die Bürokraten auf Landes- und Kreisebene in ihrem aktuellen Handeln zum Teil auch schon nicht mehr an Recht und Gesetz gebunden. So ist es kein Einzelfall, wenn nachgeordnete Behörden die Auflösung und auch den Trägerschaftswechsel von Einheiten örtlich nach dem Prinzip „Rechtslage folgt Haushaltslage“ vollziehen.

Mit Betroffenheit müssen gegenwärtig die in den kommunalen Regieeinheiten mitwirkenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zur Kenntnis nehmen, mit welcher Geringschätzung Kreise und kreisfreie Städte in einigen Bundesländern mit diesen von ihnen in eigener Trägerschaft verpflichteten ehrenamtlichen Hilfeleistenden umgehen.

Vielen Katastrophenschutzbehörden ist offenbar nicht klar, daß auch die Neukonzeption des Katastrophenschutzes die Mitwirkung von in Regie aufgestellten Fachkomponenten weiterhin vorsieht und deren Mitwirkung im Paragraph 7 a des neuen Gesetzes ausdrücklich bestätigt werden soll. Gemäß der in Paragraph 1 a Abs. 2 KatSG formulierten Aufstellungsvorschrift haben die Katastrophenschutzbehörden nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, mindestens die „konzeptkonformen“ Regieeinheiten weiter beizubehalten.

Eine nachrangige Organisationsform stellen diese Einheiten nämlich nur bis zum Zeitpunkt ihrer Aufstellung dar. Danach genießen die Helferinnen und Helfer der Regieeinheiten denselben Vertrauensschutz wie die Helferinnen und Helfer in den anderen öffentlich-rechtlichen und privaten Trägerschaften auch!

Wesentliche Grundlage für den Bericht zur zivilen Verteidigung ist die von Bundesinnenminister Kanther vorgelegte Konzeption „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“.

Obwohl die Umbrüche in Europa und der Welt neue und vielfältigere Risiken hinsichtlich äußerer Bedrohungspotentiale mit sich brachten, hält das BMI in diesem Programm ein einheitlich gegliedertes Hilfeleistungssystem in Deutschland für nicht mehr erforderlich.

In diesem Zusammenhang sei besonders auch auf die von den Vereinten Nationen erkannte Entwicklung gestiegener Bedrohungspoten-

tiale durch alle Arten von Katastrophen hingewiesen, die eine seitens der Staatengemeinschaft rechtzeitig und langfristig betriebene, wohlkonzipierte und mit angemessenen Mitteln ausgestattete Vorsorgepolitik verlangen.

Sowohl hinsichtlich einer vorsorgerlevanten landesspezifischen Risikowertung, der Sensibilisierung von Bürger und Politik, der notwendigen Beibehaltung von Selbsthilfestrukturen, der baulichen Vorsorge und der Aufrechterhaltung der Befähigung zur Warnung vor Katastrophen, professioneller Ausbildungskapazitäten und materieller Bevorratungen werden gegenwärtig jedoch national alle Aktivitäten quasi antizyklisch zurückgenommen. Es ist zu fragen, ob damit die Bundesrepublik Deutschland nicht Gefahr läuft, langfristig auch international ihre Möglichkeiten zur humanitären Hilfeleistung zu verlieren, wenn national in den genannten Bereichen keine angemessene Kompetenz mehr vorgehalten werden soll.

Die ARKAT hat in der gemeinsamen Besprechung der Hilfeleistungsorganisationen mit dem BMI am 26. Juni 1995 erklärt, zwar mit vielen Zielen des zu entwickelnden neuen Zivilschutzkonzeptes punktuell durchaus übereinzustimmen, gleichwohl hielt der Verband dieses Programm im Detail inhaltlich und von der zu fordernden Abstimmung her noch nicht für umsetzungsreif.

1. Es ist gegenwärtig nicht erkennbar, wie die künftigen Strukturen für ein Bund-Länder-gemeinsames Hilfeleistungssystem aussehen werden und dieses gerade dadurch erreicht werden kann, daß keine bundeseinheitlichen Strukturen mehr vorgegeben werden sollen.

2. Auf die Einschätzung des BMI, daß die ehrenamtlichen Helfer weiterhin tragendes Element des Katastrophenschutzes bleiben und auf keinen Helfer verzichtet werden soll, reagiert die ehrenamtliche Helferschaft vor Ort nur noch mit Wut und Empörung. Tatsächlich geht in Deutschland jeder zweite Helfer verloren, weil die örtlich von der Reduktion betroffenen Helferplätze jetzt meist in anderen Standorten angeboten und neu besetzt werden müssen.

3. Als besonders kontraproduktiv muß der Rückzug des Bundes aus dem gesamten Bereich des fachdienst- und organisationsübergreifenden Katastrophenmanagements (Führung, Kommunikation und Logistik) beurteilt werden. Der damit verbundene Wegfall von 33474 Helferstellen für ehrenamtliche, langjährig und kostenintensiv ausgebildete Führungskräfte bedeutet im Ergebnis nicht nur einen erheblichen Verlust an unwiederbringlichem Humankapital, sondern beinhaltet zugleich auch eine enorme allokativer Verschwendung. Dieses Helferpotential ist nur in seltenen Fällen in der Lage, in niedriger bewerteten Helferfunktionen weiterhin im Katastrophenschutz mitzuwirken.

4. Auch die Vorstellung des Bundes, künftig auf vorhandene Strukturen in den Ländern ergänzend aufbauen zu können, ist zumindest mittelfristig unrealistisch und in den ostdeutschen Bundesländern völlig absurd. Der Bund hat das fehlende Engagement für den Katastrophenschutz in den Ländern über Jahrzehnte geduldet. Wenn der Bund jetzt im Zeitbezug so radikal die von ihm in mehr als 30 Jahren aufgebauten und finanzierten Ressourcen zur Disposition stellt, entzieht er sich nicht nur der ihm nach der Verfassung auferlegten Schutzverpflichtung, sondern hat auch einen deutlichen Rückgang des Schutzniveaus für jeden einzelnen Bürger mit zu verantworten.



Helfen


**für eine
gute Sache!**

Als Gönner im Freundeskreis
der Rettungsdienst Stiftung
Björn Steiger e.V. verbessern
Sie die Notfallhilfe.
Machen Sie mit! Die jährliche
Beitragshöhe bestimmen
Sie selbst. Postscheckkonto
Stuttgart 1222-708.
Stichwort »Freundeskreis«.



Schleswig-Holstein



Großeinsatz für 134 THW-Helfer

Horst. Der 29. Juni ist noch keine Stunde alt, die Sommerhitze ist auch in den Abteilen spürbar. 21 Fahrgäste sind im Regionalzug RE 3581 von Hamburg nach Kiel unterwegs. Lokführer Andreas D. (33) bringt die Diesellok zwischen Wrist und Elmshorn auf die Höchstgeschwindigkeit von 140 km/h. Ein Signal bei Horst gibt freie Fahrt. Um 0.57 Uhr erkennt der Lokführer rote Rücklichter. Kreischend lassen die Räder bei der Notbremsung Funken über die Schienen fliegen. Dann hat die 100 Tonnen schwere Diesellok den stehenden Güterzug erreicht. Es folgt ein im Umkreis von mehreren Kilometern hörbarer Knall. Über die flachen Güterwagen schiebt sich die Lok rund fünf Meter in die Höhe. Das braucht Energie und rettet Lokführer Andreas D. und seinem 43 Jahre alten Kollegen, der mit in der Lok sitzt, das Leben. Die Güterwaggons liegen kreuz und quer auf der Strecke, der erste Eilzugwaggon ist in der Mitte geknickt, der zweite Waggon umgestürzt. Das beherzte und reaktionsschnelle Handeln des Güterzug-Lokführers verhindert eine größere Katastrophe. Mit einer Handlampe läuft er einem Zug aus Hamburg entgegen, so daß dieser rechtzeitig stoppen kann.

Das per Hand auf Grün gesetzte Signal bei Horst war Auslöser dieses Unglücks. Die 21 Fahrgäste sind teilweise schwer verletzt. Anwohner der Bahnstrecke alarmieren die Rettungskräfte. Sie können den Unfallort nur über eine schmale Straße entlang der Bahnstrecke erreichen. Neben zahlreichen Feuerwehren der Umgebung wird um 1.13 Uhr auch das THW Elmshorn alarmiert.

Ab 1.30 Uhr unterstützen Helfer des THW Pinneberg die Elmshorner Helfer. Bei weiteren Aufräum- und Ausleucharbeiten kommen auch THW-Helfer aus Barmstedt und Itzehoe zum Einsatz. Die Rettung der Verletzten gestaltet sich teilweise schwierig. Insbesondere für die Lokführer des Regionalzuges dauert

Tatkräftige Hilfe durch THW-Helfer bei den Aufräumarbeiten.

(Foto: Ley)



das Schreckensszenario weitere zwei Stunden. Die Rettungssanitäter und Notärzte versorgen sie soweit wie möglich, während Feuerwehrleute mit Spreizergeräten an einem ausreichend großen Durchbruch arbeiten, um die Lokführer aus dem völlig zerknautschten Führerstand zu befreien.

Im ersten Waggon sind weitere Verletzte, die nur mit Hilfe von Rettungsschere und -spreizer gerettet werden können. In der folgenden Einsatzphase gilt es, die Gleise wieder freizubekommen. Hier bewähren sich erneut die Brennschneidgeräte, mit denen die THW-Helfer die zerstörten Waggons zerlegen. Es fehlen jedoch die früher im THW üblichen langen Schneideinsätze, um mit größerem Abstand von den abzutrennenden Teilen ungefährdeter arbeiten zu können.

Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG mit Hilfsgeräten sowie ein 150-Tonnen-DB-Kran aus Hannover sind ebenfalls vor Ort. Neben den Räum-

arbeiten auf den Gleisanlagen sorgt der THW-OV Itzehoe für die Ausleuchtung der Unfallstelle, koordinieren Helfer der Fachgruppe Führung/Kommunikation aus Barmstedt den Funkverkehr. Pinneberger Einsatzkräfte übernehmen die Ölschadensbekämpfung auf den Gleisanlagen sowie auf einem angrenzenden Bach.

Für die THW-Helfer endet der Einsatz in Horst am Freitag, dem 30. Juni, um 14.00 Uhr. C.D.

Niedersachsen



Strohballen in Flammen

Northeim. Alarm bei der Northeimer Feuerwehr: „Am Martinsgraben schwelen auf einem Feld Strohballen, verbreiten beißenden Rauch



Das Bergungsräumgerät des THW-OV Northeim unterstützt die Löscharbeiten.

(Foto: Aue)



und gefährden ein anliegendes Gehöft.“ Unter Leitung von Ortsbrandmeister Bernd Kühle rückt die Northeimer Ortswehr zur Brandstelle aus. Zur Unterstützung werden auch Kräfte aus Höckelheim, Sudheim und Langenholtens angefordert. Eine Brandschneise muß gefahren, die mannshohen, schwelenden Ballen Stück für Stück auseinandergezogen und abgelöscht werden.

Alarm auch für das Technische Hilfswerk Northeim. Unter Leitung des Ortsbeauftragten Axel Hühne unterstützen THW-Helfer mit ihrem Bergungsräumgerät die Löscharbeiten. Im vom Löschwasser aufgeweichenen Boden fährt der Radlader durch das brennende Feld, greift glimmende Ballen aus der Reihe und transportiert sie zum Ablöschen zu den Wehren. Immer wieder auch bange Momente: Einmal aufgeladen, entfacht ein Strohballen plötzlich offenes Feuer, und das Fahrzeug zieht eine Spur aus Rauch und Flammen hinter sich her. Im gemeinsamen Einsatz von Feuerwehr und THW wird der Brand am späten Abend gelöscht. M. A.

Bayern



„Metall-Tag“ im Deutschen Museum

München. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Deutschen Museums und der Neueröffnung der Abteilung „Metall“ wurde vom Museum ein Inselfest mit zahlreichen Attraktionen veranstaltet. Das THW war mit rund 130 Helfern vertreten. Durch den THW-OV Traunreuth wurde zum ersten Mal eine freifahrende Fähre auf der Isar gezeigt, deren Aufbau durch den Kran des Ortsverbandes Freising unterstützt wurde. Der Münchner THW-OV Mitte baute über die Isar eine Seilbahn mit Rettungskorb, die den ganzen Tag über von Kindern mit Begeisterung genutzt wurde. Der Ortsverband München-Ost zeigte zusammen mit dem Ortsverband Freising die Arbeit des THW an zwei Schrottfahrzeugen, der Ortsverband



Zum ersten Mal eine freifahrende Fähre auf der Isar.

(Foto: Schwepfinger)

München-West demonstrierte die Arbeit mit der Sauerstofflanze und sorgte für die Verpflegung der Helfer. Der Abbau aller Geräte erfolgte mit Unterstützung des Beleuchtungswagens des Ortsverbandes Dachau bis in die späte Nacht hinein.

Anlässlich der Veranstaltungen konnte auch das erste Mal das Zusammenwirken mehrerer Ortsverbände übergreifend im Sinne der Neukonzeption des THW erprobt werden. Die Erfahrungen waren überaus positiv.

Für das THW war die Veranstaltung sicher eine der gelungensten der vergangenen Jahre. Rund 60.000 Besucher wurden gezählt.

„BR-Familientage“ auf dem Olympia-Gelände

München. Der Bayerische Rundfunk und das Bayerische Fernsehen führten die BR-Familientage „Sam-

ma im Park“ durch. Das THW München wurde um Mitwirkung und Unterstützung gebeten. So wurde auf dem Coubertin-Platz vom THW-OV Freising sowie dem ADAC demonstriert, welche Folgen ein Aufprall eines Fahrzeugs mit 50 km/h gegen eine Mauer hat. Der Aufprall wurde durch den freien Fall eines Pkw's aus zehn Metern Höhe simuliert.

Darüber hinaus bot der THW-OV München-Ost den Besuchern Gelegenheit, einen Radlader mit Hilfe der Fernbedienung zu steuern. Ihre Kletterkünste konnten Interessierte an einem Gerüst des Ortsverbandes München-Mitte testen. Auch die vom Ortsverband München-Mitte errichtete Schaukel fand bei den Kindern viel Zuspruch. Abgerundet wurde die Präsentation des THW durch Vorführungen der Jugendgruppe des Ortsverbandes München-West, die mit vollem Eifer einen Steg, allerdings an Land, bauten.



Zahlreiche Zuschauer beobachten die Aktivitäten des THW auf dem Olympia-Gelände. (Foto: Schwepfinger)



NATO-Expertentagung im neuen Warnamt in Berlin

Warndienst-Kooperation auf internationaler Ebene

Die Herbsttagung 1995 der NATO Group of Experts on Warning and Detection Systems (GOE-WDS) wurde Mitte Oktober in Berlin-Karlshorst erstmals im Bereich des Warnamtes Berlin durchgeführt. Erstmals zu einer Tagung der GOE-WDS eingeladen waren neben Mitgliedsstaaten der NATO und der EU auch Vertreter aus Staaten des ehemaligen Ostblocks, die im Rahmen des NATO-Kooperationsrates (NACC) und des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) heute Kooperationspartner der NATO sind.

Vertreter aus insgesamt 20 Nationen

Im Mittelpunkt der Tagung standen Überlegungen zur Intensivierung internationaler Zusammenarbeit bei Gefahren, die der Bevölkerung im Verteidigungsfall, aber auch in bestimmten friedensmäßigen Schadenslagen drohen können. Eine gemeinsame internationale Übung für das Jahr 1996 wird vorbereitet. Über Fortschritte im Aufbau sinnvoller Systeme zur Gefahrenerfassung und zur Information der Bevölkerung im gegenwärtigen „Kommunikationszeitalter“ wurde ebenso berichtet wie über neue Entwicklungsvorhaben auf diesem Gebiet. Der Informationsaustausch wird zu neuen Erkenntnissen und zur Verbesserung der vorhandenen Systeme führen. Der Bundesrepublik Deutschland dürfte auf diesem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung schon wegen ihrer zentralen geographischen Lage in Europa und ihrer Lage an der Nahtstelle zu den Staaten des früheren Ostblocks zukommen. Möglichkeiten friedensstabilisierender Maßnah-

men ganz im Sinne von Artikel 2 des Nordatlantischen Vertrages werden zu prüfen und im vorgegebenen Rahmen umzusetzen sein.

Neben der Bewältigung der naturgemäß für einen solchen internationalen Rahmen umfangreichen Tagesordnung waren selbstverständlich auch Besichtigungen von Zivilschutzeinrichtungen gerade in der Bundeshauptstadt von Interesse. So fanden Besuche mit interessanten Vorträgen und Führungen beim Leiter der Berliner Feuerwehr und in der dortigen Leitstelle, bei einem Ortsverband der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, beim Bundesamt für Strahlenschutz und in einigen seiner Laboratorien sowie im Warnamt Berlin statt.

Die Fortsetzung der Zusammenarbeit der oben genannten Staaten ist im Arbeitsprogramm des NATO-Zivilschutz-Komitees auch für 1996 vorgesehen. Nächster Höhepunkt für die NATO-GOE-WDS wird die internationale Übung „INTEX '96“ der Warndienst-Organisationen am 16. März 1996 sein; dann werden vor allem Verfahren für radiologische, z. T. auch chemische Ereignisse geübt werden.

Im internationalen Verbund kommt der Zusammenarbeit der Warndienst-Organisationen auch künftig zum Schutz der Zivilbevölkerung eine hohe Bedeutung zu. Auch unter politischen Gesichtspunkten dürfte sie Interesse finden.

Dienstaufnahme des Warnamtes V in Berlin

Anfang Juni d. J. wurde das neue Warnamt Berlin errichtet. Es ist im Dienstgebäude des Bundesamtes für Strahlenschutz – Außenstelle Berlin – untergebracht. Am Gebäude selbst sind noch umfangreiche Sanierungsarbeiten vorgesehen. Der Technikbereich im Untergeschoß steht schon jetzt zur Verfügung. Sieben Mitarbeiter werden zur Zeit von Warnamtsleiter Lutz Günther Protze in ihre Aufgaben eingewiesen.

Schon Anfang Oktober sollen im Zuständigkeitsbereich des Warnamtes, d. h. in der Bundeshauptstadt und in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt, Meßaufgaben übernommen werden. Von hier aus sollen auch künftig Verbindungen zu osteuropäischen Ländern aufgebaut werden.

Die für die Inbetriebnahme der Dienststelle „Berlin“ notwendigen technischen Einrichtungen wurden von dem bisherigen Warnamt V (Linnich) sowie aus dem BZS zur Verfügung gestellt.

Deutscher Gefahrgut-Preis 1995 verliehen

„Gefahrgut“ ist ein Reizthema für die Öffentlichkeit. Und doch sind es Gefahrgüter, die aus unserem Alltag nicht wegzudenken sind: Sei es Treibstoff für Verkehrsmittel, Aceton für den Nagellackentferner oder Sauerstoff für Atemflaschen – diese Produkte müssen vom Produktionsort zum Anwender transportiert werden. Und damit keine Unfälle passieren, bemühen sich Gesetzgeber, Behörden, Industrie und Transportwirtschaft ständig um die Erhöhung der Sicherheit beim Transport solcher Güter.

Diese Bemühungen werden seit 1991 besonders honoriert, nämlich durch die Verleihung des Deutschen Gefahrgut-Preises. Der Preis – in Form einer eigens für diesen Zweck entworfenen und in limitierter Auflage geschaffenen Bronze des bekannten dänischen Bildhauers Keld Moseholm Jorgsen – wurde vom Hamburger Gefahrgut-Magazin „Gefährliche Ladung“ gestiftet.

Am 15. August 1995 wurde der Deutsche Gefahrgut-Preis 1995 vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Manfred Carstens, im Rahmen einer Feierstunde vor mehr als 200 Gästen im Maritim Hotel Bonn an den Leitenden Polizeidirektor Karl Nehmzow verliehen. Der Preisträger ist gegenwärtig Leiter der Wasserschutzpolizei-Schule Hamburg.

Das Wirken von Karl Nehmzow wurde von der elfköpfigen Jury, die sich aus Vertretern der relevanten Gruppen der Gefahrgut-Branche zusammensetzt, deshalb als außergewöhnlich anerkannt, weil er „mehr für die Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter getan hat, als man normalerweise von einem leitenden Beamten einer Überwachungsbehörde erwarten konnte“.

Zu den wesentlichen Initiativen Nehmzows gehörten z. B. das sog. Hamburger Modell der präventiven Beratung und Überwachung vor Beginn der Gefahrgutbeförderung, die gleichzeitigen Kontrollaktionen von Gefahrgut-Containern nach einheitlicher Checkliste in den Häfen



Polizeidirektor Karl Nehmzow nimmt aus der Hand von Staatssekretär Manfred Carstens die Auszeichnung entgegen.
(Foto: Sers)

Hamburg, Bremen, Rotterdam und Antwerpen sowie der Aufbau des EDV-gestützten Gefahrgut-Informationssystems GEGIS für den Hafen Hamburg.

Hubschrauber-Station eingeweiht

„Die Berechtigung des Rettungshubschrauber-Standortes Ingolstadt kann heute niemand mehr ernstlich in Frage stellen“, sagte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich der Einweihung der Rettungshubschrauber-Station „Christoph 32“ in Ingolstadt.

Regensburger erinnerte daran, daß mit der Stationierung des achten bayerischen Rettungshubschraubers am Klinikum Ingolstadt im Jahr 1991 das ursprünglich gesetzte Ziel eines weitgehend flächendeckenden Luftrettungsdienstes in Bayern erreicht und die Lücke in der Luftrettung zwischen den Stationen in Nürnberg und München geschlossen wurde. Der ADAC hatte die Kosten von rund sechs Millionen DM für die Beschaffung des Fluggerätes vom Typ BK 117 und dessen medizinisch-technische Ausstattung aufgebracht. „Es war daher nur konsequent, daß der Rettungszweckverband Ingolstadt die Durchführung des Luftrettungsdienstes dem ADAC übertrug, zumal dieser mit seinem Know-how in der Luftrettung ein kompetenter, fairer und verlässlicher Partner ist.“ Die Krankenkassen tragen die Betriebskosten von jährlich 3,5 bis 4 Millionen DM.

Angesichts der Notwendigkeit, die Finanzierung des Rettungsdienstes langfristig zu sichern, wies Regensburger darauf hin, daß die Staatsregierung keine Möglichkeit sieht, den Luftrettungsdienst in Bayern durch zusätzliche Stationen weiter zu optimieren.

Neues Brandschutzgesetz

Schleswig-Holstein bekommt ein neues Brandschutzgesetz. Die Landesregierung verabschiedete kürzlich einen entsprechenden Gesetzentwurf. Das neue Brandschutzgesetz bringt Rechtssicherheit für die Feuerwehren, weil Aufgaben, die bisher freiwillig wahrgenommen wurden, nun auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß künftig neben der Brandbekämpfung auch die Hilfe bei sonstigen Not- und Unglücksfällen, die Brandschutz-erziehung und -aufklärung sowie die Mitwirkung im Katastrophenschutz zu den gesetzlichen Aufgaben der Feuerwehren zählen. Die Kommunen im Lande wenden für ihre Feuerwehren insgesamt rund 200 Millionen Mark im Jahr auf. Das Land beteiligt sich an Investitionen der Gemeinden in ihre Feuerwehrhäuser, Fahrzeuge und Gerät sowie an den Ausbildungskosten an der Landesfeuerwehrschule in diesem Jahr mit rund 23 Millionen Mark. Diese Mittel kommen aus der Feuerschutzsteuer.

Bayern: Gleichwertige Grundversorgung

Die Neukonzeption des verteidigungsfallbezogenen sog. erweiterten Katastrophenschutzes durch den Bund wird vom Bayerischen Innenministerium zum Anlaß genommen, die künftig noch vom Bund finanzierte Ausstattung nach gleichmäßigen Kriterien bedarfsgerecht zu verteilen. Die bislang bei den Feuerwehren und Sanitätsorganisationen stationierten 1.465 Fahrzeuge

(künftig: 1.355) in Bayern sind ungleichgewichtig und unsystematisch verteilt. So gibt es derzeit in elf Landkreisen und kreisfreien Städten mehr als fünf Löschfahrzeuge, während in 46 weiteren kein einziges vorhanden ist. Ein hierzu vom Innenministerium erarbeitetes Verteilungskonzept wurde am 11. Juli im Innenausschuß des Landtags vorgestellt. Demnach soll in allen 96 Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns eine gleichwertige Grundversorgung sichergestellt werden.

Zentralwerkstatt übernommen

Die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Krumbach (KatS-ZW) sowie das Personal wurde vom Landkreis Günzburg übernommen. In seiner Sitzung vom 19. Juli 1995 stimmte der Kreistag des Landkreises Günzburg einer Übernahme zum 1. Oktober 1995 zu. Liegenschaft und Ausstattung gehen in den Besitz des Landkreises Günzburg über. In einer Pressekonferenz betonte Landrat Dr. Georg Sinnacher, daß die neugeschaffene „Schwäbische Zentralwerkstätte Krumbach“ kein Konkurrenzunternehmen für die gewerbliche Wirtschaft darstelle, da deren Leistungsangebot nicht vergleichbar sei. Laut Sinnacher ist mit der Übernahme auch beabsichtigt, einen Pool gemeinsamer Dienste zur technischen Betreuung von Kreiseinrichtungen aufzubauen und einen täglich geöffneten Wertstoffhof anzubieten.

Die KatS-ZW Krumbach ist für den Regierungsbezirk Schwaben zuständig. Sie betreut die Kraftfahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes ebenso wie das Fernmelde- und Atemschutzgerät der entsprechenden Fachdienste. Seit 1967 ist die KatS-ZW in Krumbach beherbergt. Ursprünglich sollte die Zentralwerkstatt als jüngste und modernste der insgesamt fünf bayerischen Einrichtungen im Zuge der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes bis spätestens 1999 aufgelöst werden.

Der Verkehrswert der Liegenschaft mit Ausstattung beläuft sich auf 4 Millionen Mark. Symbolischen Charakter hat der Übernahmepreis

von nur einer Mark. „Dies erleichterte die Entscheidung der Kreisgremien“, betonte der Landrat.

Für die Übernahme des Personals durch den Kreis wurde mit dem Freistaat Bayern ein Personalabsicherungsvertrag abgeschlossen. „Der Status der 15 Beschäftigten bleibt gewahrt, an der Leitung wird sich nichts ändern,“ sagte Dr. Sinnacher.

Ein wichtiger Punkt bei der Entscheidung sei auch gewesen, daß der Werkstatt die Aufträge des Bundes und der Einheiten des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes erhalten bleiben. Rund 340 Fahrzeuge werden derzeit von der Krumbacher Werkstatt betreut. Werkstattleiter Rudolf Jörgl strebt für die Zukunft 600 Fahrzeuge an, erst mit dieser Zahl könne man wirtschaftlich arbeiten. Dr. Sinnacher ergänzte, daß die Werkstatt künftig auch für Kommunal- und Feuerwehrfahrzeuge u. ä. offen sei.

Jahrestagung

In Friedrichshafen am Bodensee fand die diesjährige Tagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM) statt. Zwei Hauptthemen bestimmten den Fortbildungstag: Die Bereitstellung von Containersystemen zur Bildung von Feldhospitälern und die Telemedizin.

Prof. Stöcker, Bad Saarow, Prof. Domres, Tübingen, und Dipl.-Ing. Gerland, Friedrichshafen, beleuchteten die Einsatzmöglichkeiten von Containern im Katastrophenfall. Sie seien ideal dazu geeignet, um bei einer Großschadenlage rasch und effizient medizinische, insbesondere chirurgische und anästhesiologische Hilfe vor Ort zu bringen, betonte Prof. Stöcker. Die Container müßten aber bestimmten Grundvoraussetzungen hinsichtlich der Hygiene, des Gewichts und der Abmessungen entsprechen und auf Lastkraftwagen, Flugzeugen und Schiffen verlastbar sein. Dies wiederum würde bedeuten, so Dipl.-Ing. Gerland, daß die ISO-Norm von Containern eingehalten werden muß. Auch dürften sie nicht schwerer als 3,4 Tonnen im Eigengewicht sein. Gerland stellte Container in der Praxis vor und demonstrierte die Unabhängigkeit

von externen Ressourcen wie Strom, Sauerstoff und Druckluft.

Zum Thema Telemedizin erläuterte Major D.D. Gilbertson von der amerikanischen Army die Möglichkeit, Bilder und Videoaufzeichnungen von Patienten auf dem afrikanischen Kontinent „online“ mit Spezialisten in amerikanischen Hospitälern zu diskutieren. Hier würde sich eine Chance eröffnen, Expertenwissen auch in abgelegenen Not- und Katastrophengebieten in Anspruch zu nehmen.

Dipl.-Ing. Jarsch, Friedrichshafen, sprach über die verschiedenen Möglichkeiten, Daten, Sprache sowie Bilder per Funk und per Satellit zu übermitteln und wies dabei auf die erheblichen Unterschiede bei den Nutzungsgebühren hin.

Die anspruchsvollen Erwartungen zur Telemedizin wurden von H. Zimmermann, Genf, gedämpft. Zimmermann, bei den Vereinten Nationen in Genf zuständig für den Bereich „Emergency Communications“, zeigte auf, daß die rechtlichen Gegebenheiten in einem von einer Katastrophe betroffenen Land sehr oft den Einsatz von Funk- und Fernmeldeanlagen der Hilfsorganisationen behindern. Nötig sei eine internationale Vereinbarung, die sicherstellt, daß staatliche und nichtstaatliche Hilfsorganisationen ihre Kommunikationsanlagen bei Katastropheneinsätzen auch im Ausland frei nutzen können, wie dies bereits für den internationalen Seenotfunkverkehr geregelt ist.

Detailliertere Informationen zur Tagung können bei der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin, c/o Dr. med. Frank Marx, Notteboomstege 1, 46485 Wesel, angefordert werden.

Jetzt drei Feuerwehrschulen in Bayern

Die dritte bayerische Feuerwehrschule in Geretsried bei Wolfratshausen hat am 11. September 1995 ihren Lehrgangsbetrieb aufgenommen. Mit der Eröffnung der Feuerwehrschule Geretsried besitzt der Freistaat Bayern neben den Schulen in Lappersdorf bei Regensburg und



Feuerwehrleute bergen während einer Notfallübung am 7. September 1995 auf dem Flughafen Frankfurt „eingeklemmte Opfer“. Als Unglücksfall wurde ein Landeunfall, bei dem ein Airbus 320 mit einem Vorfeldgebäude kollidierte, simuliert. Rund 150 Kräfte und mehrere Rettungshubschrauber waren im Einsatz. Mit der Übung erprobte die Flughafen AG erstmals die Zusammenarbeit der eigenen Rettungskräfte mit der Berufsfeuerwehr und Hilfsorganisationen aus dem Flughafen-Umland. (Foto: dpa)

Würzburg eine weitere bayerische Feuerweherschule, vorwiegend für den südbayerischen Raum. Der Freistaat Bayern nutzt damit die bisherige Katastrophenschutzschule Bayern nunmehr für Feuerwehrzwecke, nachdem der Bund infolge der Neukonzeption des Zivilschutzes den Lehrbetrieb zum 30. Juni 1995 eingestellt hat.

Aus diesem Anlaß empfing Innenstaatssekretär Hermann Regensburger den neuen Leiter der Feuerweherschule, Bauoberrat Horst-Eberhard Dolle, zu einem Vorstellungsgespräch. Regensburger: „Wir betrachten den Rückzug des Bundes aus dem Schulbetrieb in Geretsried als Chance, die Ausbildungsmöglichkeiten für unsere bayerischen Feuerwehren weiter zu verbessern. Mit dem unmittelbar bevorstehenden Erwerb der Geretsrieder Schule vom Bund und der Fortführung der Schule als Feuerweherschule mit Katastrophenschutzkomponente werden die Folgen der Umstrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes ausgeglichen und gleichzeitig die Ausbildungssituation für die Feuerwehren verbessert.“

Seit Anfang September leitet Horst-Eberhard Dolle die Feuerweherschule Geretsried. Der gelernte Bauingenieur kann auf vielseitige berufliche Erfahrungen zurückgreifen. So arbeitete er zuvor im Bonner Amt für Brand- und Katastrophenschutz

und leitete später das Amt für Brand- und Zivilschutz der Stadt Saarbrücken. Seit März 1993 leitete Dolle auch die Feuerweherschule des Saarlandes.

Die Feuerweherschule Geretsried wird in ihrer Aufbauphase erst mit 40- bis 50prozentiger Kapazität betrieben. Das Personal muß teils noch eingestellt werden, teils müssen die bisherigen Mitarbeiter der Katastrophenschutzschule Bayern entsprechend umgeschult werden. Dennoch begann am 25. September der erste Feuerwehr-Lehrgang. Weiterhin wird es in Geretsried neben der Feuerwehrausbildung auch Ausbildungsangebote im Bereich des Katastrophenschutzes geben.

Regensburger: „Daß ein Vierteljahr nach Beendigung des Ausbildungsbetriebes der Katastrophenschutzschule Bayern bereits der Lehrbetrieb an der Feuerweherschule Geretsried beginnen konnte, ist vor allem auch auf den engagierten Einsatz des Personals der Feuerweherschulen Regensburg und Würzburg zurückzuführen, das in Geretsried wertvolle ‚Aufbauhilfe‘ leistete.“ Besonders dankte Regensburger in diesem Zusammenhang dem Leiter der Feuerweherschule Regensburg, Dipl.-Ing. Rieck, der bislang kommissarisch die Feuerweherschule in Geretsried leitete, und Dipl.-Ing. (FH) Bauer, Feuerweherschule Würzburg, für ihren unermüdlichen Einsatz.

„Freie Fahrt für schnelle Hilfe“

Zur Eröffnungsveranstaltung der bundesweiten Aktionswoche „Freie Fahrt für schnelle Hilfe“ des Deutschen Feuerwehrverbandes am 13. September 1995 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg konnte der Präsident des Verbandes, Gerald Schäuble, zahlreiche Gäste begrüßen, an ihrer Spitze CDU-Bundestagsabgeordneter Wilhelm Josef Sebastian, Vertreter des Verkehrsausschusses, Staatssekretär Joachim Westermann, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes NRW, sowie der Erste Vizepräsident des ADAC, Rolf Peter Rocke.

Schäuble führte in seiner Ansprache u. a. aus, der Begriff „Aktionswoche“ solle die traditionelle Brandschutzwoche, die alle zwei Jahre stattgefunden hätte, ablösen, „damit deutlich wird, daß die Feuerwehren ihr Tätigkeitsfeld weit über den Brandschutz hinaus ausgedehnt haben und auf vielen Feldern der Hilfe tätig sind“. Die Feuerwehr-Aktionswoche solle allen Bürgern klarmachen, daß ihr Verhalten schadensmindernd, ja überlebenswichtig sein kann, wenn sie mit ihrem Verhalten jederzeit schnelle Hilfe möglich machen.

„Leider haben sich im Straßenverkehr die Sitten, auch wenn es nur um eine Minute Freizeit geht, in Richtung ‚Ego‘ entwickelt. Verkehrsverdichtete Straßen lassen kein Durchkommen mehr zu. Trotz der Dichte sollte aber die Bildung einer Rettungsgasse möglich sein.“ Auch die Gestaltung von verkehrsberuhigten Räumen, wie z. B. Fußgängerzonen, sei eines der Haupthindernisse für schnelle Hilfe, sagte Schäuble.

Anschließend führte Staatssekretär Westermann aus: „Der Pkw-Bestand übertrifft alle bisherigen Prognosen. Bis zum Jahre 2010 soll sich die Zahl der zugelassenen Pkw in Deutschland bei unveränderten Rahmenbedingungen um ein Drittel auf rund 47 Millionen erhöhen. Wir müßten dann zwölf Millionen Pkw mehr als heute auf den Straßen und Parkplätzen unterbringen.“ Auch der Güterverkehr werde sich Schätzungen zufolge in den nächsten zehn Jahren um etwa 40 Prozent erhöhen.

Dies würde nicht nur zu erhebliche Probleme im Verkehrsablauf, sondern auch im ruhenden Verkehr führen.

Um die Situation der Rettungsdienste zu verbessern und freie Fahrt für schnelle Hilfe zu gewährleisten, sei Information notwendig. Die Landesregierung habe zahlreiche Aufklärungsinitiativen ergriffen gegen das ordnungswidrige Parken, einen der Hauptfaktoren, die die Verkehrssicherheit und die Hilfsdienste beeinträchtigen würden. Westermann spricht sich dafür aus, das Freihalten der Rettungswege von Falschparkern als lebensrettende Notwendigkeit stärker in die Aufklärungsarbeit einzubeziehen.

Schon seit Jahrzehnten gäbe es zwischen den Aufgaben von Feuerwehr und ADAC zahlreiche Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte, die auf regionaler Ebene zur praktischen Zusammenarbeit geführt hätten, sagte der Erste Vizepräsident des ADAC, Rocke, in seinem Statement. „Deshalb wird es höchste Zeit, daß wir auch auf Bundes- und Verbandsebene die Möglichkeit zur Zusammenarbeit systematisch erschließen.“ Er kündigte hierzu die Bereitschaft des ADAC an und unterbreitete einen konkreten Vorschlag für die praktische Zusammenarbeit.

Um den örtlichen zuständigen Kommunalpolitikern und Beamten eindrucksvoll die Probleme des Rettungsdienstes zu vermitteln und aufzuzeigen, mit welchen konkreten verkehrstechnischen Problemen die

Rettungsdienste fertig werden müßten, schlug Rocke vor, gemeinsam einen Videofilm über diese typischen Probleme zu produzieren, der bei Bedarf überall vor Ort in den Kommunen gezeigt werden könne. Ein Film wirke erfahrungsgemäß besser als jedes gesprochen oder geschriebene Wort. Es komme dabei darauf an, die rettungsmedizinischen und verkehrstechnischen Fachkenntnisse und Praxiserfahrungen von ADAC und Feuerwehr zusammenzuführen. Der ADAC sei bereit, den verkehrstechnischen Anteil der Produktionskosten zu übernehmen.

Rettungswagen im Baukastensystem

Vier Prototypen verschiedener Hersteller für Rettungswagen in sogenannter Modulbauweise hat Innenstaatssekretär Hermann Regensburger in München vorgestellt. Die neuen Rettungswagen „im Baukastensystem“ bestehen aus drei zusammengesetzten und jederzeit unabhängig voneinander austauschbaren Teilen: Dem sogenannten „Triebkopf“ mit Fahrerkabine und Motor, einem Tiefrahmenfahrzeuggestell sowie einer aufgesetzten „Patientenzelle“, also dem eigentlichen Behandlungsraum. Die rund 150.000

DM teuren Fahrzeuge sollen den Rettungsdienst effizienter und wirtschaftlicher machen.

Laut Regensburger haben Motor und Fahrwerk von Rettungswagen, die zum Beispiel im Großstadtbereich München eingesetzt sind, nach etwa vier Jahren ausgedient. Bisher werden diese Fahrzeuge mehr oder weniger komplett ausgesondert, da wegen der festen Verbindungen der Einbauten dem Fahrzeug eine teilweise Wiederverwendung der Ausrüstungsteile in der Regel ausscheidet. „Von den neuen Rettungswagen erhoffe ich mir die problemlose Wiederverwendung der sogenannten ‚Patientenzelle‘, wenn Motor oder Unterbau eines Fahrzeuges den Dienst versagen. Das führt zu Kosteneinsparungen, aber auch zu Schonung von Ressourcen“, formulierte Regensburger das von Innenministerium, Notärzten und Rettungsdienst-Organisationen gemeinsam verfolgte Ziel.

Auch im Detail sind die neuen Fahrzeuge den Neuerheiten gespickt. So wurden Innenraum und Hecköffnungen noch bedienungsfreundlicher gestaltet. Durch das Tiefrahmenfahrzeuggestell liegt die Ladekante niedriger, was dem leichteren und schnelleren Einladen von Patienten dient. Außerdem weisen die Fahrzeuge von außen zugängliche Stauräume und teilweise sogar Luftfederung auf.

Die neuen Fahrzeuge werden von den Rettungsdienst-Organisationen und Notärzten bereits erprobt.

Termine

4. Dezember 1995 bis Februar 1997: Berufsbegleitende Fortbildung „Management im Rettungsdienst“ in Köln
Info: Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V., Bildungswerk, Sülzburgstraße 140, 50937 Köln

10. und 11. Februar 1996 (Ausweichtermine 2. und 3. März): 9. Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften in Klingenthal (Sachsen)
Info: Begegnungszentrum für Jugend/Umwelt/Sport, Floßgrabenweg, 08248 Klingenthal/Mühlleithen, oder Landesfeuerwehrverband Sachsen, Großenhainer Straße 49, 01662 Meißen, oder Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

22. bis 24. April 1996: 2. Internationale Konferenz „Local Authorities confronting Disasters and Emergencies“ in Amsterdam (NL)

Info: Ministry of the Interior, ICLA Conference Office, P.O. box 20011, NL 2500 AE The Hague

11. bis 14. Juni 1996: Internationale Fachmesse für Sicherheit, Objekt- und Personenschutz „Sicur 96“ in Madrid (E)
Info: fair Team, Viaduktstraße 60, CH 4011 Basel

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, 45127 Essen: 5. und 6. Dezember 1995: Notfallorganisation in Krankenhaus, Alten- und Pflegeheimen. – 5. und 6. Dezember 1995: Zündgefahren durch Funken, Maßnahmen zum Explosi-

onsschutz. – 7. und 8. Dezember 1995: Umweltschutz durch Brandschutz. – 21. und 22. Februar 1996: Theorie und Praxis des vorbeugenden Brandschutzes. – 29. Februar 1996: Vorbeugender Brandschutz bei Planung, Genehmigung und Ausführung von Bauvorhaben. – 4. März 1996: Brandschutz in Verkehrstunnelanlagen.

Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 73748 Ostfildern: 4. und 5. Dezember 1995: Umweltschutz durch Brandschutz.

Verband der Sachversicherer e.V., Pasterstraße 17a, 50735 Köln: Fachtagungen: 5. und 6. Dezember 1995: Feuerlöchanlagen; 13. Dezember 1995: Brandmeldeanlagen.

Luftrettung

*Geschichte-Technik-Organisation
Von Bernd Biege
Stumpf & Kossendey GmbH,
26183 Edewecht*

Luftrettung – ein für Fachleute und Laien gleichermaßen interessantes Thema. Vor allem der Rettungshubschrauber ist für viele Menschen zum Inbegriff der medizinischen Hilfe auf dem schnellsten Wege geworden.

Dieses Buch stellt erstmals die fliegenden Retter in ihrer gesamten Bandbreite vor: ihre geschichtliche Entwicklung, die verwendeten Helikoptertypen und nicht zuletzt die Luftrettungssysteme in allen fünf Kontinenten.

Gefährliche Stoffe und Güter

*Von Gisbert Rodewald
und Reiner Heuschen
Verlag W. Kohlhammer,
70565 Stuttgart*

Das Buch gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand der einsatztaktischen und -technischen Möglichkeiten, mit denen Feuerwehr und Hilfsorganisationen im Einsatz den Gefahren durch gefährliche Stoffe und Güter begegnen können.

Die Erörterung der gesetzlichen Grundlagen sowie die Darstellung der Einsatzvorbereitung und der durchzuführenden Maßnahmen entsprechend den Feuerwehr-Dienstvorschriften machen das Buch zu einem wertvollen Hilfsmittel für die Ausbildung, aber auch für die Planung und Durchführung von Einsätzen.

Lieber einmal zuviel reanimiert . . .

*Das Beste aus 10 Jahren „OLAF“
Von Ralf Schnelle
Stumpf & Kossendey GmbH,
26183 Edewecht*

10 Jahre „OLAF“ alias Ralf Schnelle – in diesem witzigen Sammelband sind die besten Karikaturen des Zeichners und Mediziners zusammengestellt. Zusätzlich wurden viele neue Cartoons mit aufgenommen. Es finden sich bissige und humorvolle Darstellungen zum All-

tag im Rettungsdienst, zur Ausbildung, zur Technik oder zur Geschichte der Notfallmedizin. Gezeichnet von einem Grafiker, der als Rettungssanitäter und Notarzt weiß, wovon er spricht.

Handbuch der Feuerwehr-Fahrzeugtechnik

*3. Auflage
Von Manfred Gibl
Verlag W. Kohlhammer,
70565 Stuttgart*

Das Handbuch erschien erstmals im Jahre 1982. Verlag und Autor haben das nunmehr in der 3. Auflage vorliegende Werk gründlich durchgesehen und ergänzt. Gerade im deutschen Normenwerk waren seit der letzten Auflage 1987 im Zuge der sogenannten Typenreduzierung erhebliche Veränderungen eingetreten.

Die auf europäischer Ebene zu erwartenden Anforderungen an Fahrzeuge und Geräte wurden, soweit möglich, bereits berücksichtigt. Zum Verständnis der europäischen Normungsarbeiten erschien die Aufnahme eines gesonderten Kapitels über DIN- und CEN-Normung zweckmäßig. Die Tabellen im Anhang wurden auf den aktuellen Stand gebracht, so sind z. B. auch die Löschboote der neuen Bundesländer aufgenommen.

Menschliche Begleitung und Krisenintervention

*Von Bernd Fertig
und Hanjo von Wietersheim
Stumpf & Kossendey GmbH,
26183 Edewecht*

Nach einer jahrzehntelangen Fixierung auf die rein technische und medizinische Rettung wird in letzter Zeit die Notwendigkeit auch der seelisch-psychischen Hilfe in Notsituationen immer deutlicher erkannt. Es stellt sich aber die Frage, wie der Forderung nach einem ganzheitlichen Konzept für die seelische „Erste Hilfe“ nachgekommen werden kann.

Das vorliegende Werk, konzipiert als Arbeitsbuch für Ausbildung und Praxis, gibt verständlich und anschaulich alle Informationen, die für den Ausbau dieses Bereiches benötigt werden. Neben einer

Bestandsaufnahme der bisherigen Anstrengungen in der Krisenintervention und Notfallseelsorge gibt es Tips und Hinweise, die Möglichkeiten der seelisch-psychischen Hilfe in allen Bereichen der Medizin, der Fürsorge und der Rettung zu nutzen.

Handbuch für Schnell-Einsatz-Gruppen

*2. Auflage
Von Thomas Mitschke
und Hanno Peter
Stumpf & Kossendey GmbH,
26183 Edewecht*

Das vorliegende Handbuch soll bei der Einrichtung einer Schnell-Einsatz-Gruppe eine Hilfe sein. Es soll aber auch denjenigen nutzen, die ihre Konzeption überprüfen wollen und dabei vor Korrekturen nicht zurückschrecken.

In zehn Kapiteln behandeln verschiedene Autoren alle wichtigen Aspekte, die für eine Schnell-Einsatz-Gruppe von Bedeutung sind. Im elften Kapitel werden einige Schnell-Einsatz-Gruppen vorgestellt. Im letzten Kapitel schildern Mitglieder von Schnell-Einsatz-Gruppen ihre Einsatzerfahrungen und Lehren aus diesen Einsätzen.

Feuerwehrliebe

*Eine Entwicklungsgeschichte
Von Thomas W. Herminghaus
Florian International,
63112 Dietzenbach*

Das Werk war bald nach seinem Erscheinen 1982 vergriffen. Jetzt ist es unter Verwendung der Original-Druckunterlagen noch einmal nachgedruckt worden.

Das Buch zeichnet die Geschichte des Feuerwehrliebes anhand von über 300 Abbildungen auf. Historische Darstellungen sind dabei ebenso zu finden wie Helme, die heute noch getragen werden. Der Schwerpunkt der Berichterstattung liegt aber eindeutig bei inzwischen ausgemusterten Helmgenerationen.

Das Buch ist gleichermaßen interessant für Sammler von Helmen und Militaria, für Historiker der Feuerwehr und nicht zuletzt für diejenigen, deren Leben und Gesundheit oft vom Helm abhängt: für die Feuerwehrleute selbst.

Für Sie gelesen

**Lehrstoffmappe
Truppmann/Truppführer**
Landesfeuerwehrverband
Nordrhein-Westfalen e.V.,
59063 Hamm

Mit der Mappe soll die Feuerwehr-Dienstvorschrift 2/2 ergänzt werden. Die Ausbildungsinhalte sind auf die weitgespannte allgemeine Aufgabenstellung der Feuerwehr ausgerichtet. Auch die besondere Ausbildung im Rahmen des Katastrophenschutzes wird behandelt.

Mit den Lernunterlagen hat der Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen 1978 den Versuch unternommen, im Verbandsbereich eine gleichartige schulische Standortausbildung aller Feuerwehren zu erreichen. Daß dies gelungen ist, zeigt das große Ausbildungsinteresse, welches dazu führte, daß bereits sieben Neuauflagen dieser Lernunterlagen erforderlich wurden, die inzwischen auf Empfehlung des Deutschen Feuerwehrverbandes in allen Landesfeuerwehrverbänden sowie im deutschsprachigen Ausland verwendet werden.

**Schadensverteilung
bei Verkehrsunfällen**
Von Bernd Christian Splitter
ADAC-Verlag, München

Das ADAC-Handbuch verschafft einen Überblick über die aktuelle Schadensabwicklung bei Verkehrsunfällen und dient so als Leitfadens. Es vermittelt durch Fallbeispiele – jeweils mit grafischer Darstellung der Unfallsituation, Haftungsquoten und Entscheidungsbegründung – einen Überblick über die geltende Rechtsprechung.

Sämtliche einschlägigen Paragraphen sind im Wortlaut wiedergegeben. Praktikable Tabellen, z. B. Geschwindigkeit/Bremsweg, ein detailliertes Stichwortregister, Literatur- und Zeitschriftenhinweise machen das Buch zu einem Nachschlagewerk für jeden Kraftfahrer.

Achtung die Wache
Alltag bei der Feuerwehr
Von Hartmut Holder
Motorbuch-Verlag, 70180 Stuttgart

Retten, Löschen, Bergen und Schützen sind die zentralen Aufga-

ben der Feuerwehr. In Deutschland sind nahezu 1,2 Millionen Menschen in Feuerwehren organisiert, die Mehrzahl in 23.000 Freiwilligen Feuerwehren. Gemeinsam mit über 100 Berufsfeuerwehren sind sie stets einsatzbereit. 2,9 Millionen Mal gibt es jedes Jahr Alarm in der Wache. Die Neuerscheinung zeichnet in interessanter und detailreicher, mit zahlreichen Farbfotos illustrierter Darstellung ein realistisches und zugleich faszinierendes Bild der modernen Feuerwehr, deren Aufgabe heute weit über den Bereich einer Löschtruppe hinausgeht. Eine aktuelle Darstellung, gewidmet den zahllosen Helfern in der Not.

Feuerwerker im Einsatz
Die Kampfmittelbeseitigung in
der Bundesrepublik Deutschland
von 1945 bis 1993
Von Wolfgang Thamm
Verlagsgruppe Zeller,
49009 Osnabrück

Mit der Lektüre des vorliegenden Buches wird dem interessierten Leser ein Schlüssel in die Hand gegeben, der es ihm erlaubt, sich intensiv in die Geschichte eines der bedeutenden Sonderbereiche der deutschen Feuerwerkerei einzuarbeiten. In ein Thema, in das der Zutritt wegen der nur spärlich vorhandenen Informationsquellen selbst Fachkundigen bislang verwehrt geblieben ist.

Dem Autoren, selbst kompetenter Kampfmittelbeseitiger, ist es nach Jahren aufwendiger Recherche gelungen, die historische Aufarbeitung dieses wichtigen Kapitels deutscher Feuerwerkergeschichte zu bewältigen und mit dem Erscheinen dieses Fachbuches erfolgreich abzuschließen.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Schneider
**Sammlung gerichtlicher
Entscheidungen**
10. Ergänzungslieferung
Landesfeuerwehrverband
Nordrhein-Westfalen e.V.,
59063 Hamm

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 200161
53131 Bonn
Telefon (0228) 940 - 0
Telefax (0228) 940 2702

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz,
Deutschherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“
erscheint viermal jährlich, jeweils in
der Quartalsmitte.

Chefredakteur:
Peter Eykmann

Redaktion:
Paul Claes (cl)
Günter Sers (güse)

Layout:
Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Druckhaus Coburg
Postfach 1525
96405 Coburg
Telefon (09561) 86 35 - 0
Telefax (09561) 86 35 - 44

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit Ge-
nehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung des Verfassers
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei Störung
des Arbeitsfriedens besteht kein
Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

Heute: Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS (MD 170 D 11)

Die Brandschutz-Einheiten des Katastrophenschutzes verfügen über je zwei LF 16-TS in ihren Löschgruppen. Am bekanntesten sind die bisher ausgelieferten Fahrzeuge auf MB 1113 B, MD 170 D 11 und IM 90-16. Die Aufbauten stammen dabei von Lentner und von Magirus. Gemäß Norm besteht die Besatzung der LF 16-TS aus neun Mann. Die Fahrzeuge sind gemäß Feuerwehr-richtlinien in Rot (RAL 3000) mit weißen Kotflügeln und Stoßstangen lackiert.

Das Modell

Lange warten mußten Modellfreunde auf das LF 16 der Firma Roco im Maßstab 1:87 (Best.-Nr. 1396), das als Grundmodell für das KatS-Fahrzeug in Frage kommt. Im wesentlichen entspricht dieses Modell dem Vorbild des Magirus-Deutz 170 D 11. Die „TS“-Version muß allerdings entsprechend ergänzt werden.

Dazu erfolgt zunächst ein Vorsetzen der Frontstoßstange um etwa drei Millimeter. Entsprechende Verklebungen können unterhalb der Stoßstange mit dünnen Plastikstreifen oder -stangen vorgenommen werden. Oberhalb der Stoßstange wird im Bereich des Kühlergrills der Pumpenanschluß-Kasten aufgesetzt. Er muß in den Maßen ca. 12 mm Länge, 3 mm Breite und 4 mm Höhe mittels Plastikplatten selbst gebaut werden. Für die Front des Kastens eignet sich auch das Mittelstück des LF-16-Kühlergrills mit Schriftzug und Emblem „Magirus Deutz“. Nicht vergessen werden darf der Schlauchanschlußstützen in der Stoßstange selbst (Loch, Kupplungsende eines Saugschlauches aus dem Feuerwehrzubehör). Der Anschlußbereich der Stoßstange wird mit Riffblech (Klebefolie) abgedeckt.

Die Lackierung des LF 16-TS erfolgt wie üblich in RAL 3000 mit weißen Stoßstangen und mit den bekannten Detaillierungen. Nicht vergessen werden sollte die farbliche

Absetzung der Leitern (rot und/oder schwarz). Beschriftungssets für Feuerwehr und KatS-Fahrzeuge gibt es von den bekannten Herstellern (z. B. Müller, Preiser).



LF 16-TS der FF Lahr auf MD 170 D 11. Im Modell muß der Frontaufbau selbst gefertigt werden.



Das LF 16-TS wird von „Modell“-Fans ausgiebig begutachtet.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. Februar 1996

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: Druckhaus Coburg
Postfach 1525, 96405 Coburg
Vertriebskennzahl Z 2766 E



Rund 200 Sanitätshelferinnen und -helfer aus 20 Diözesen des Malteser-Hilfsdienstes trafen sich in Landshut zum 10. Bundeswettbewerb der Sanitätsgruppen. Ausrichter des im zweijährigen Rhythmus veranstalteten Wettbewerbs war die Diözese Regensburg, die mit der Mannschaft aus Niederaichbach / Landkreis Landshut den Sieger des vergangenen Wettbewerbs stellte.

Die eindrucksvollsten Notfallsituationen aus den zurückliegenden neun Wettbewerben waren zu diesem Jubiläumswettstreit in einer Mehrzweckhalle aufgebaut. An elf Stationen mit realistischen und praxisorientierten Aufgaben war die Team- und Handlungsfähigkeit der Gruppen gefordert. An einer weiteren Station wurde theoretisches Wissen abgefragt.

Die aus jeweils sechs ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bestehenden Gruppen gingen die Aufgaben engagiert und mit viel Sach- und Fachkenntnis an, wobei nicht nur sie, sondern auch die zahlreichen Gäste von der profihaften Arbeit der Verletztendarsteller beeindruckt waren. Wie schon in den vergangenen Jahren stellte die Lotus-Gruppe aus den Niederlanden die Mimen.

In einer Abendveranstaltung wurden die einzelnen Plazierungen bekanntgegeben. Sieger des Wettbewerbs wurde die Sanitätsgruppe aus Ellwangen, Baden-Württemberg (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).
(Fotos: Sers)